Nr. 4 August 1996

IMU Informationsdienst

Alrun Fischer
Ralf Grammel
Frank Iwer
Frank Rehberg
Gerlinde Vogl

Krise als Normalität

Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Lage der Region Stuttgart

Strukturbericht 1996

IMU-Institut für Medienforschung und Urbanistik

Krise als Normalität

Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Lage der Region Stuttgart

Strukturbericht 1996

Gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung und die IG-Metall-Verwaltungsstellen der Region Stuttgart

Stuttgart, August 1996

ISSN 0724 - 6986
ISBN 3-924003-69-6

Verfasser: Alrun Fischer
Ralf Grammel
Frank Iwer
Frank Rehberg
Gerlinde Vogl

Herausgeber: IMU-Institut für Medienforschung
und Urbanistik
Hermann-Lingg-Str. 10
80336 München
Telefon 54 41 26-0
Telefax 54 41 26-11
e-mail: imu-münchen@t-online.de

Druck: E.i.S.

© 1996 by IMU-Institut München
Alle Rechte vorbehalten

Inhaltsverzeichnis

1. Anstelle einer Einleitung 4

1.1. Arbeitslosigkeit ist weiterhin 'Thema des Jahres' 4

1.2. Regionalpolitische Antworten auf die Krise ? 5

1.3. Globalisierung und Verstetigung struktureller Krisenmomente 7

1.4. Bedeutungsverlust der Regionalen Ebene ? 9

1.5. Inhalte und Schwerpunkte des Berichtes 11

2. Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung 13

2.1. Konjunkturelle Entwicklung in Deutschland und Baden-Württemberg 13

2.1.1. Die Konjunktur in Baden-Württemberg 16

2.2. Im Westen nicht Neues: Beschäftigungsentwicklung in den alten Bundesländern 17

2.2.1. Die Beschäftigungsentwicklung in Baden-Württemberg und in der Region Stuttgart 18

2.3. Die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe 19

2.3.1. Im Verarbeitenden Gewerbe bleibt die Beschäftigung auf der Strecke 19

2.3.2. Anhaltende Talfahrt: Das Verarbeitende Gewerbe in Baden-Württemberg 20

2.3.3. Das Verarbeitende Gewerbe in der Region Stuttgart 21

2.3.4. Krisenstimmung auch im Umland 22

2.3.5. Stadtkreis Stuttgart 23

2.3.6. Die Hauptbranchen des Verarbeitenden Gewerbes in der Region Stuttgart sind weiterhin auf Talfahrt 24

2.4. Arbeitslosigkeit 28

2.4.1. Steigende Bestandszahlen 28

2.4.2. Steigende Arbeitslosenquote 29

2.4.3. Weitere Daten zur Struktur der Arbeitslosigkeit 30

2.4.4. Bestandszahlen verharmlosen die Situation 33

2.4.5. Bestand an offenen Stellen 34

2.4.6. Bewegung auf dem Arbeitsmarkt 34

2.5. Fazit: "Arbeit sinnvoll verteilen?" 35

3. Das Ende einer großen Hoffnung ? - Entwicklung des Dienstleistungssektors in der Region Stuttgart 37

3.1. Die Kompensationswirkung des Verlustes an industriellen Arbeitsplätzen durch den Dienstleistungsbereich ist erschöpft 37

3.2. Die Dienstleistungsbranchen im Einzelnen 39

3.2.1. Der Handel: Seit 1993 negative Beschäftigtenbilanz 39

3.2.2. Verlangsamter Zuwachs bei den privaten, haushaltsbezogenen Dienstleistungen 41

3.2.3. Absoluter Rückgang der Beschäftigung im staatlichen Sektor seit 1993 42

3.2.4. Deutlich sinkende Zuwachsraten: die Unternehmensbezogenen Dienstleistungen 43

3.2.5. Restrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen beginnen zu greifen: Sinkende Beschäftigung bei Kreditinstituten und Versicherungen 45

3.2.6. Verkehr und Nachrichtenübermittlung: negative Beschäftigungsentwicklung 46

3.3. Funktionale Tertiarisierung - anhaltender interner Strukturwandel ohne positive Arbeitsplatzeffekte 47

3.4. Interne Tertiarisierung des Verarbeitenden Gewerbes 51

3.5. Zusammenfassung 53

4. Struktur der Frauenerwerbstätigkeit 55

4.1. Ausgangslage 55

4.1.1. Zunehmende Integration von Frauen auf dem Arbeitsmarkt 56

4.1.2. Der kleine Unterschied und seine großen Folgen 56

4.2. Struktur der Frauenbeschäftigung in der Region Stuttgart 57

4.2.1. Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen nach Wirtschaftsabteilungen 59

4.2.2. Qualifikations- und Beschäftigtenstruktur in der Region Stuttgart nach Geschlecht 62

4.3. Frauenförderung: Möglichkeiten und Grenzen 64

5. Qualifizierung - Opfer des Standortwettbewerbs? 66

5.1. Beschäftigungsabbau im Verarbeitenden Gewerbe 67

5.1.1. Überproportionaler Beschäftigtenabbau von An- und Ungelernten im Verarbeitenden Gewerbe 68

5.1.2. Beschäftigtenanteil von Höherqualifizierten an Gesamtbeschäftigung nimmt zu 70

5.2. Region Stuttgart: Aktuelle Tendenzen betrieblicher Qualifizierungspolitik 72

5.3. Ausbildung - notwendiger Grundstein beruflicher Entwicklung 73

5.4. Betriebliche Qualifizierungspolitik 76

1. Anstelle einer Einleitung

1.1. Arbeitslosigkeit ist weiterhin 'Thema des Jahres'

Das große gesellschaftspolitische Thema des Jahres 1996 ist die Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Dies ist zum einen dem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit geschuldet: 4 Millionen gemeldete Arbeitslose im Jahresdurchschnitt, zuzüglich von ca. 1,5 Millionen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und ca. 1,7 Millionen in der sogenannten 'stillen Reserve' signalisieren eine Verfestigung auf Rekordniveau. Vor dem Hintergrund einer äußerst schwachen Konjunkturentwicklung und anhaltenden Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen ist ein weiterer Beschäftigungsabbau vorgezeichnet. Die Arbeitsplatzlücke wird sich weiter vergrößern. Damit ist die Krise als "Beschäftigungskrise" bundesweit, aber auch im ehedem prosperierenden Baden-Württemberg und seiner Motorenregion, der Region Stuttgart zur Normalität geworden.

Seine eigentliche Brisanz erhält das Thema der steigenden Arbeitslosigkeit allerdings daraus, daß es zum Aufhänger einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über die gesellschaftspolitische Entwicklungsrichtung der Bundesrepublik wird. Hierzu haben insbesondere die Aktivitäten der Gewerkschaften - von der Thematisierung eines 'Bündnisses für Arbeit' bis hin zur Demonstration am 15. Juni in Bonn und den Aktionen in Betrieben und Regionen - einen maßgeblichen Beitrag geleistet.

Seit Jahren verweist das IMU-Institut - im Rahmen der Strukturreports über die Region Stuttgart - auf die Notwendigkeit, die Sicherung von Beschäftigung und von Innovationsansätzen nicht vorrangig an die Regionalpolitik oder die Tarifpolitik zu delegieren, sondern als gesellschaftspolitische Aufgabe zu begreifen und dementsprechende Handlungsfelder anzugehen. Dies sind Bereiche wie:

- eine Stärkung der privaten Verbrauchsnachfrage durch eine entsprechend ausgelegte Tarifpolitik sowie eine stärkere steuerliche Entlastung der unteren und mittleren Einkommen,
- eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit pro Beschäftigten ohne gleichzeitige Senkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage,
- ein öffentliches Beschäftigungsprogramm (in Höhe von 100 Mrd. DM jährlich) mit Schwerpunkten in den Feldern Wohnungsbau, ökologischer Umbau des Verkehrssektors sowie Ausweitung des öffentlichen Dienstleistungsangebots,
- ein beschäftigungs- und industriepolitisches Sonderprogramm für die neuen Bundesländer sowie

- eine finanzielle und programmatische Ausweitung der Arbeitsmarktpolitik.

Vor allem von Seiten der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik liegen konkrete Berechnungen vor die belegen, daß solche Maßnahmen realisierbar und finanzierbar sind (vgl. Memorandum 1996). Eine Umsetzung dieser Forderungen und Empfehlungen steht jedoch in weiter Ferne. Vielmehr nimmt die Bundesregierung unter der Bezeichnung 'Sparpaket' derzeit ein Maßnahmenbündel in Angriff, das nicht nur an der Lösung der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Probleme vorbeizielt, sondern sie im Gegenteil weiter verschärft, indem es gleichzeitig eine weitgehende Unterordnung des Staates unter die kurzfristigen Wettbewerbsziele der Unternehmen mit sich bringt. Während der Massenkonsum - auch und gerade in öffentlichen Sektoren - gestärkt werden müßte wird dieser beschnitten zugunsten der Gewinne der Unternehmen.

Den dominanten Part in dieser Diskussion spielen - in einem weitgehenden Konsens - Bundesregierung und Unternehmensverbände. Sie weisen der Politik vorrangig die Aufgabe einer kurzfristigen 'Wiederherstellung[1] der Wettbewerbsfähigkeit' der Bundesrepublik zu und setzen dabei auf Faktorkostensenkung, Steuerentlastung, beschleunigte Internationalisierung, Deregulierung und eine Industriepolitik, die die notwendigen technisch-wissenschaftlichen Ressourcen einem im Grunde 'spontan ablaufenden' und durch den Weltmarkt gesteuerten Innovationsprozeß zur Verfügung stellt. Diese Konzeption, die sich sehr stark an betriebswirtschaftliche Restrukturierungsmaßnahmen anlehnt, nimmt dabei einen weiteren gesellschaftlichen - auch in den alten Bundesländern - Deindustrialisierungsprozeß sowie eine stärkere Konkurrenz von Regionen bewußt oder unbewußt in Kauf. Sie zielt auf eine sozial polarisierte Dienstleistungsgesellschaft mit wenigen gutbezahlten, anregenden, qualifizierten (und streßreichen) Jobs auf der einen und einer Vielzahl an sozial nicht abgesicherten, niedrig qualifizierten Einfach- und Billiglohntätigkeiten auf der anderen Seite.

1.2. Regionalpolitische Antworten auf die Krise ?

Seit Jahren wird in den Strukturgutachten des IMU die Notwendigkeit einer verstärkten Regional- und Strukturpolitik in der Region Stuttgart betont, um die Folgen des globalen Strukturwandels zumindest abzuschwächen und dabei zugleich Optionen für zukünftige Entwicklungen offen zu halten.

---

1 Sowohl das DIW wie auch die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik haben wiederholt belegt, daß von einer - vielleicht sogar lohninduzierten - fehlenden Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik keineswegs gesprochen werden kann (vgl. u.a.: Memorandum 1996: S. 108 ff.). Ein Beleg hierfür findet sich nicht zuletzt in der trotz aller Wechselkursschwankungen stabilen Entwicklung der Exportnachfrage.

Es muß zunächst festgestellt werden, daß Weichenstellungen in die richtige Richtung vorgenommen wurden. Hier ist insbesondere auf die Gründung des 'Verbandes Region Stuttgart' (VRS) sowie auf die regional ausgerichtete Wirtschaftsförderungsgesellschaft zu verweisen. Die WRS hat im Herbst 1995 ihre Arbeit aufgenommen. Dabei ist hervorzuheben, daß sie nicht nur klassisches Regional- und Flächenmarketing betreibt, sondern sich systematisch auch strukturpolitische Handlungsfelder erschließt. Dies zeigt etwa die Beteiligung an der bundesweiten Ausschreibung 'Bio-Regio' oder der Beschluß zur Gründung einer regionalen Beschäftigungsgesellschaft (REBAG). Darüber hinaus sind Aktivitäten zur besseren Vernetzung der KFZ-Zulieferer oder die Durchführung von Umwelt- und Innovationsmessen geplant. Die WRS kann mit solchen Aktivitäten sukzessive die Funktionen eines regionalen Initiators und Koordinators für beschäftigungs- und innovationsrelevante Projekte einnehmen, eine Funktion, deren Fehlen sich in den letzten Jahren häufig negativ bemerkbar gemacht hatte. Überdies kann die WRS aufgrund der Zusammensetzung ihrer Organe einen Beitrag zur Ausformulierung eines regionalen Konsenses leisten, auch dies ist eine wesentliche Neuerung.

Ob die genannten Ansätze jedoch bereits ausreichen, um den Anforderungen des Strukturwandels gerecht zu werden, muß bezweifelt werden. Um diese Zweifel zu verdeutlichen, mag das auf längere Sicht größte strukturpolitische Vorhaben in der Region, das Projekt 'Stuttgart 21'[2] als Beispiel dienen. Nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes (vgl. Statistisches Landesamt 8/1995) wird erwartet, daß dort durch die Investitionstätigkeit der Bahn AG sowie privater Bauherren bei einem Gesamtvolumen von 15,3 Milliarden. DM (inklusive der Bebauung des Geländes) ca. 5.600 Arbeitsplätze in Baden-Württemberg jährlich entstehen werden. Erscheint dies auf den ersten Blick durchaus eine relevante Größenordnung zu sein, so sind doch einige Fragezeichen angebracht:

- es wird der Großteil der Beschäftigungseffekte (64%) im Baugewerbe erwartet, von denen eine regionale Zuordnung heute aufgrund der Verdrängungseffekte in der Bauwirtschaft nicht als sicher angenommen werden kann;
- nur 16,8% der Effekte werden im tertiären Sektor erwartet, davon wiederum nur etwa die Hälfte in technisch anspruchsvollen Segmenten;
- nur vergleichsweise geringe Auswirkungen wird das Vorhaben mit knapp 10% für die Investitionsgüterindustrie trotz ihrer regional dominierenden Stellung und ihrer technischen Fähigkeiten, etwa im Bereich neuer Verkehrs- und Mobilitätskonzepte, haben.

2 Im Rahmen dieses Projektes soll der Stuttgarter Hauptbahnhof untertunnelt und die freiwerdenden, unmittelbar an die City angrenzenden Flächen, mit Geschäfts- und Wohnhäusern als kompletter 'neuer Stadtteil' gestaltet und bebaut werden.

Aber selbst wenn die prognostizierten Wirkungen eintreten würden, übersteigt ihr Anteil bezogen auf die sozialversichungspflichtig Beschäftigten nicht einmal den Promillebereich. Von daher steht zu befürchten, daß die industrie- und beschäftigungspolitischen Wirkungen dieses Vorhabens in keinem Verhältnis einerseits zu den verausgabten Beträgen und andererseits zur regionalen Problemlage stehen. Eine stärkere Verzahnung mit den industriellen Stärken und Potentialen der Region sowie mit den Unternehmen dieses Sektors, welche längerfristige Wirkungen entfalten könnte, ist bis heute nicht in Sicht.

1.3. Globalisierung und Verstetigung struktureller Krisenmomente

Die wirtschaftliche Entwicklung und die wirtschaftspolitische Doktrin lösen sich immer deutlicher und nachhaltiger von konjunkturellen Zyklusmustern ab. Hintergrund dieser Entwicklung ist die Verstetigung und Verschärfung der Globalisierung wichtiger Märkte und Handlungsstrategien transnationaler Konzerne und Unternehmensgruppen, die zu Beginn der neunziger Jahre mit der Öffnung der osteuropäischen Märkte ebenfalls in eine neue Dimension gewachsen sind.

Deren Wurzeln reichen weiter - bis in die siebziger Jahre - zurück und sind als verstärkte (vertikale) internationale Arbeitsteilung zur Nutzung komparativer Kostenvorteile, neuer Informations- und Kommunikationstechniken, der fortschreitenden Integration kontinentaler Teilmärkte (nicht nur in Europa), flexible Wechselkurse mit der Folge steigenden Kapitalexports sowie die Verwandlung wichtiger Märkte von Verkäufer- zu Käufermärkten häufig beschrieben worden (vgl. Iwer u.a. 1995).

Die Internationalisierungsstrategie der international agierenden Konzerne, der sogenannten "global players" folgt dabei im wesentlichen zwei Leitlinien: Zur Erschließung der großen Teilmärkte in Ostasien, Nordamerika und Europa ist die Präsenz der Anbieter mit wesentlichen Funktionen und Wertschöpfungsstufen in den jeweiligen Regionen erforderlich. Dies ist das vorherrschende Motiv international operierender Unternehmen für Direktinvestitionen im Ausland. Das bestätigt nicht zuletzt eine international angelegte Umfrage des Ifo-Instituts unter Großunternehmen. "Zwei Drittel der Teilnehmer gaben an, in der Vergangenheit Direktinvestitionen mit der Absicht, den betreffenden Markt zu erschließen, vorgenommen zu haben. Die Motive, bereits errungene Marktanteile zu sichern und am Wachstum der Auslandsmärkte teilzunehmen, hatten in der Vergangenheit mit jeweils über 50% der Nennungen ein gleich hohes Gewicht" (Ifo-Institut 16/1996). Lohn- und Lohnnebenkosten sowie die Besteuerung spielten dabei in der Vergangenheit eine eher untergeordnete Rolle. Diese Bewertung gilt sowohl für Auslandsinvestitionen

deutscher Unternehmen als auch für Investitionen ausländischer Gesellschaften in Deutschland.

Für die Suche nach Standorten innerhalb der Teilregionen der Triade werden allerdings immer stärker Kostengesichtspunkte eine ausschlaggebende Rolle spielen. Dies schließt eine internationale Vertriebs- und Beschaffungsstrategie ein. Auch Forschung und Entwicklung werden immer stärker international verteilt. Die F&E-Aufwendungen folgen einer DIW-Studie (vgl. DIW 16/1996) zufolge den Fertigungsstandortentscheidungen. Dabei sind deutsche Unternehmen hinsichtlich F&E mit deutlichem Schwerpunkt in den USA vergleichsweise hoch internationalisiert.

Globalisierung unter diesen Vorzeichen ist kein Prozeß des Ausgleichs zum wechselseitigen Vorteil bei einem international höheren Wohlfahrtsniveau, sondern ein Kampf um Märkte und Marktanteile. Da die Erschießung neuer Märkte auf Einkommensrestriktionen stößt, zudem von infrastrukturellen Voraussetzungen abhängig ist und langfristig auch an ökologische Grenzen stößt, vollzieht sich Internationalisierung überwiegend in Form eines Verdrängungswettbewerbs. Dieser erzeugt sich verschärfende und zunehmend dauerhaft werdende Instabilitäten:

- Strategische Unternehmensentscheidungen werden zunehmend internationalisiert, Standortentscheidungen werden zu Variablen internationaler Konzernoptimierungskalküle, Standorte werden zur 'flexiblen Größe'.
- Produktionszusammenhänge werden sowohl innerhalb der 'Fabrik' wie auch der Zulieferkette vertikal desintegriert. Die kontinentale Reorganisation der Wertschöpfungsprozesse führt zu Handlungsdruck bei den Zulieferern, sich im Gefolge ihrer Abnehmer ebenfalls international zu organisieren und sich deren Spielregeln zu unterwerfen.
- In der Folge können neue Branchencluster mit differenzierter regionaler Funktionsteilung und -integration unter Nutzung von regionalen Standortvorteilen und Kostendifferenzen entstehen, es besteht - vor allem mit Blick auf neue Medien - durchaus eine Tendenz zur 'Virtualisierung der Region'.
- Ob die "Fokussierung" auf das "Kerngeschäft" positive Auswirkungen auf die Innovationsfähigkeit von Konzernen hat, ist eine offene Frage. Die Innovationsfähigkeit einzelner Standorte (und mit ihnen ganzer Regionen) leidet jedoch und kann gänzlich verlorengehen, wenn wesentliche Funktionen nicht mehr vorhanden sind oder gar monofunktionale Standorte (wie verlängerte Werkbänke oder reine Entwicklungsstandorte) entstehen.
- Die Grundrichtung der Technologieentwicklung und die Auswahl an technologischen Alternativen ist begrenzt und transparent, technologische Vorsprünge wer-

den immer kurzlebiger. Die Unternehmen konkurrieren damit um eine immer kleiner werdende und zugleich immer kostenintensivere Menge von Technologielinien.

- Neben dem Preis werden Entwicklungs- und Durchlaufzeiten sowie die Qualität immer wichtigere Wettbewerbsfaktoren. Zeit- und Qualitätswettbewerb sowie die notwendige Angebotsflexibilität lassen den Unternehmen längere Betriebsnutzungszeiten, flexiblere Arbeitszeiten und neue Formen dezentralerer Arbeitsorganisation immer attraktiver erscheinen.
- Standortentscheidungen und Restrukturierungsprozesse der Unternehmen folgen weltweit den gleichen strategischen Leitlinien, deren Lebensdauer sich als immer kürzer erweist. Gleichermaßen ist eine Angleichung der (politischen) Regulierungsmuster zu verzeichnen.
- Im Gefolge der Internationalisierung der Wertschöpfung (aber auch als eine ihrer Voraussetzungen) entstehen globale Finanzmärkte, auf denen immer größere Volumina zugleich hochprofitabler und hochriskanter Anlageformen gehandelt werden.
- Auch die Arbeitsmärkte unterliegen einer zunehmenden Internationalisierung, sie werden hinsichtlich ihrer Reproduktionsbedingungen (und das meint neben den Löhnen und Gehältern eben auch das sozialstaatliche und -politische Umfeld) vergleichbar und verglichen.

Zusammengefaßt entsteht folgender grundlegender Widerspruch: Die Rahmenbedingungen von Globalisierung, Innovation und Verdrängungswettbewerb machen dauerhafte einzelwirtschaftliche wie regionale und zunehmend auch nationale Wettbewerbsvorteile unmöglich. Der Wettbewerb erzeugt allenfalls zeitweilige labile Gleichgewichtslagen auf immer niedrigerem Niveau. Weder Unternehmen noch Regionen können sich - bei Strafe des Untergangs - diesem Wettbewerb entziehen; doch ein "Mitmachen" bei den erforderlichen Restrukturierungen, Rationalisierungen und Kostensenkungen erzeugt ebenfalls keine Stabilität, geschweige denn eine langfristige Überlebensgarantie, sondern perpetuiert diese Abwärtsspirale, die sich v.a. als Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten und der bereits aus dem Arbeitsprozeß Ausgegrenzter darstellt.

1.4. Bedeutungsverlust der Regionalen Ebene ?

Bisher ging man davon aus, daß im Zuge der Globalisierung die regionale Ebene an Bedeutung gewinnt und das vor diesem Hintergrund die Formulierung regionaler Konzepte und die Suche und Förderung 'endogener' regionaler Potentiale eine sinnvolle Strategie darstellt. Es zeigt sich jedoch - und dies wird durch die Unterneh-

mensbefragung sowie die Gutachter- und Beratungstätigkeit im Rahmen des ABI-Projektes gestützt - daß unter Globalisierungsbedingungen und wesentlich unterstützt mit IuK-Technologien die räumliche Verteilung von Produktions- und Dienstleistungsfunktionen einer Neubewertung unterzogen wird, was häufig nicht zu einer Zunahme, sondern zu einem Verlust an regionalen Handlungsspielräumen führt und sich verbindet mit einer ständigen Infragestellung der regionalen Zuordnung von Funktionen durch die dominierenden Unternehmen.

Aus diesem Dilemma heraus resultieren letztlich die immer wieder geäußerten Erfahrungen, daß ein Ausbau der auf regionaler Ebene angesiedelten Institutionen und Instrumente, insbesondere verbunden mit einer stärker partizipativen Ausrichtung der Regionalpolitik, zwar notwendige Schritte darstellen, um auf die Auswirkungen der Globalisierungsstrategien zu reagieren, diese jedoch zugleich keinen (oder nur einen geringen) Einfluß auf eben diese Strategien gewinnen lassen. Dieses Spannungsfeld einer zunehmenden Entkoppelung von betrieblichem und regionalem Erfolg sowie der Reichweite von betrieblichen und regionalen Handlungen ist umso stärker, als die Märkte, welche von der Region aus bedient werden, ihrerseits global verfaßt sind. Dies gilt aber für alle relevanten Branchen in der Region Stuttgart.

Von daher stellt sich immer stärker die Frage, wie regionale und betriebliche Handlungsansätze, die zweifellos ihren spezifischen Wert behalten, in grundlegende gesellschaftspolitische Strategien ergänzt und eingebettet werden können. Um mit Ulrich Beck zu sprechen: "Während die Gewinnspannen global agierender Unternehmen wachsen, entziehen diese den teuren Staaten beides: Arbeitsplätze und Steuerleistungen und bürden die Kosten der Arbeitslosigkeit und der entfalteten Zivilisation den anderen auf. Zwei chronisch Arme - die öffentlichen Hände und die privaten Hände der noch Beschäftigten - sollen allein finanzieren, was gerade auch die Reichen mitgenießen (...) Wenn der globale Kapitalismus in den hochentwickelten Ländern den Wertekern der Arbeitsgesellschaft auflöst, zerbricht ein historisches Bündnis zwischen Kapitalismus, Sozialstaat und Demokratie" (Beck 1996).

Es ginge darum, dem neoliberalen Konzept einer Übertragung der einzelwirtschaftlichen Verwertungs- und Konkurrenzlogik auf die Gesamtwirtschaft in Form eines 'internationaler Standortwettbewerbs' ein Konzept in gesamtwirtschaftlicher und -gesellschaftlicher Logik entgegenzustellen. Eine solche grundlegende politische Alternative existiert heute nicht als abgeschlossenes Konzept; es ist auch nicht Anspruch und Aufgabe dieses Strukturgutachtens, eine solche zu formulieren. Dennoch er-

schien es uns notwendig vor Darstellung der strukturellen Veränderungen im Arbeitsmarkt der Region Stuttgart, auf diesen Zusammenhang hinzuweisen. Insbesondere sind mit einer solchen Sichtweise Implikationen verbunden für die Bewertung und (Neu-) Formulierung regionalpolitischer Strategien insgesamt.

1.5. Inhalte und Schwerpunkte des Berichtes

In diesem Strukturbericht konzentrieren wir uns auf eine detaillierte Beschreibung der Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe (Kapitel 2) und in den Dienstleistungsbranchen (Kapitel 3). Beide belegen die These, daß der Strukturwandel in der Region Stuttgart nicht mit einer absoluten Ausweitung von Dienstleistungstätigkeiten einhergeht; vielmehr verfestigt sich der Eindruck, daß selbst hochqualifizierte Dienstleistungstätigkeiten und Headquarterfunktionen ihren Beschäftigungshöhepunkt überschritten und unter zunehmenden (internationalen) Anpassungsdruck geraten. Im Kapitel 4 beschäftigen wir uns schwerpunktmäßig mit der Frauenerwerbstätigkeit; es zeigt sich, daß Frauen nicht bruchlos als 'Beschäftigungsgewinnerinnen' angesehen werden können, zumal sowohl im Verarbeiten Gewerbe wie auch im Dienstleistungssektor der Verdrängungswettbewerb - quer durch bestehende Segmente - zunimmt. Eine Untersuchung der Beschäftigungsentwicklung unter Berücksichtigung der jeweiligen Qualifikation (Kapitel 5) zeigt eine Verfestigung bestehender Segmentationslinien. Insbesondere Un- und Angelernte sind die Hauptbetroffenen des Arbeitsplatzabbaus, während gleichzeitig betriebliche Qualifizierungsprogramme, die über eine kurzfristige Anpassungsqualifizierung hinausgehen, nach wie vor als Ausnahme betrachtet werden müssen.

Aufgrund der doch starken Ausdifferenzierung bestehender regionaler Ansätze und Konzepte verzichten wir in diesem Strukturbericht auf die Formulierung von Handlungsvorschlägen mit Blick auf die regionalen Akteure in Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften. Im Laufe des Jahres sind hier gesonderte Veröffentlichungen im Rahmen des ABI-Projektes zu den Themen 'Multimedia und regionale Beschäftigungseffekte', 'Kooperationsansätze zwischen Herstellern und Zulieferern im Fahrzeugbau', 'Frauenerwerbstätigkeit in der Region Stuttgart' sowie zu Aspekten des 'Regionalen Qualifikationsbedarfs' geplant. Darüber hinaus möchten zum Thema der regionalen Innovationsperspektiven auf einen Arbeitsbericht der Akademie für Technikfolgenabschätzung verweisen (vgl. Iwer, Rehberg 1996).

In diesem Strukturbericht werden Daten der einzelnen regionalen Arbeitsamtsbezirke, des Landesarbeitsamtes, der Bundesanstalt für Arbeit und solche des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg und des Statistischen Bundesamtes ausgewertet. Diese Daten werden ergänzt durch eigene Erhebungen, die in ausgewähl-

ten Betrieben der Metall- und Elektroindustrie durchgeführt wurden. Sie erheben nicht den Anspruch auf Repräsentativität, geben aber zahlreiche Hinweise zur Interpretation der offiziellen Daten und ermöglichen einen Einblick in Prozesse, die der Statistik oftmals verborgen bleiben.

An dieser Stelle sei all denjenigen gedankt, die zur Erstellung dieses Strukturberichtes beigetragen haben, insbesondere den Betriebsrätinnen und Betriebsräten aus der Metall- und Elektroindustrie, die sich trotz ihrer hohen Arbeitsbelastung bereitgefunden haben unsere Fragen zu beantworten. Wir hoffen, mit diesem Bericht einen Beitrag zur Debatte um die Zukunftsgestaltung der Region Stuttgart leisten zu können.

2. Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung

Die aktuelle gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem aber die katastrophale Lage auf dem Arbeitsmarkt muß in Bezug zu den sich rapide ändernden weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gesehen werden. Im folgenden Kapitel wird die konjunkturelle Entwicklung der BRD und Baden-Württembergs vor dem Hintergrund der fortschreitenden internationalen Verflechtung von industrieller Produktion und Kapitalströmen skizziert. Im Zentrum dieses Kapitels steht die stetig abnehmende Erwerbstätigkeit in unserer Industriegesellschaft, die im Gefolge der internationalen Standortkonkurrenzen einem radikalen Strukturwandel und zunehmender Konkurrenz aus den sogenannten Niedriglohnländern ausgesetzt wird. Wie in den vergangenen Jahren bildet die Region Stuttgart den Kern der vorliegenden Untersuchung zur Beschäftigungssituation.

2.1. Konjunkturelle Entwicklung in Deutschland und Baden-Württemberg

Die positiven Erwartungen für die konjunkturelle Entwicklung im Jahre 1995 haben sich nicht erfüllt, die deutsche Wirtschaft befindet sich nach wie vor im Geleitzug einer weltweiten konjunkturellen Abschwächung. Doch nicht nur konjunkturelle Gründe sind für die wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich. Es ist das seit Beginn der neunziger Jahre prägende Bündel untereinander auf vielfältige Weise verflochtener wirtschaftlicher Probleme: Neben den konjunkturellen Effekten wirken auf die Wirtschaftsentwicklung die Folgen der deutschen Vereinigung sowie die neue Dimension der Globalisierung von Märkten und unternehmerischem Handeln.

Zu Beginn der neunziger Jahre befand sich die deutsche Volkswirtschaft in einer international besonderen Situation. Als Folge der deutschen Vereinigung entstand ein Wachstumsschub aus aufgestauter Konsumnachfrage sowie einer expansiv wirkenden Finanzpolitik, die mit Steuererleichterungen und Subventionen den Anpassungsprozeß beschleunigen und Investitionen ankurbeln wollte. Deutschland verließ mit diesem vereinigungsbedingten Sonderboom zeitweilig den internationalen Konjunktur-Geleitzug, in den sie nun als Folge der verlängerten Krise seit 1992 wieder zurückkehrt. Die Konjunkturindikatoren zeigen den erneuten Gleichklang mit den europäischen und internationalen Handelspartnern. Lediglich Japan nimmt unter den Industrieländern eine Sonderrolle ein.

Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts

	1994	1995	1996
Deutschland	2,9	1,9	0,8
Westeuropa	2,9	2,3	1,3
USA	3,5	2,0	1,8
Japan	0,5	0,9	2,3
Industrieländer	2,6	1,9	1,7

Die konjunkturelle Erholung, die sich 1994 im Anschluß an die schärfste Rezession der Nachkriegszeit einstellte, entwickelte nicht die nötige eigenständige Dynamik für einen langanhaltenden und investitionsgetragenen Aufschwung und damit auch die Voraussetzung für einen deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit. Auf den leichten Aufschwung in 1994 folgte ein gebremstes Wachstum in den ersten beiden Quartalen des Jahres 1995, welches sich aber seitdem in einen konjunkturellen Abschwung umkehrte, mit der Konsequenz eines wieder steigenden und sich verfestigenden Sockels an Arbeitslosen. Die für die konjunkturelle Schwäche kennzeichnende Diskrepanz zwischen der mittelfristigen Wachstumsrate des Produktionspotentials und der volkswirtschaftlichen Nachfrage ist deshalb besonders ausgeprägt, weil die in der Folge des Vereinigungsbooms aufgebauten Kapazitäten nicht ausgelastet sind. Unter diesen Umständen besteht auch bei niedrigem Zinsniveau kein ökonomischer Anreiz zu investieren und damit das ohnehin nicht ausgelastete Produktionspotential[3] weiter zu vergrößern. Die Investitionsnachfrage fällt somit als Konjunkturstütze nicht nur kurz- sondern auch mittelfristig aus.

Für diesen Befund sprechen auch die rückläufigen Bauinvestitionen, insbesondere in Ostdeutschland am Ende des Vereinigungsbooms, sowie die extrem niedrigen Investitionspläne der Unternehmen. Das Ifo-Institut rechnet aufgrund seiner Umfrage "Prognose 100" im Verarbeitenden Gewerbe für 1997 bis 2000 nur noch mit einer jahresdurchschnittlichen Erhöhung der nominellen Investitionsausgaben von 0,5% (vgl. Jäckel 1996). Im Bauhauptgewerbe vollzieht sich seit Beginn dieses Jahres die negativste konjunkturelle Entwicklung innerhalb des produzierenden Gewerbes, wo innerhalb des 1. Quartals ein Produktionsrückgang von über 16 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal zu verkraften war. Hier wirken sich vorallem die fehlenden In-

3 Die Kapazitätsauslastung der Unternehmen in Deutschland (ohne Wohnungswirtschaft) lag im Juni 1996 nach Angaben des DIW bei 84,7%.

vestitionen der Industrie in Neu- und Erweiterungsbauten mit den rapide abnehmenden Bauinvestitionen der öffentlichen Hand konjunkturhemmend auf den Bausektor aus.

Auf welch schwachen Beinen die kurze Aufschwungphase stand, zeigen die konjunkturprägenden Ausrüstungsinvestitionen[4] im Inland. So verringerten sich die inländischen Ausrüstungsinvestitionen jährlich von 306 Mrd. DM im Jahr 1991 auf 251 Mrd. DM im Jahr 1994, wobei diesem Rückgang von 18 Prozent in diesem Zeitraum ein Anstieg der Investitionen um nur 2 Prozentpunkte auf 256 Mrd. DM im Jahr 1995 und einem Stagnieren im 1. Quartal 1996 gegenübersteht (vgl. Deutsche Bundesbank 5/1996). Diese stagnierende Investitionstätigkeit bei den Ausrüstungsinvestitionen und die rückläufigen Bauinvestitionen wirken seit der 2. Jahreshälte 1995 als die wesentlichen Konjunkturbremsen im produzierenden Gewerbe.

Entspechend den real sinkenden Inlandsinvestitionen ist auch die Produktionstätigkeit und der Auftragseingang im produzierenden Gewerbe[5] seit dem 2. Quartal 1995 rückläufig und für 1995 wurde in Deutschland nur noch ein Zuwachs des Produktionsvolumens um 0,7 % erreicht, in Westdeutschland sank das Produktionsvolumen gegenüber dem Vorjahr sogar um 0,5 Prozent (vgl. DIW 20/1996: 351). Seit dem ersten Quartal 1996 sank die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt nochmals leicht um über einen Prozentpunkt gegenüber dem 1. Vorjahresquartal. Einziger Lichtblick war im Frühjahr 1996 die Investitionsgüterindustrie mit einem deutlichen Zuwachs der Produktion um fast 5 Prozent gegenüber dem 1. Vorjahresquartal 1995. Leichte Rückgänge sind zu Beginn des Jahres 1996 in der Gebrauchsgüter- und Verbrauchsgüterproduktion zu registrieren gewesen. Hier kommen die eindeutig gebremsten Konsumimpulse für Güter des privaten Verbrauchs aufgrund weiter sinkender realer Nettolöhne und -einkommen[6], sowie der pessimistisch stimmenden Situation auf dem Arbeitsmarkt geschuldeten Konsumzurückhaltung zum Tragen.

---

4 Dieser Konjunkturindikator ist vorallem wegen seines stimulierenden Einflusses auf den privaten Verbrauch -mittels Einkommens- und Produktivitätszuwachs- und die Leitbranche Investitionsgüterindustie für die Dynamik der konjunkturellen Entwicklung wichtig. Zu dem dokumentieren Entwicklungen bei den Ausrüstungsinvestitionen das gesteigerte oder gebremste Innovations- und Modernisierungsverhalten der Industrie

5 einschließlich Bauhauptgewerbe

6 Nach Berechnungen des DIW lag der Realwert der durchschnittlichen Nettolöhne und -gehälter 1994 lediglich 3 Prozent über dem Wert von 1980. Seit 1990 sinkt der Realwert der Arbeitnehmereinkommen kontinuierlich. Die prognostizierten Zuwächse in 1996 werden durch steigende Sozialversicherungsabgaben kompensiert. Detailierte Angaben zur Einkommensentwicklung siehe: DIW-Wochenbericht 22 u. 23/1996

Die Impulse auf der Nachfrageseite fehlen. Die Reallöhne und -gehälter unterliegen seit 1980 geringfügigen Schwankungen, sind jedoch nicht nachhaltig gestiegen. 1995 betrug der Index des Realwertes der Nettolöhne und -gehälter 96,7% des Wertes von 1980[7]. Real sinkende Masseneinkommen in Verbindung mit unsicheren Zukunftserwartungen dämpfen aber die private Konsumnachfrage und damit den zweiten wesentlichen Faktor der Konjunkturentwicklung.

Die Belastung der öffentlichen Haushalte einschließlich der Sozialversicherungsträger durch sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben infolge wachsender Arbeitslosigkeit sowie als Folge der Transferzahlungen im Rahmen der deutschen Vereinigung hat zu einer bisher unerreichten Höhe der Staatsverschuldung geführt. Der Versuch, die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte durch den Abbau von Staatsausgaben - insbesondere im Bereich der Sozialleistungen - zu begrenzen, führt zu einer krisenverschärfenden Wirkung der Finanzpolitik und zur Gefahr einer sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale von fehlendem Wachstum, steigender Arbeitslosigkeit, sinkenden Staatseinnahmen bei steigenden Anforderungen an die öffentlichen Kassen.

2.1.1. Die Konjunktur in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg hat sich wie in den alten Bundesländern die schwache konjunkturelle Aufschwungphase nicht mehr fortsetzen können. Das Bruttoinlandsprodukt von Baden-Württemberg lag 1995 mit 1,3% sogar leicht unter dem Durchschnittswert der alten Bundesländer insgesamt (1,5%). Seit dem zweiten Halbjahr 1995 verringerte sich in Baden-Württemberg das Volumen der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe deutlich um -3,7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum und entwickelte sich damit sogar etwas negativer als in den alten Bundesländern (-3,5%)[8]. Eine Fortsetzung fand diese negative Entwicklung bei den Auftragseingängen in der baden-württembergischen Industrie auch im ersten Quartal 1996. Die deutlich rückläufige Entwicklung bei den Auftragseingängen korrespondiert laut einer Umfrage der IHK-Baden-Württemberg (IHK-Nachrichten Nr. 30/1996; IHK-Texte Nr. 4/1996) mit sinkender Kapazitätsauslastung und Produktionsrückgängen in der baden-württembergischen Industrie.

---

7 Die realen Nettolöhne sind in Westdeutschland 1995 kaum höher als 1980 (vgl. DIW-Wochenbericht 22-23/1996)

8 Beilage zum DIW-Wochenbericht 20/96 und Statistische Berichte Baden-Württemberg, Produzierendes Gewerbe, 4/1996

2.2. Im Westen nicht Neues: Beschäftigungsentwicklung in den alten Bundesländern[9]

Von 1994 bis 1995 reduzierte sich die Zahl aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVPB)[10] in Westdeutschland insgesamt um rund 160.000 oder 0,7% auf 22,6 Mio. Beschäftigte. Dieser im Vergleich zu den Vorjahren noch relativ moderat ausgefallene Beschäftigtenverlust vollzog sich vor dem Hintergrund einer wieder leicht anziehenden konjunkturellen Entwicklung[11]. Die Zahl aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sank zwischen 1993 und 1995 in den alten Bundesländern um über eine halbe Million. Im Fünfjahresvergleich ergibt sich für den Zeitraum 1990 bis 1995 per Saldo ein minimaler Zuwachs bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um insgesamt 230.000 oder einen Prozentpunkt. Der starke Beschäftigungsanstieg in Folge der Vereinigung ist mittlerweile fast wieder aufgezehrt. Die Verluste bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt wären noch stärker ausgeprägt, hätte nicht der Dienstleistungssektor als stabilisierender Faktor gewirkt. Gegenwärtig ist jedoch ein Punkt erreicht, an dem auch in einzelnen Bereichen des Dienstleistungssektors stagnierende bzw. rückläufige Beschäftigtenzahlen zu registrieren sind (vgl. Kapitel 3). Diese Situation im Dienstleistungssektor, gekoppelt mit anhaltendem Beschäftigtenabbau im Verarbeitenden Gewerbe, läßt für das Jahr 1996 einen weiteren Abbau bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt erwarten.

Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt in den alten Bundesländern, Baden-Württemberg, in der Region Stuttgart und dem Kreis Stuttgart (Absolut- und Prozentwerte)

Beschäftigte	1990	1993	1994	1995	Diff. 94-95	in %	Diff. 90-95	in %
Bund	22.365.632	23.121.808	22.754.606	22.596.748	-157.858	-0,7	231.116	1,0
Ba-Wü	3.785.966	3.848.310	3.761.713	3.737.726	-23.987	-0,6	-48.240	-1,3
Region	1.097.786	1.093.925	1.056.452	1.040.278	-16.174	-1,5	-57.508	-5,2
Stuttgart	378.731	369.768	356.075	344.130	-11.945	-3,4	-34.601	-9,1

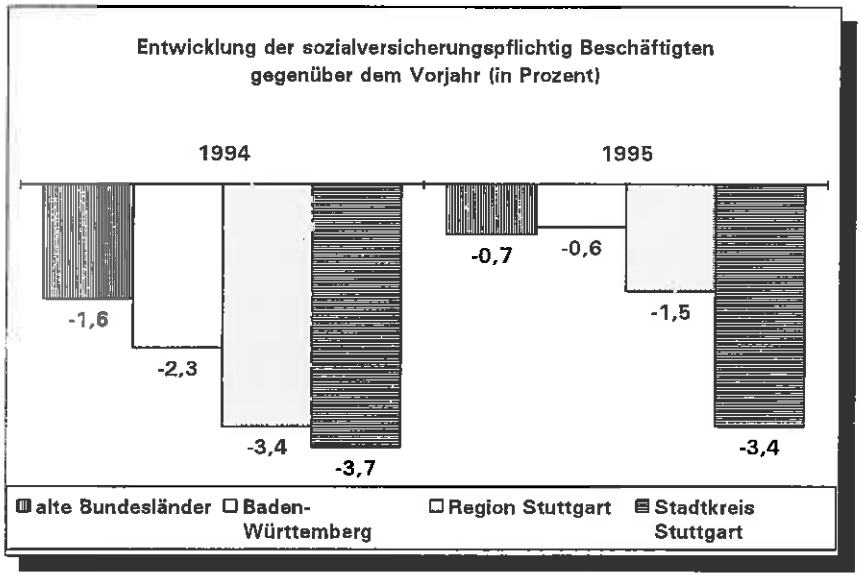
9 Mit der Umstellung der Statistik zur Jahreswende 1994/95 von der SYPRO-Systematik zur WZ93 wurde die Vergleichbarkeit vorallem mit rückliegenden Erhebungsdaten nahezu unmöglich, weshalb hier wegen der höheren Zuverlässigkeit für die Darstellung der Beschäftigtenentwicklung auf Daten des Bundesarbeitsamtes und der Landesarbeitsämter zurückgegriffen wurde. Diese Daten sind aufgrund verschiedener Erhebungsweisen und Abgrenzungen nur bedingt mit denen der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamts zu vergleichen.

10 Ohne Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe

11 Seit Anfang der 90er Jahre lässt sich eine Entkoppelung von Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung verzeichnen.

2.2.1. Die Beschäftigungsentwicklung in Baden-Württemberg und in der Region Stuttgart

In Baden-Württemberg waren 1995 insgesamt knapp 3,74 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bei den Arbeitsämtern registriert, im Vorjahr waren es noch 24.000 Beschäftigte mehr. Auch hier ist 1995 ein anhaltender Beschäftigtenabbau festzustellen, allerdings deutlich abgebremst; denn zwischen 1993 und 1994 wurden insgesamt noch über 86.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte abgebaut. Im Jahr 1995 lag die Verlustrate bei den Beschäftigten sogar leicht unter derjenigen der alten Bundesländer.



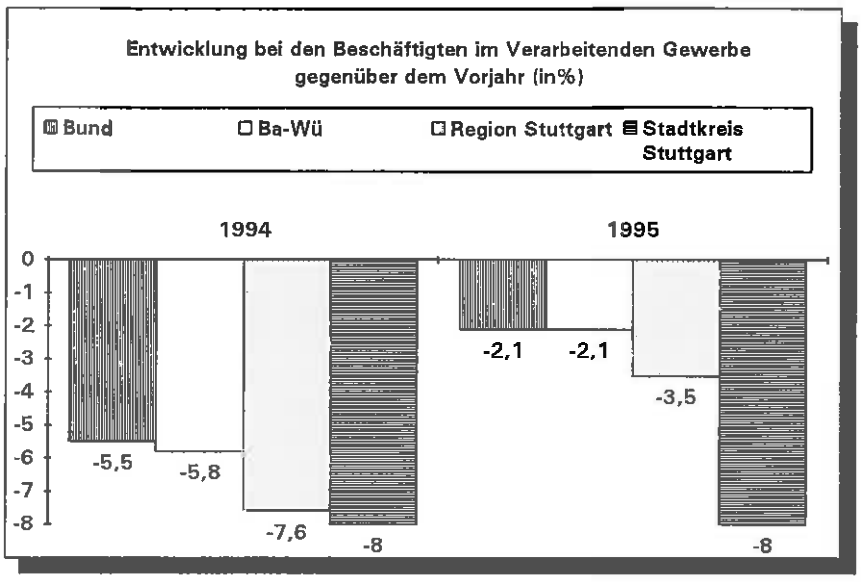
Von den statistisch erfaßten 1,04 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVPB) in der Region Stuttgart im Jahr 1995 wurden gegenüber dem Vorjahr über 16.000 Beschäftigte abgebaut. In der Region Stuttgart lag der prozentuale Verlust mit insgesamt 1,5 % mehr als doppelt so hoch als in Baden-Württemberg insgesamt (0,6%). Obwohl in der Region nur ein knappes Drittel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg beschäftigt ist, entfallen über zwei Drittel der in Baden-Württemberg abgebauten Arbeitsplätze auf die Region Stuttgart. Gegenüber dem Landestrend war die Region Stuttgart jetzt zum zweiten Mal in Folge deutlich überdurchschnittlich von den Arbeitsplatzverlusten betroffen. Betrachtet man den Zeitraum 1993 bis 1995 dann summiert sich der Verlust bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt auf über 53.000 oder fast 5% in diesen zwei Jahren.

2.3. Die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe

2.3.1. Im Verarbeitenden Gewerbe bleibt die Beschäftigung auf der Strecke

Die Verschlechterung der Beschäftigungssituation war auch im Jahr 1995 im Verarbeitenden Gewerbe besonders ausgeprägt. Zu sehen ist der anhaltende Niedergang bei den Beschäftigtenzahlen im Verarbeitenden Gewerbe nur im Kontext der sehr verhaltenen wirtschaftlichen Erholungsphase der Jahre 1994 und 1995 und den in den Betrieben verstärkt vollzogenen Verlagerungs- und Rationalisierungsstrategien.

Gemessen an der Zahl aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den alten Bundesländern verlief der Abbau bei den Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes, wo zwischen 1994 und 1995 fast 160.000 Stellen verloren gingen, deutlich überproportional. Zwischen 1990 und 1995 verringerte sich die Anzahl der im Verarbeitenden Gewerbe sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVPB)[12] um rund 1,1 Millionen, was einem Abbau von fast 13 % der in diesem Sektor Beschäftigten entspricht. Diese Entwicklung schlägt sich auch im sinkenden Anteil an den Beschäftigten insgesamt nieder. 1980 waren noch über 40 Prozent aller Beschäftigten in den alten Bundesländern im Verarbeitenden Gewerbe tätig, im Jahre 1990 immerhin noch über 37 Prozent, so lag deren Anteil 1995 lediglich bei gut 30 Prozent.



12 Ohne Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe

2.3.2. Anhaltende Talfahrt: Das Verarbeitende Gewerbe in Baden-Württemberg

Die Zahl der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe ist in Baden-Württemberg bis zum Juli 1995 auf einen Stand von 1,5 Mio. gesunken, das sind rund 31.000 Beschäftigte weniger als im Vorjahr. Auch wenn der Verlust in 1995 weiterhin anhielt, ist bis zum Ende des zweiten Halbjahres 1995 ein vorläufiges Abbremsen des Abbaus festzustellen[13]. Vollzog sich in den vergangenen Jahren in Baden-Württemberg im Verarbeitenden Gewerbe noch ein deutlich überproportionaler Beschäftigtenabbau im Vergleich zur Entwicklung auf Bundesebene, so verlief der Abbau in Baden-Württemberg seit 1993 parallel zu der Entwicklung in den alten Bundesländern. Der abgebremste aber stetige Beschäftigtenabbau wird noch deutlicher, wenn man den Betrachtungszeitraum verlängert. Gab es zwischen 1990 und 1995 im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs insgesamt eine drastische Reduzierung um 230.000 Beschäftigte, was eine Abnahme um über 14% bedeutete, so bremste sich der Abbau zwischen 1994 und 1995 auf 2% ab und liegt damit in etwa gleichauf mit der Entwicklung in den alten Bundesländern. Berücksichtigt werden muß bei der Beschäftigtenentwicklung insgesamt, daß die Erhebung der Beschäftigten nur bis Juli '95 reicht, einem Zeitpunkt, zu dem die konjunkturelle Situation im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt noch relativ positiv war und sich am Scheitelpunkt einer schwachen konjunkturellen Aufschwungphase befand.

Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe in den alten Bundesländern, Baden-Württemberg, in der Region Stuttgart und ihren einzelnen Kreisen (Absolut- und Prozentwerte)

Beschäftigte	1990	1993	1994	1995	Diff. 94/95	in %	Diff. 90/95	in %
Bund	7.341.836	6.922.101	6.526.690	6.394.345	-132.345	-2,0	-947.491	-12,9
BaWü	1.589.273	1.475.486	1.388.241	1.359.454	-28.787	-2,1	-229.819	-14,5
Region Stgt.	492.114	440.691	406.705	392.184	-14.521	-3.6	-99.930	-20,3
Stuttgart	124.241	103.928	95.632	87.949	-7.683	-8,0	-36.265	-29,2
Böblingen	89.843	78.617	71.160	69.354	-1.806	-2,5	-20.489	-22,8
Esslingen	99.344	90.707	83.218	80.329	-2.889	-3,5	-19.015	-19,1
Göppingen	43.040	38.748	36.103	35.882	-281	-0,8	-7.218	-16,8
Ludwigsburg	72.300	68.943	64.144	64.099	-45	-0,1	-8.201	-11,3
Rems-Murr	63.373	59.748	56.448	54.631	-1.817	-3,2	-8.742	-13,8

13 Nach Zahlen des Statistischen Landesamt Baden-Württemberg wurde im verarbeitenden Gewerbe im 1.Quartal 1996 bei den Beschäftigten ein Rückgang von -1,9% gegenüber dem Vorjahresquartal verbucht. Im 1. Quartal 1995 lag der Beschäftigtenabbau noch bei -4,1%.

Auch für die Beschäftigtenentwicklung in Baden-Württemberg gilt somit, daß ungeachtet dieses kurzlebigen Aufschwungs zwischen Anfang 1994 und Mitte 1995 weiterhin kräftig Arbeitsplätze abgebaut wurden und angesichts der Entwicklung der zentralen Konjunkturindikatoren im Jahr 1996 insgesamt keine Trendwende zu erkennen ist.

2.3.3. Das Verarbeitende Gewerbe in der Region Stuttgart

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich im Verarbeitenden Gewerbe der Region Stuttgart. Dort gingen zwischen Mitte 1994 und Mitte 1995 insgesamt nochmals rund 15.000 Arbeitsplätze verloren (-3,5%), ein wiederholt deutlich überproportionaler Beschäftigtenabbau. Von den rund 29.000 abgebauten Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs stammt die Hälfte allein aus der Region Stuttgart, wobei der Anteil der Region an den in Baden-Württemberg in diesem Wirtschaftszweig Beschäftigten nur bei knapp 30 Prozent liegt.

Die Dimension des drastischen Beschäftigtenabbaus im Verarbeitenden Gewerbe der Region Stuttgart wird deutlich, wenn man der aktuellen Beschäftigtenzahl den Stand von 1990 gegenüberstellt. In diesen fünf Jahren verlor das Verarbeitende Gewerbe auf Regionsebene über 100.000 Beschäftigte, das entspricht mehr als einem Fünftel der dort Beschäftigten. Aus diesem überproportionalen Beschäftigtenabbau im Verarbeitenden Gewerbe resultiert natürlich auch ein entsprechender Bedeutungsverlust des Verarbeitenden Gewerbes in der Region und seinen einzelnen Kreisen. So sank der Anteil der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe an der Gesamtbeschäftigung von 50 Prozent im Jahr 1980 auf 40 Prozent im Jahr 1995 ab. Es drängt sich angesichts dieser Zahlen die These auf, daß das Verarbeitende Gewerbe der Region Stuttgart - vom vereinigungsbedingten Boom Anfang der 90er Jahre ohnehin nur unterdurchschnittlich profitierend - als eine Art Seismograph für zukünftige wirtschaftliche Entwicklungen zu betrachten ist, da hier schon seit Ende der 80er Jahre in der Region Stuttgart Konjunktur- und Arbeitsmarkteffekte sichtbar werden, die sich in anderen Wirtschaftsregionen in Form einer nachholenden Entwicklung wiederholen.

Die überproportionalen Arbeitsplatzverluste in der Region Stuttgart resultieren im Kern aus zwei sich gegenseitig verstärkenden Effekten. Zum einen wird deutlich, daß das Dienstleistungsgewerbe seit circa 1993 immer weniger in der Lage ist, die Beschäftigtenverluste des Verarbeitenden Gewerbes durch eigenes Wachstum zu kompensieren. Hinzu kommt, daß die Betriebe im Dienstleistungssektor jetzt im Gefolge der Produktionsbetriebe zunehmend, ihre durch organisatorische und

technologische Rationalisierungsmaßnahmen erzielten Produktivitätszuwächse durch den Abbau der Beschäftigten auch personalpolitisch realisieren[14].

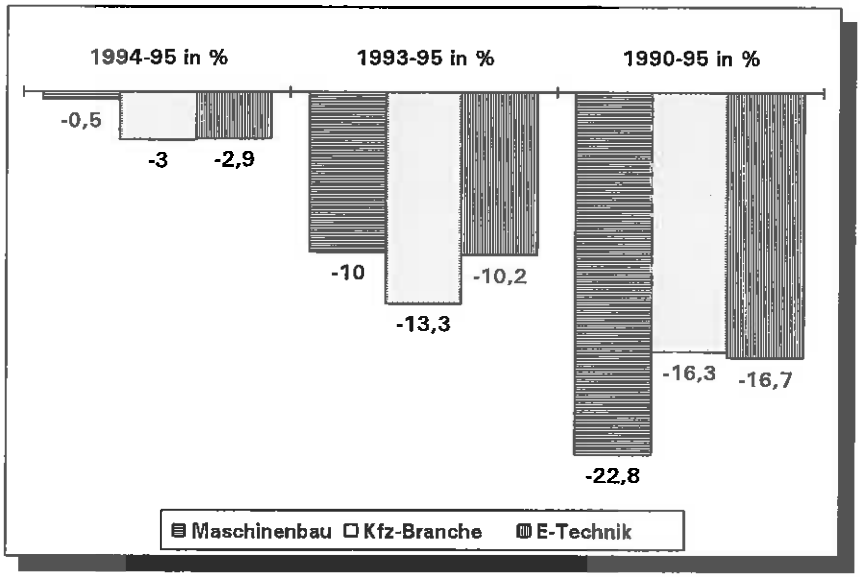
Als zweiten Effekt wirken binnenregionale Entwicklungstrends: Bezogen auf die Beschäftigtenentwicklung galt die Region Stuttgart bis Anfang der 90er Jahre zu recht als Musterregion, verzeichnete doch die Region insgesamt gegenüber den Landes- oder Bundestrends stets deutlich positivere Entwicklungen. Diese günstigere Beschäftigungssituation resultierte im wesentlichen aus einer binnenregionalen Entwicklung, wonach es zu einer Verlagerung von Arbeits- und Betriebsstätten in die Umlandkreise der Region zulasten des regionalen Kerns kam. Dieser Effekt wurde im Gefolge der aktuellen Unternehmensstrategien Beschränkung auf das Kerngeschäft, Internationalisierung von Produktion und Einkauf bzw. die Verlagerung von zentralen Unternehmensbereichen in wachsende Märkte usw. in seiner Dynamik stark abgeschwächt. Von den derzeitigen Verlagerungsaktivitäten profitieren entweder potentielle bzw. boomende Märkte oder aber Niedriglohn-Standorte, an den Umlandkreisen der Region Stuttgart jedenfalls geht der Verlagerungstrend vorüber. Im Stadtkreis Stuttgart wirken im Verarbeitenden Gewerbe wie in den vergangenen Jahren weiterhin die Verlagerungseffekte gepaart mit Rationalisierungseffekten für drastisch sinkende Beschäftigtenzahlen.

2.3.4. Krisenstimmung auch im Umland

Liegt das Verarbeitende Gewerbe in den Umlandkreisen der Region (ohne Stuttgart) 1995 mit einem Anteil von 47% an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt, zwar immer noch deutlich über den Werten von Baden-Württemberg (40%), Westdeutschland (32%) und der Region insgesamt (40%), so hat sich zwischen 1993 und 1995 auch in den Umlandkreisen der Region ein solch starker Beschäftigtenabbau vollzogen, daß dort von Verlagerungseffekten aus dem Stadtkreis Stuttgart nicht mehr profitiert werden konnte. So nahm die Beschäftigung im Umland von Stuttgart zwischen 1993 und 1995 im Fahrzeugbau um 13%, im Maschinenbau und der Elektrotechnik um jeweils 10% ab. Von den Verlagerungsprozessen zwischen 1980 und 1992 profitiert das Umland von Stuttgart noch heute insofern, daß sich dort bedingt durch ein moderneres Produktionspotential eine abgeschwächte Negativentwicklung bei den Beschäftigten vollzieht. In der Perspektive ist jedoch zu erwarten, daß sich die von den Unternehmen unvermindert betriebene Strategie der Internationalisierung der Produktion und Beschaffung auch in den Umlandkreisen

14 Zur abnehmenden Kompensation der Beschäftigungsverluste aus dem verarbeitenden Gewerbe durch den Dienstleistungssektor wird detailliert in Kapitel 3 dieser Studie eingegangen.

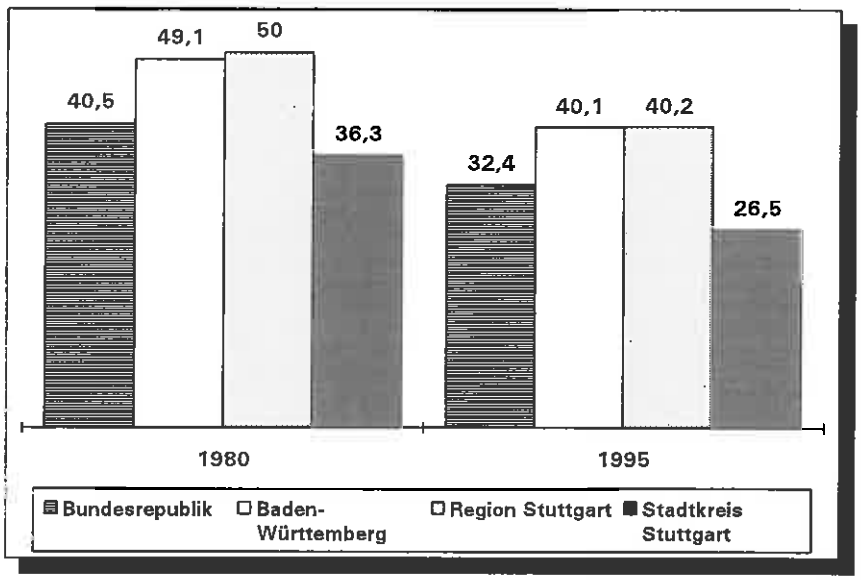
der Region zukünftig in Form von Beschäftigtenabbau verstärkt niederschlagen wird und eine Art 'nachholende' Negativentwicklung einsetzt.



Prozentuale Beschäftigtenentwicklung in den fünf Umlandkreisen der Region Stuttgart nach Branchen (ohne Stadtkreis Stuttgart)

2.3.5. Stadtkreis Stuttgart

Wie bereits aufgezeigt existieren innerhalb der Region teilweise sehr große innerregionale Unterschiede bei den Arbeitsplatzverlusten. Eindeutiger Verlierer in der Region ist der Stadtkreis Stuttgart mit überproportionalen Verlusten an Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe mit fast 30% zwischen 1990 und 1995 und einem weiteren Abbau um 8% zwischen 1994 und 1995. Hierdurch entfallen mit einem Abbau von 8.000 Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe über die Hälfte der Beschäftigtenverluste in der Region zwischen 1994 und 1995 allein auf den Stadtkreis Stuttgart. Entsprechend sank auch die relative Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes in Stuttgart, wo 1995 noch rund 91.000 Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe tätig waren, was einem Anteil an den Beschäftigten insgesamt in Stuttgart von 26,5% entspricht - im Jahr 1980 lag dieser Anteil mit fast 132.000 Beschäftigten noch bei über 36 %.



Entwicklung der Anteile des Verarbeitenden Gewerbes an den Gesamtbeschäftigten in den Jahren 1980 und 1995 (in %)

2.3.6. Die Hauptbranchen des Verarbeitenden Gewerbes in der Region Stuttgart sind weiterhin auf Talfahrt

Wie im Verarbeitenden Gewerbe in der Region insgesamt, hat sich auch in den drei wichtigsten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes auf Regionsebene die Beschäftigung 1995 deutlich negativer als auf Landes- und Bundesebene entwickelt. Auch wenn es teilweise deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Kreisen gibt, hat sich lediglich die Dynamik, nicht aber die negative Grundrichtung der Beschäftigtenentwicklung geändert.

Der **Strassenfahrzeugbau**, mit 106.000 Beschäftigten die größte Branche der Region Stuttgart, hat innerhalb von fünf Jahren die Zahl der Beschäftigten um fast 25.000 reduziert. Auch in dem - bezogen auf die Absatz- und Umsatzzahlen - für die Kfz-Industrie äußerst positiv verlaufenem Zeitraum von 1994 bis 1995 wurden in der Region Stuttgart die Beschäftigten nochmals um über 3% abgebaut, wodurch jede vierte Stelle die in diesem Bereich bundesweit zwischen 1994 und 1995 verloren ging, aus der Region Stuttgart stammt. Der Arbeitsplatzabbau in der Region Stuttgart lag 1995 prozentual mit -3,3% doppelt so hoch wie auf Landes- (-1,7%) und Bundesebene (-1,1%). Von den absoluten Zahlen her betrachtet, waren Stuttgart und Böblingen als Standort von Mercedes-Benz-Werken am stärksten vom Personalabbau betroffen. Ausgehend von den prozentualen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind im Jahr 1995 die Kreise Esslingen und Göppingen als Standorte der Zulieferindustrie überdurchschnittlich vom Personalabbau in der Kfz-Branche betroffen gewesen. Insgesamt ist festzuhalten, daß im Bereich der Kfz-Zulieferer nach dem drastischen Personalabbau zwischen 1992 und 1994 seit dem letzten Quartal in 1995 der

Beginn einer neuen Verlagerungs- und Entlassungswelle spürbar wird. Wirksam werden hier Effekte aus den forcierten Internationalisierungsstrategien der Zulieferer um einen vermeintlichen Ausweg aus steigenden internationalen Preiskonkurrenzen zu finden. Wirksam wird zum anderen aber auch die mit dem Begriff der systemischen Rationalisierung bezeichnete Flexibilisierung und Rationalisierung innerhalb der vertikalen Produktions- und Wertschöpfungsketten, darstellbar vor allem an den Umstrukturierungen bzw. der Hierarchisierung der Zulieferbeziehungen (Systemlieferanten vs. Teilefertiger) und der Reorganisation innerbetrieblicher Produktionsstrukturen - mit entsprechendem Druck auf die Arbeitsbedingungen - um dem Preisdruck durch die Finalproduzenten zumindest zeitweilig zu entsprechen.

Region	Branche	1990	1993	1994	1995	Diff. 94/95	in %	Diff. 90/95	in %
BRD	KFZ	1.056.272	1.013.040	946.390	932.808	-13.582	-1,4	-123.464	-11,7
BW	KFZ	259.174	240.363	221.385	217.655	-3.730	-1,7	-41.519	-16,0
REG	KFZ	131.372	121.271	110.132	106.496	-3.636	-3,3	-24.876	-18,9
STGT	KFZ	48.511	41.399	38.584	37.100	-1.484	-3,8	-11.411	-23,5
BÖB	KFZ	47.582	44.413	38.775	37.635	-1.140	-2,9	-9.947	-20,9
ESS	KFZ	17.545	16.864	15.606	14.889	-717	-4,6	-2.656	-15,1
GÖPP	KFZ	2.731	2.771	2.697	2.568	-129	-4,8	-163	-6,0
LUBU	KFZ	11.327	11.482	10.539	10.387	-152	-1,4	-940	-8,3
REMU	KFZ	3.676	4.342	3.931	3.917	-14	-0,4	241	6,6

Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Strassenfahrzeugbau in Westdeutschland, Baden-Württemberg, der Region Stuttgart und ihren einzelnen Kreisen (Absolut- und Prozentwerte)

Bei den Beschäftigten im **Maschinenbau** ist in der Region Stuttgart bezogen auf den Zeitraum 1994/95 eine relativ günstige Entwicklung eingetreten, mit Ausnahme von Stuttgart, wo auch in 1995 ein extrem starker Einbruch von -13% bei den Beschäftigten in dieser Branche zu verkraften war. Rechnet man Stuttgart aus dem Regionsdurchschnitt heraus, so ergibt sich ein unterdurchschnittlicher Arbeitsplatzabbau in Höhe von -0,5% in den Randkreisen der Region, gegenüber einem Abbau von -1,2% auf Landes- und -1,5% auf Bundesebene. Im Verhältnis zu den anderen wichtigen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes mag der Beschäftigtenabbau im Maschinenbau noch relativ moderat erscheinen, allerdings vollzog sich dieser Abbau trotz eines Anwachsens der Produktion in 1995 um 3 Prozent (vgl. DIW Wochenbericht 20/1996: 357). Hiermit befindet sich der Maschinenbau der Region auf einem neuen Tiefstand bei den Beschäftigtenzahlen. Die negativste Entwicklung in der Region war 1995 in Stuttgart zu verzeichnen, gefolgt von Göppingen, wo ebenfalls der Personalabbau (260 Beschäftigte) anhielt. In den anderen vier Kreisen der Region stagnierte der Beschäftigtenstand auf dem niedrigen Niveau von 1994.

Auch wenn die Entwicklung in 1995 günstiger verlief als in Westdeutschland insgesamt, wird bei einer Betrachtung der Beschäftigtenentwicklung über den Zeitraum der letzten fünf Jahre der massive Substanzverlust dieser zentralen Branche deutlich. Zwischen 1990 und 1995 wurde in der Region Stuttgart über ein Viertel aller Arbeitsplätze im Maschinenbau abgebaut, gegenüber gut 17% in Westdeutschland und Baden-Württemberg im selben Zeitraum. Rechnet man Stuttgart aus dem Regionsdurchschnitt heraus, so ergibt sich für die restlichen Kreise der Region insgesamt ein Beschäftigungsverlust von 23%. In diesen fünf Jahren wurden im Kreis Stuttgart fast 40% der im Maschinenbau Beschäftigten abgebaut.

Region	Branche	1990	1993	1994	1995	Diff. 94/95	in %	Diff. 90/95	in %
BRD	Masch.bau	1.085.178	985.247	910.477	897.235	-13.242	-1,5	-187.943	-17,3
BW	Masch.bau	289.266	261.644	242.162	239.293	-2.869	-1,2	-49.973	-17,3
REG	Masch.bau	84.081	71.480	64.244	62.699	-1.545	-2,4	-21.382	-25,4
STGT	Masch.bau	14.215	11.496	10.018	8.739	-1.279	-12,8	-5.476	-38,5
BÖB	Masch.bau	5.954	5.386	4.998	5.084	86	1,7	-870	-14,6
ESS	Masch.bau	22.096	18.693	16.562	16.588	26	0,2	-5.508	-24,9
GÖPP	Masch.bau	13.219	11.273	10.164	9.900	-264	-2,6	-3.319	-25,1
LUBU	Masch.bau	13.797	11.943	10.500	10.428	-72	-0,7	-3.369	-24,4
REMU	Masch.bau	14.800	12.689	12.002	11.960	-42	-0,3	-2.840	-19,2

Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Maschinenbau in Westdeutschland, Baden-Württemberg, der Region Stuttgart und ihren einzelnen Kreisen (Absolut- und Prozentwerte)

In der **elektrotechnischen Industrie** - der zweitgrößten Branche der Region Stuttgart - verlief die Beschäftigtenentwicklung zwischen 1994 und 1995 mit einem weiterhin fortschreitendem Abbau um 6% deutlich schlechter als im Maschinenbau, der Kfz-Branche oder dem Verarbeitenden Gewerbe insgesamt (-3,6%). Über die Hälfte aller in diesem Bereich in Baden-Württemberg abgebauten Arbeitsplätze stammt somit aus der Region Stuttgart, obwohl sich deren Anteil an den Beschäftigten in der baden-württembergischen Elektroindustrie nur bei rund 30 Prozent bewegt.

In der regionalen Aufgliederung fällt die negative Entwicklung in den Kreisen Stuttgart und Esslingen auf, wo auch schon zwischen 1993 und 1994 überproportionale Abbauraten bei den Beschäftigten zu verzeichnen waren. Einen Aufbau an Beschäftigten gab es nur in den Kreisen Göppingen und Ludwigsburg mit insgesamt gut 500 Personen, der aber angesichts eines Abbaus von über 5.300 Arbeitsplätzen in den vier anderen Kreisen der Region deutlich relativiert wird. Zum Tragen kommen bei den Arbeitsplatzverlusten in der elektrotechnischen Industrie zum einen die Rationalisierungsmaßnahmen und Verlagerungen vor allem von personalintensiven Montagetätigkeiten, zum anderen wirkt sich der - vorallem den fehlenden inländischen Kaufimpulsen geschuldete - Produktionsrückgang bei den Gütern des priva-

ten Gebrauchs wie z.B. Rundfunk- und Fernsehgeräte negativ auf die Beschäftigtenentwicklung aus.

Region	Branche	1990	1993	1994	1995	Diff. 94/95	in %	Diff. 90/95	in %
BRD	E-Technik	1.121.459	1.033.918	961.584	928.964	-32.620	-3,4	-192.495	-17,2
BW	E-Technik	277.265	257.380	240.439	231.611	-8.828	-3,7	-45.654	-16,5
REG	E-Technik	95.441	86.906	80.299	75.494	-4.805	-6,0	-19.947	-20,9
STGT	E-Technik	28.769	25.007	23.069	19.937	-3.132	-13,6	-8.832	-30,7
BÖB	E-Technik	7.618	7.877	7.949	7.796	-153	-1,9	178	2,3
ESS	E-Technik	21.557	19.851	18.315	17.029	-1.286	-7,0	-4.528	-21,0
GÖPP	E-Technik	1.949	1.956	1.583	1.646	63	4,0	-303	-15,5
LUBU	E-Technik	16.402	15.390	13.957	14.424	467	3,3	-1.978	-12,1
REMU	E-Technik	19.146	16.825	15.426	14.662	-764	-5,0	-4.484	-23,4

Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der elektrotechnischen Industrie in Westdeutschland, Baden-Württemberg, der Region Stuttgart und ihren einzelnen Kreisen (Absolut- und Prozentwerte)

Der stetige Rückgang bei den Beschäftigten resultiert insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe im wesentlichen aus den bereits dargestellten konjunkturellen und strukturellen Effekten. Angesichts weiter sinkender inländischer Auftragseingänge mit entsprechend sinkenden Kapazitätsauslastungen, fehlender Impulse aus dem privaten Verbrauch, den forcierten Rationalisierungsmaßnahmen und der Strategie der Unternehmen, die Produktion am Rande der Personalunterdeckung aufrecht zu erhalten, ist im Jahr 1996 ein nochmaliges und verstärktes Absinken der Beschäftigtenzahlen zu erwarten. Hinzu kommt, daß bei verschlechterten Absatzbedingungen auf den inländischen und europäischen Märkten die realisierten Produktivitäts- und Rationalisierungseffekte voll auf den Personalbestand durchschlagen werden, bzw. im Rahmen absatzorientierter Verlagerungsstrategien noch verstärkt weitere Produktionsstätten in potentiell wachsenden Märkten errichtet werden. Ansatzpunkte zur Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen - vor allem auch im produzierenden Gewerbe - ist neben der Herabsenkung des Arbeitszeitvolumens, der Reduzierung von Überstunden und der Ausdehnung beschäftigungspolitischer Instrumente anstelle einer von der Bundesregierung praktizierten Demontage aktiver Arbeitsmarktpolitik, vor allem auch eine Struktur- und Industriepolitik, die schwerpunktmäßig in den Bereichen das Wachstum zu fördern sucht, in denen neben hohen (qualitativen) Arbeitsplatzeffekten auch die Basis für eine ökologische Umorientierung bereitet wird.

2.4. Arbeitslosigkeit

Die stetig wachsende Arbeitslosigkeit ist zum internationalen Kernproblem Nr.1 geworden. Trotz einiger statistischer Retuschierkunst[15] ist nicht zu leugnen, daß Arbeitslosigkeit zu einem strukturellen Problem geworden ist, das alle Nationen begleitet. Die Aussichten sind düster; obwohl das Thema Arbeitslosigkeit inzwischen auf der Tagesordnung jeder internationalen Konferenz steht, alle sog. Spar- und Umstrukturierungsmaßnahmen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen sollen, selbst sämtliche politischen Parteien sich diese Aufgabe auf die Fahnen geschrieben haben, sind die Prognosen negativ.

2.4.1. Steigende Bestandszahlen

Die konjunkturelle Verbesserung sowie die positiveren Bilanzen der Unternehmungen haben sich auf dem Arbeitsmarkt keinesfalls adäquat ausgewirkt (vgl. LAA 1995:2). So stieg die **Zahl der gemeldeten Arbeitslosen** weiterhin an.

Im gesamten **Bundesgebiet** erhöhte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen von Dezember 1994 zu Dezember 1995 um weitere 231.000, das entspricht einem Zuwachs von 6,5%. In den alten Bundesländern waren im Dezember 1995 132.000 Arbeitslose mehr registriert als im Vorjahreszeitraum (+5,2%).

Der Zuwachs der Arbeitslosen in **Baden-Württemberg** blieb unter dem Bundesdurchschnitt, so stieg von Dezember 1994 bis Dezember 1995 die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen um 7627, also 2,3% an.

Die offiziellen Arbeitslosenzahlen für die **Region Stuttgart** blieben trotz des hohen Personalabbaus noch relativ "gering". Nach einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen zwischen 1993 und 1994, war zwischen Dezember 1994 und Dezember 1995 eine relativ geringe Zunahme von insgesamt 715[16] (registrierten) Arbeitslosen zu verzeichnen (Zuwachs um 0,85 %). Mit leichten Nuancen gilt dies auch für die einzelnen Arbeitsamtsbezirke in der Region.

Trauriger "Spitzenreiter" ist der Arbeitsamtsbezirk Waiblingen; hier erhöhte sich der Bestand an Arbeitslosen zwischen Dezember 1994 und Dezember 1995 um 525

---

15 Hier sei lediglich auf das Beispiel USA verwiesen, welches auch in unseren Medien häufig undifferenziert als Vorreiter in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehandelt wird; tatsächlich fallen in den USA bspw. alle Personen aus der Statistik, die länger als ein Jahr arbeitslos waren; hinzu kommen die Personen mit zwei und mehr Hilfsjobs usw.

2 Die Angaben in diesem Abschnitt sind Ergebnisse eigener Berechnungen auf der Basis der Arbeitsmarktdaten des Landesarbeitsamtes bzw. der jeweiligen Arbeitsämter.

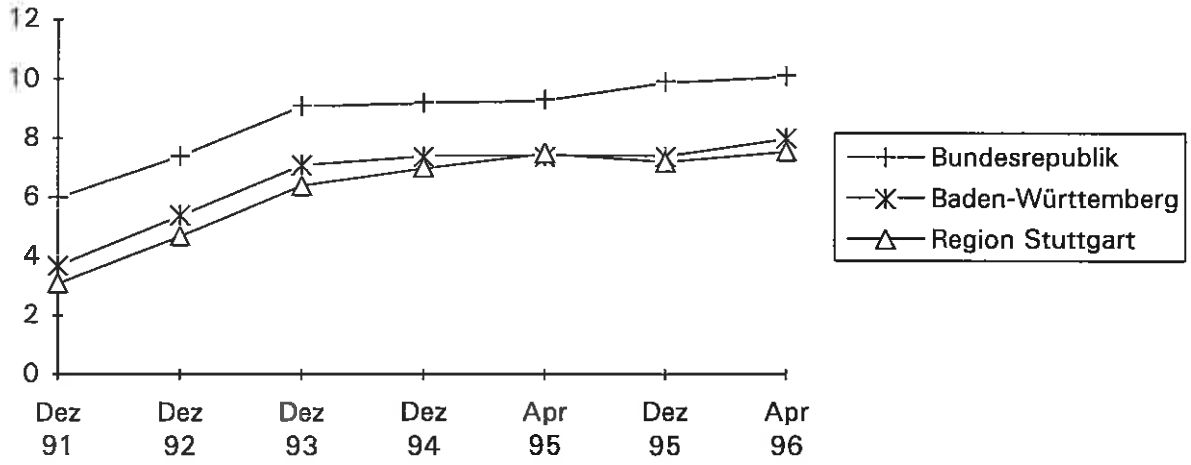
Personen (+ 4,75%). Im Januar 1995 meldeten sich 2878 Menschen neu; noch nie zuvor hatte das Arbeitsamt Waiblingen einen solchen Neuzugang an Arbeitslosen (vgl. Arbeitsamtbericht Waiblingen: 1/1995). Der Arbeitsamtsbezirk Stuttgart hatte im Verlauf des letzten Jahres eine Zunahme des Bestands an Arbeitslosen von 241 (+ 0,67%) zu verzeichnen, in Ludwigsburg waren es 39 Personen (+ 0,26%). Positiv war die Entwicklung ausschließlich im Arbeitsamtsbezirk Göppingen, dort nahm die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen um 90 Personen ab (-0,4 %) ab.

Die absoluten Bestandzahlen erhöhten sich im ersten Quartal 1996 erneut, so waren in der Region Stuttgart im April 1996 87.810 Personen arbeitslos gemeldet, gegenüber 84.690 im Dezember 1995. Die Bestandszahl im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart betrugen im April 1996 37.328 (Dezember 1995: 36.135), in Ludwigsburg 14.737 (Dezember 1995: 14.559), in Waiblingen 12.265 (Dezember 1995: 11.575) und in Göppingen 23.480 (Dezember 1995: 22.421).

2.4.2. Steigende Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote[17] erhöhte sich im **Bundesgebiet** im Zeitraum zwischen Dezember 1994 und Dezember 1995 von 9,2% auf 9,9%, im alten Bundesgebiet von 8,2% auf 8,7%. In **Baden-Württemberg** lag die Arbeitslosenquote am Ende des letzten Jahres bei 7,6%, gegenüber noch 7,4% im Dezember 1994. Der Anstieg der Arbeitslosenquote in der **Region Stuttgart** blieb in diesem Zeitraum vergleichbar gering, so lag sie im Dezember 1995 bei 7,21%, gegenüber 7,15% Dezember 1994.

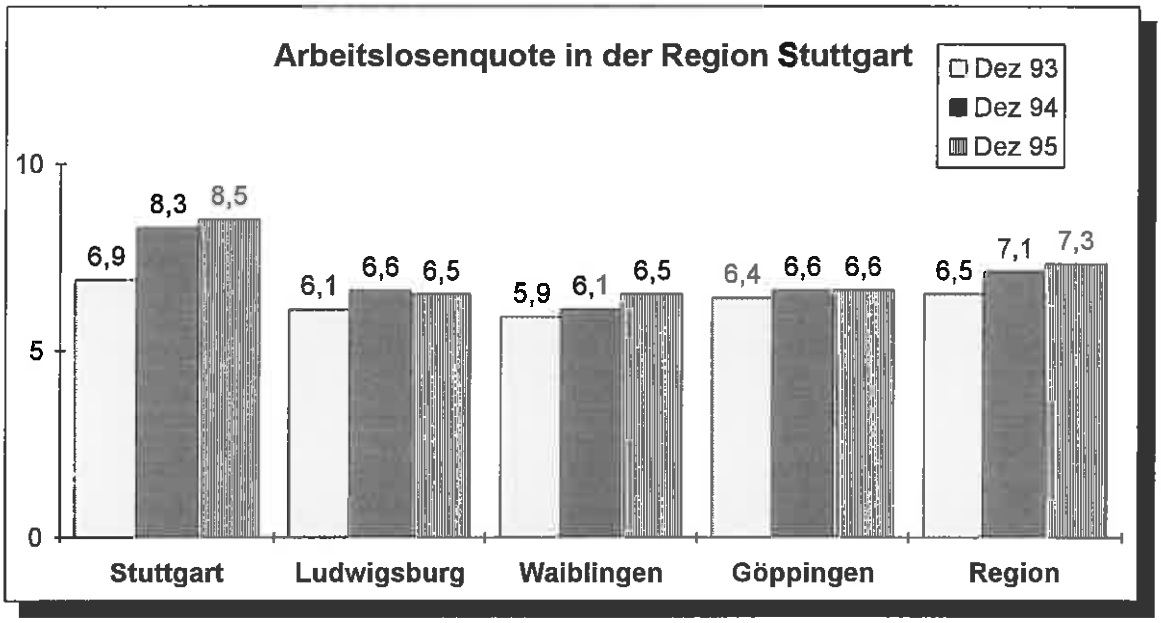
Entwicklung der Arbeitslosenquote im Vergleich (in%)



17 Anteil der beim Arbeitsamt registrierten Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose), ausgedrückt in Prozent.

Innerhalb der Region Stuttgart ragte der Arbeitsamtsbezirk **Stuttgart** im Dezember 1995 mit einer Arbeitslosenquote von 8,5 % deutlich heraus; mit einem weiteren Anstieg im 1. Quartal 1996 auf 9% (April 1996) hat Stuttgart damit in Baden-Württemberg hinter Mannheim[18] den zweiten Platz auf der Liste der Arbeitsamtsbezirke mit der höchsten Arbeitslosenquote eingenommen.

Mit Arbeitslosenquoten von 6,5% in **Waiblingen** und **Ludwigsburg** sowie **Göppingen** mit 6,6 % im Dezember 1995 lagen diese Arbeitsamtsbezirke noch deutlich unter Bundes- und Landesdurchschnitt; der weitere Anstieg im 1. Quartal 1996 macht jedoch eine Tendenz zur Angleichung deutlich (Waiblingen 6,9%, Ludwigsburg 6,7 %, Göppingen 7 %).



2.4.3. Weitere Daten zur Struktur der Arbeitslosigkeit

Der **Anteil der Frauen** an der Gesamtzahl der Arbeitslosen hat auch in der Region Stuttgart weiter zugenommen: Waren im Dezember 1994 noch 40,9% der Arbeitslosen Frauen, stieg dieser Anteil bis zum Dezember 1995 auf 41,7% an. Innerhalb der Region Stuttgart ist hier eine Streuung festzustellen; während der Frauenanteil unter den Arbeitslosen bspw. in Stuttgart im Dezember 1995 "nur" 38,3% betrug waren im Arbeitsamtsbezirk Ludwigsburg 45,2% der Arbeitslosen Frauen.

So ist auch die Arbeitslosenquote von Frauen, Männer in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken unterschiedlich:

18 Mannheim hat im AA-Bezirk eine Arbeitslosenquote von 10,7% in der Stadt Mannheim beträgt sie 12,3%.

Arbeitsamtsbezirk	Quote gesamt		Quote Frauen		Quote Männer		Frauenanteil an den Arbeitslosen	
	1994	1995	1994	1995	1994	1995	1994	1995
Göppingen	6,6	6,5	6,8	6,8	6,4	6,5	44,6	44,7
Ludwigsburg	6,4	6,3	6,6	6,8	6,3	6,3	42,3	45,2
Stuttgart	8,3	8,5	7,0	7,3	9,3	9,5	37,2	38,3
Waiblingen	6,1	6,6	6,0	6,2	6,3	6,6	41,7	42,3
Baden- Württ.	7,4	7,6	7,5	7,6	7,3	7,6	43,9	44,0

Der **Anteil an ausländischen Arbeitnehmern** unter den gemeldeten Arbeitslosen hat in der Region Stuttgart im Verlauf des letzten Jahres ebenfalls zugenommen, so war hier ein Anstieg um 1,4% auf insgesamt 33,1%, zu verzeichnen. In den einzelnen Arbeitsamtsbezirken der Region bewegt sich die Zunahme zwischen 0,6% in Stuttgart und 2,7% in Göppingen (Ludwigsburg 1,5%, Waiblingen 1,6%).

Besonders dramatisch ist der weitere Anstieg der **Jugendarbeitslosigkeit**; so wuchs die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren in Baden-Württemberg von 41.987 auf 43.137 Personen an (+2,73 %) und verzeichnete damit einen überproportionalen Zuwachs.

Arbeitsamtsbezirk	Bestand: Arbeitslose unter 25 Jahren		Veränderung bei unter 25-jährigen Arbeitslosen		Veränderung bei allen Arbeitslosen
	1994	1995	absolut	in %	in %
Göppingen	2597	2811	+ 214	+ 8,2	- 0,40
Ludwigsburg	1809	1817	+ 8	+ 0,4	+ 0,26
Stuttgart	3894	3897	+3	+ 0,1	+ 0,67
Waiblingen	1440	1469	+ 29	+ 2,0	+ 4,75
Region	9740	9994	+ 254	+ 2,6	+ 0,85

Bezüglich der **Langzeitarbeitslosigkeit**[19] gab es im Lauf des Jahres 1995 in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart folgende Veränderungen: [20]

19 Hierzu zählen die Arbeitsämter Arbeitslose, die ohne Unterbrechung ein Jahr oder länger arbeitslos gemeldet waren.

20 Die tatsächliche Zahl der Langzeitarbeitslosen ist deutlich höher als die ausgewiesene: Ein Arbeitsloser zählt als Neuzugang, auch wenn er seine - evtl. mehrjährige - Arbeitslosigkeit wegen eines 8-tägigen Aushilfsjobs oder einer mehr als 6-wöchigen Erkrankung, unterbrochen hat.

	Arbeitslose Gesamt				Männer				Frauen			
Arbeitsamts bezirk	ins-ges.	Lang-zeit	Langzeitar-beitslose[21]		ins-ges.	Lang-zeit	Langzeitar-beitslose		ins-ges.	Lang-zeit	Langzeitar-beitslose	
			1994	1995			1994	1995			1994	1995
Göppingen	-0,40	+6,53	28,9	30,9	-0,53	+5,21	27,10	28,60	-0,24	+7,95	31,20	33,80
Ludwigsburg	+0,27	+9,81	27,8	30,4	-2,03	+8,78	25,30	28,10	+3,2	+10,88	30,99	33,30
Stuttgart	+0,67	+19,7	28,8	29,3	+1,03	+19,1	29,20	35,10	+3,5	+20,52	28,20	32,90
Waiblingen	+4,75	+13,4	25,4	27,5	+3,64	+8,80	24,90	26,10	+6,3	+19,50	26,20	33,80
Region	0,85	+13,4	28,8	31,8	-0,46	+12,7	27,9	31,10	+2,75	+14,25	30,10	32,70

Die Arbeitsamtsbezirke der Region liegen damit im Bundesdurchschnitt, wonach ein Drittel der Arbeitslosen unter die Rubrik der "Langzeitarbeitslosen" fällt. Lediglich Waiblingen liegt mit 29,5% unter dieser Grenze. Untersuchungen (vgl. Kress u.a.: 1995) zeigen, daß die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in einem Abstand von 1-3 Jahren hinterherhinkt. So besteht die Wahrscheinlichkeit, daß Waiblingen mit einem späten Anstieg der Arbeitslosigkeit in 1995, hier eine nachholende Entwicklung bezüglich der Langzeitarbeitslosigkeit erwarten muß.

Deutlich erkennbar ist zudem, daß sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen signifikant veränderte, während sich die Zahl der Arbeitslosen insgesamt nur marginal veränderte. So nahm bspw. selbst im Arbeitsamtsbezirk Göppingen, in dem die Zahl der registrierten Arbeitslosen zurückging, die Zahl der Langzeitarbeitslosen insgesamt zu (+ 5,21% bei den Männern, + 7,95% bei den Frauen).

2.4.4. Bestandszahlen verharmlosen die Situation

Eine alleinige Betrachtung, der oben dargestellten Daten, sprich die verhältnismäßig geringen Zunahmen der Zahl der in der Statistik ausgewiesenen Arbeitslosen führt, zu einem falschen Bild und verharmlost die Gesamtentwicklung.

21 Anteil der Langzeitarbeitslosen unter den insgesamt arbeitslos gemeldeten Personen der Rubrik

Eine wichtige "Kontrollgröße" stellt hierbei die Zahl der **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** dar. Die starke Abnahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einerseits und die im Vergleich dazu geringe Zuanhme der Arbeitslosenzahlen andererseits lassen auch auf eine hohe Dunkelziffer in diesem Bereich schließen.

Desweiteren ist zu berücksichtigen, daß die Arbeitslosenstatistik nicht alle Arbeitslosen enthält. Dies betrifft u.a.

- Personen in **arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen** der Arbeitsämter. Durchschnittlich 39.000 Personen in Baden-Württemberg nahmen 1995 pro Monat an entsprechenden Weiterbildungskursen teil, 4.300 waren 1995 in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen tätig. Beide Personengruppen werden damit weder beim Bestand an Arbeitslosen, noch der Arbeitslosenquote berücksichtigt;
- Beschäftigte über 58 Jahre (sog. "Vorruheständler") können gemäß **§ 105c Arbeitsförderungsgesetz** dem Arbeitsamt gegenüber erklären, daß sie "dem Arbeitsmarkt nicht weiter zur Verfügung stehen" und erhalten dann keine Vermittlungsvorschläge mehr. Diese Arbeitslosen werden bei der Zahl der "gemeldeten Arbeitslosen" nicht mitgezählt.

Für Baden Württemberg liegen in diesem Zusammenhang folgende Zahlen vor:

Arbeitslose über 58 Jahre, die nach § 105c AFG nicht zu den gemeldeten Arbeitslosen zählen (in Ba-Wü)

	Dezember 1994	Dezember 1995
Männer	18629	16561
Frauen	6460	6021
Insgesamt	25089	22582

- Nicht zuletzt sind hier Arbeitslose zu berücksichtigen, die **keinen Anspruch mehr auf entsprechende Leistungen** haben. Es sind Arbeitslose, für die bspw. die maximale Bewilligungsfrist des Arbeitslosengeldes abgelaufen ist und denen ein Anspruch auf Arbeitslosenhilfe nicht gewährt wird, da sie nicht als "bedürftig" eingestuft werden; meist verzichten diese Arbeitslosen auf die regelmäßige Meldung bei den Arbeitsämtern, da der Sinn des bürokratischen Aufwandes nicht einzusehen ist.
- Diese beispielhaft aufgeführten "nichtgemeldeten Arbeitslose" müßten um weitere aus der sog. "**Dunkelziffer**" ergänzt werden. Regional Untersuchungen liegen hierzu jedoch nicht vor.

2.4.5. Bestand an offenen Stellen

Grundsätzlich muß die Meldung offener Stellen unter der Berücksichtigung betrachtet werden, daß inzwischen hinter einem Großteil dieser Stellen lediglich befristete Arbeitsverhältnisse stehen. Im **Bundesgebiet** (West) waren zum 31.12.95 mit 211.158 offenen Stellen, 531 Stellen weniger verfügbar als zum 31.12.95 (- 0,3 %). In **Baden-Württemberg** nahm die Zahl der offenen Stellen um 945 oder 2,6 % von 35.761 auf 34.816 ab. Der Bestand an offenen Stellen ging in der **Region Stuttgart** von Dezember 1994 bis Dezember 1995 um 650 (-6,4 %) auf 9.511 offene Stellen zurück, wobei diese Entwicklung innerhalb der Region uneinheitlich verlief. Während in Waiblingen, der Bestand an offenen Stellen 1995 um 13,65 % (um 143 Stellen auf 1.191) zunahm, ging er in Ludwigsburg um 24,3 % (um 521 Stellen auf 1620) zurück. In Göppingen nahm im gleichen Zeitraum der Bestand um 16,19% (um 400 Stellen auf 2.070) ab. Der Arbeitsamtsbezirk Stuttgart konnte 1995 hingegen eine leichte Zunahme von 2,84% an offenen Stellen verbuchen, so wuchs die Zahl um 128 auf 4.630.

2.4.6. Bewegung auf dem Arbeitsmarkt

Bei den von den Arbeitsämtern präsentierten Daten handelt es sich um Bestandszahlen. Die reine Betrachtung dieser Zahlen läßt daher noch keinen Schluß darüber zu, welche Bewegung auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich vorhanden ist.

Eine Analyse der Zu- und Abgangsdaten, also auch der Neuanmeldungen von Arbeitslosen, dem Abgang aus der Arbeitslosigkeit heraus, z.B. durch eigene Bemühungen der Arbeitslosen oder die Vermittlung der Arbeitsämter wird deutlich, daß trotz eines wachsenden Bestandes an Langzeitarbeitslosen (s.u.) ein starker Austausch der arbeitslos gemeldeten Personen besteht.

So konnten in Baden-Württemberg 1995 die Arbeitsämter 294.830 Arbeitssuchende vermitteln, darunter auch 113.234 ehemals Arbeitslose. Diese Zahl entspricht einem Anteil von 34,3% der zu Jahresbeginn gemeldeten Arbeitslosen.

Diese enorme Bewegung ist überraschend, insbesondere wenn man sich vergegenwärtigt, daß den rund 330.000 Arbeitslosen in Baden-Württemberg lediglich rund 44.000 offene Stellen gegenüberstanden und zudem 108.810 gemeldete Arbeitsuchende mit um diese Stellen konkurrierten.[22]

22 Nicht berücksichtigt ist die nicht bekannte Zahl von weiteren Personen, die aus der Stillen Reserve oder aus einem bestehenden Arbeitsverhältnis heraus, sich um eine der offenen Stellen bewerben.

Diese Zahlen sind somit auch deutlicher Hinweis darauf, daß Spekulationen über die mögliche "Trägheit" der Betroffenen als Grund für die hohe Arbeitslosigkeit keineswegs greifen. Gleichzeitig wäre der Rückschluß, "wer Arbeit sucht, der findet..." eine undifferenzierte und unzulässige Vereinfachung; die Abnahme unbefristeter Stellen, die Zunahme erzwungener Selbständigkeit, von Hilfsjobs usw. zwingt Arbeitslose heute immer häufiger in Arbeitsverhältnisse - nach dem Motto "Hauptsache Arbeit" - die sowohl von den Arbeitsbedingungen als auch der Entlohnung unter dem Niveau der vorherigen Anstellung liegen.

2.5. Fazit: "Arbeit sinnvoll verteilen?"

Die eindeutigen Tendenzen zu einer wachsenden und zunehmend strukturell bedingten Arbeitslosigkeit mit all ihren sozialen und volkswirtschaftlichen Folgen und Kosten, rückt die sinnvolle Verteilung vorhandener Arbeit in Mittelpunkt der Debatte; nicht zuletzt das sog. VW-Modell war ein Eingeständnis auch der Arbeitgeberseite, daß Arbeitszeitverkürzung helfen kann, Arbeitsplätze zu sichern bzw. zu schaffen.

Die Tatsachen, daß derzeit die Mehrarbeit in den meisten Betrieben keineswegs zurückgeht und immer häufiger Arbeitszeitmodelle aufgelegt werden, die zum Zweck haben, die Arbeit lediglich unter den noch vorhandenen Beschäftigten zu verteilen, machen deutlich, daß man mit tatsächlich wirksamen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erst am Anfang steht.

Die weitere Verteilung vorhandener Arbeit muß zu einem zentralen Punkt in der aktuellen Debatte werden; die Finanzierung dieser Maßnahmen und somit die Auseinandersetzung darum, wer den Lohnausgleich oder aber die Kosten der Arbeitslosigkeit zu tragen hat, ist derzeit die aktuelle Frage gesellschaftlicher und auch gewerkschaftlicher Diskurse.

In Deutschland waren 1995 offiziell über 4 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet, tatsächlich aber fehlen 6 - 7 Millionen. Arbeitsplätze. Die zunehmende Verarmung weiter Teile der Bevölkerung oder der drohende Zusammenbruch der Sozialversicherungssysteme sind nur zwei Folgewirkungen der grassierenden Massenarbeitslosigkeit. Es gibt derzeit keine wichtigere politische Aufgabe als die Sicherung und Schaffung neuer Erwerbsarbeitsplätze. Auch wenn die sogenannte Standortdebatte den Blick auf die nationale gesamtwirtschaftliche Situation verengt hat, die rapide sinkende Zahl von Erwerbsarbeitsplätzen ist ein grundsätzliches Problem aller modernen Industriegesellschaften. In den OECD-Ländern sind derzeit 40 Millionen Menschen ohne Arbeit. Hinzu kommt, daß die Vernichtung von Arbeitsplätzen auch in günstigen konjunkturellen Phasen voranschreitet, dieses Phänomen der Entkop-

pelung von Wachstum und Beschäftigung ist in der BRD bereits seit Ende der 70er Jahre Gegenstand der wirtschaftspolitischen Diskussion.

Das Festhalten an der Strategie, über ein entsprechendes Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit zu senken, verlangt utopische Wachstumsraten der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung, um bei steigender Arbeitsproduktivität und hoher Sockelarbeitslosigkeit das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen. Trotz eines Wachstums des bundesdeutschen Bruttosozialprodukts um rund 200 Mrd. DM oder 5 % sank die Zahl der Erwerbstätigen im selben Zeitraum um über eine halbe Million (vgl. Deutsche Bundesbank 5/1996). Doch selbst wenn eine expansive Wachstumspolitik mit enorm hohen Produktionsausweitungen auf eine entsprechende Nachfrage träfe, eine undifferenzierte Wachstumsförderung ist schon aus ökologischen Gründen unakzeptabel. Wollen wir dennoch am Ziel der Vollbeschäftigung festhalten und die Krise der Industriegesellschaft überwinden, gilt es, die Diskussion um neue Gestaltungsansätze im Sinne von Ökologisierung und Konversion, aber auch im Sinne von reeller Mitbestimmung und gerechterer Vermögensverteilung voran zu bringen.

3. Das Ende einer großen Hoffnung ? - Entwicklung des Dienstleistungssektors in der Region Stuttgart

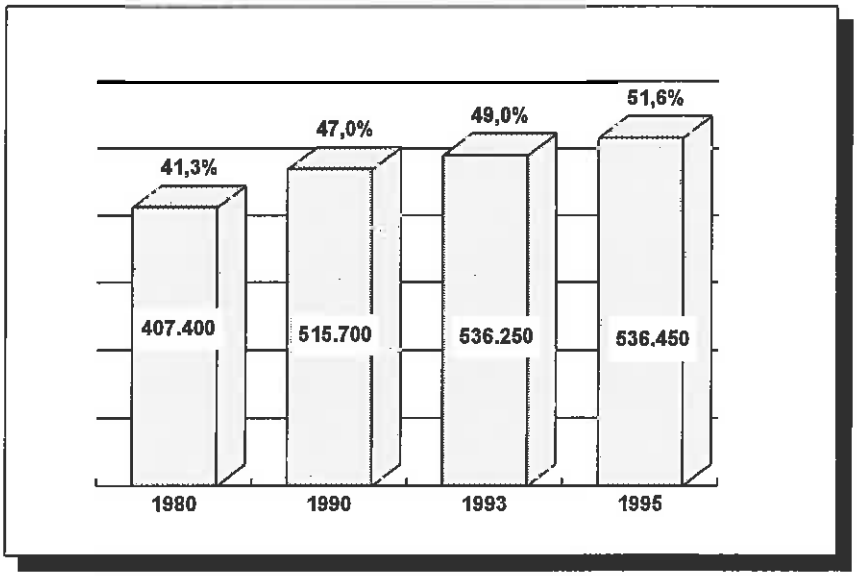
Bereits im letzten Strukturbericht 1995 beschäftigten wir uns ausführlich mit der Entwicklung des Dienstleistungs- oder Tertiären Sektors in der Region Stuttgart (vgl. Fischer u.a. 1995: S. 40 ff.). Es wurde darauf hingewiesen, daß die Region nur in wenigen Bereichen ein "Dienstleistungslag" aufweist, da ein Großteil der Dienstleistungen im, nach wie vor die regionale Wirtschaftsstruktur dominierenden Verarbeitenden Gewerbe erbracht wird. Diese Tendenz ist weiterhin bestimmend.

Fortgesetzt hat sich die relative Bedeutungszunahme des Dienstleistungssektors - bezogen auf den Anteil an den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (SVPB) - in der Region gegenüber dem Verarbeitenden Gewerbe auch in den letzten zwei Jahren. Allerdings zeigten sich insbesondere in den Jahren 1993 bis 1995 innerhalb des Dienstleistungssektors sehr unterschiedliche Entwicklungen der einzelnen Branchen, die auch mit absoluten Verlusten an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen einhergingen und insgesamt zu einer Stagnation der Beschäftigungsentwicklung in diesem Sektor führten.

Im folgenden wird schwerpunktmäßig die Entwicklung des Dienstleistungssektors zwischen 1993 und 1995 betrachtet (Zahlen jeweils zum Stichtag 30.6.) und damit an den letzten Strukturbericht angeknüpft, für den nur die Beschäftigtenzahlen der statistischen Ämter bis zum 30.6.1993 vorlagen. Um lang- und mittelfristige Trends deutlich zu machen wird darüber hinaus, wo es notwendig und sinnvoll erscheint, auf die Entwicklung in größeren Zeitabständen bezug genommen. Ansonsten verweisen wir an dieser Stelle noch einmal auf die Analysen und Befunde des Strukturberichtes 1995 (vgl. ebenda).

3.1. Die Kompensationswirkung des Verlustes an industriellen Arbeitsplätzen durch den Dienstleistungsbereich ist erschöpft

Parallel zum Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse im Verarbeitenden Gewerbe der Region Stuttgart stieg die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor zwischen 1990 und 1995 absolut von 493.000 auf 536.000 oder um fast 9% an. Allerdings stagniert die Zahl der im Dienstleistungsbereich beschäftigten versicherungspflichtigen Personen in der Region seit 1993. Bis Mitte 1995 betrug der Zuwachs gerade einmal etwas mehr als 200 Beschäftigte.



Beschäftigungsentwicklung des Tertiären Sektors in der Region Stuttgart zwischen 1980 und 1995 in %

Der Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse im Dienstleistungsbereich verlief in den alten Bundesländern zwischen 1990 und 1995 (+10,4%) und in Baden-Württemberg (+10,6%) deutlich dynamischer als in der Region Stuttgart; dies gilt - wenn auch auf niedrigerem Niveau - ebenso für den Zeitraum ab 1993[23].

Diese Unterschiede zwischen der Region Stuttgart zur Landes- und Bundesentwicklung zeigen sich gleichermaßen in allen betrachteten Dienstleistungsbereichen und -branchen. Als Tendenz läßt sich festhalten: 'Wachsende Branchen' wachsen in der Region Stuttgart langsamer, wie beispielsweise der Großhandel oder das Gesundheitswesen, während gleichzeitig in beschäftigungsstarken Dienstleistungsbranchen der Region zwischen 1990 und 1995 sogar ein Arbeitsplatzabbau zu verzeichnen ist, wie z.B. im Einzelhandel. Zwar nahm der relative Anteil nahezu aller Dienstleistungsbranchen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region zu bzw. blieb im betrachteten Zeitraum konstant, in nicht wenigen Fällen ist diese Entwicklung jedoch rein statistischer Natur, nämlich dem Rückgang der Beschäftigtenzahlen im Verarbeitenden Gewerbe geschuldet.

Der rapide Beschäftigungseinbruch im Verarbeitenden Gewerbe der Region Stuttgart fällt in eine Zeit, in der aus verschiedensten Gründen die Wachstumsdynamik des tertiären Sektors nachgelassen hat und bedeutende Branchen dieses Sektors eine negative Beschäftigungsentwicklung aufweisen. Diese scheint nicht allein kon-

23 Im Gebiet der alten Bundesländern konnte der Dienstleistungsbereich zwischen 1993 und 1995 noch um etwas über 200.000 Stellen oder 1,6% zulegen, in Baden-Württemberg um rund 25.000 Stellen oder 1,4%.

junkturell, sondern ebenfalls strukturell bedingt zu sein. Der Dienstleistungsbereich verliert damit immer deutlicher seine Kompensationsfunktion bzgl. der Beschäftigungsentwicklung des sekundären Sektors.

3.2. Die Dienstleistungsbranchen im Einzelnen

Für zahlreiche Dienstleistungsbranchen in der Region war mit dem Jahr 1993, spätestens aber 1994 der Höhepunkt der Beschäftigungsentwicklung zunächst erreicht. Dies gilt insbesondere für die beschäftigungsstärksten unter ihnen.

Die Zahlen an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten täuschen dabei v.a. im Dienstleistungsbereich über die tatsächliche Anzahl der in diesen Branchen erwerbstätigen Personen hinweg. Neben einem realen Abbau von Beschäftigung, der bereits jetzt und in den nächsten Jahren aufgrund von Umstrukturierungen und dem wirksam werden neuer Rationalisierungsmethoden und -techniken verstärkt von statten geht, bleiben bei dieser Entwicklung auch die Umwandlung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in ungeschützte Arbeitsverhältnisse (unter der Versicherungsgrenze bzw. 'abhängige Selbständige') verborgen.[24] Hier deutet sich eine 'Amerikanisierung' der Beschäftigungsverhältnisse an.

3.2.1. Der Handel: Seit 1993 negative Beschäftigtenbilanz

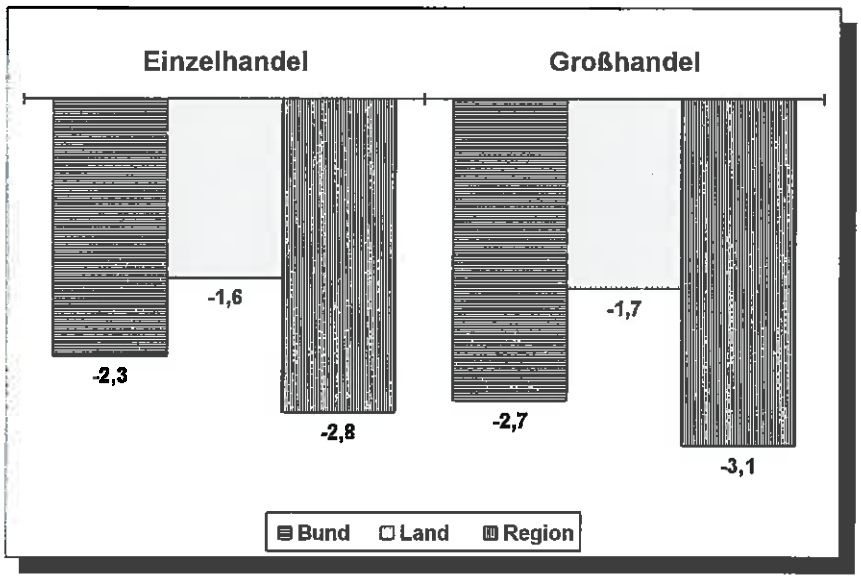
Bis 1994 war der Handel die beschäftigungsstärkste Wirtschaftsgruppe des Dienstleistungssektors in der Region Stuttgart. Von 1994 auf 1995 wurde er jedoch von den privaten (haushaltbezogenen) Dienstleistungen überholt, die mit einem Anteil von 13,1% an den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, um 0,1%-Punkte vor dem Handel den ersten Platz einnahmen.

Der Einzelhandel verlor zwischen 1993 und 1995 nahezu 2.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte (-2,9%), davon allein fast 1.800 im Stadtkreis Stuttgart. Die Beschäftigung im Großhandel sank um über 2.200 (-3,1%) und auch diese Verluste gingen fast ausschließlich zu Lasten des Stadtkreises Stuttgart. Trotz der geringfügig höheren Beschäftigungsverluste blieb der Großhandel die im Handel be-

24 Nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung 1987 repräsentierten die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Stuttgart rund 85% der Erwerbstätigen am Arbeitsort (Baden-Württemberg: 81,4%). Während im produzierenden Gewerbe die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten rund 92% der dort arbeitenden Erwerbstätigen ausmachten, waren es im Bereich Verkehr, Nachrichten, Handel rund 88% und bei den sonstigen Dienstleistungen ca. 73% (vgl. Regionalverband Mittlerer Neckar 1991: S. 7f. und S. 176). Der Repräsentationsgrad der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung streut innerregional stark. Generell muß davon ausgegangen werden, daß insbesondere im Dienstleistungsbereich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den Erwerbspersonen weiter abgenommen hat.

stimmende Branche in der Region Stuttgart vor dem Einzelhandel (1995: 6,7% aller SVPB).

Die Verluste an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen lagen dabei in der Region nur geringfügig über denen in den alten Bundesländern insgesamt und im Land Baden-Württemberg. Der Rückgang erfolgte jedoch im Einzelhandel der Region von einem gegenüber Bund und Land um bis zu 2%-Punkten geringeren Beschäftigtenanteil aus (1995: 6,4% aller SVPB in der Region; Bund: 8,3%) und deutet auf die weiterhin hohe Konzentration des Einzelhandels hin.



Beschäftigungsentwicklung im Einzel- und Großhandel zwischen 1993 und 1995 in %

Da den hohen Verluste an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen im Groß- und Einzelhandel Stuttgarts kaum nennenswerte Zuwächse in den übrigen Kreisen entgegenstehen, scheint die Phase der 'nachholenden Entwicklung' im Zuge von Suburbanisierungstendenzen[25] (vgl. Fischer u.a. 1995: S.46) weitgehend abgeschlossen. Es ist eher davon auszugehen, daß sich der Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse v.a. im Einzelhandel fortsetzt[26], nicht zuletzt da die Massenkaufkraft weiterhin rückläufig ist. Diese negative Entwicklung wird sich insbesondere für die Mittelzentren und die Pheripherie der Region durch die

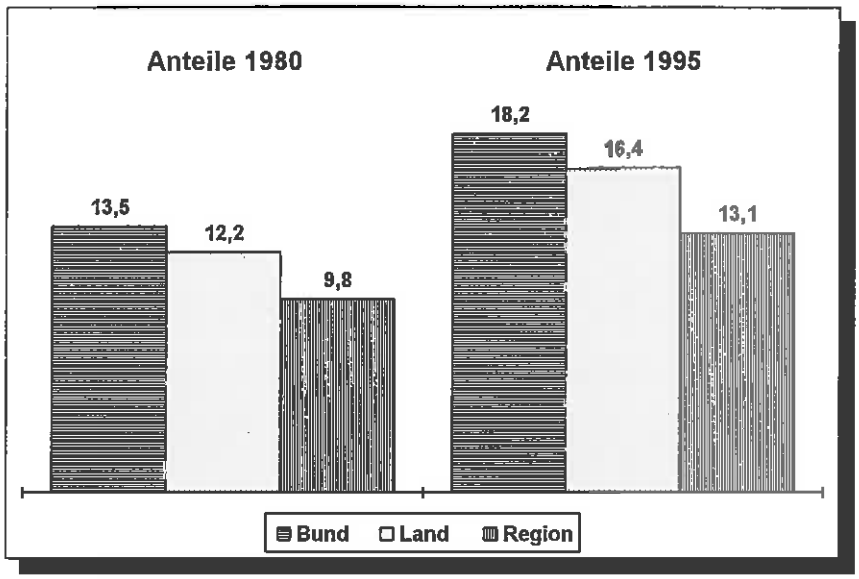
25 Frühere Untersuchungen legten den Schluß nahe, daß es im Zuge der raschen Entwicklung der 80er Jahre zu einer Verlagerung nicht nur von industriellen Tätigkeiten aus dem Kern in den Rand der Region kam, sondern daß dieser Prozeß auch für die räumliche Struktur der Wohnverhältnisse zutrifft und eine funktionalen Aufwertung von 'Mittelzentren' einherging.

26 Neben einer nach wie vor sinkenden Massenkaufkraft sind hier insbesondere die Wirkungen von neuen elektronischen Diensten zu nennen, welche eine erheblichen Arbeitsplatzabbau im Handel befürchten lassen.

Verlängerung der Ladenöffnungszeiten verstärken, da hierdurch nachweislich die großen Warenhäuser und Verbrauchermärkte profitieren. Allerdings muß davon ausgegangen werden, daß dennoch keine Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse entsteht - der Abbau in diesem Bereich ging trotz oder gerade wegen der Verlängerung der Öffnungszeiten an Donnerstagen weiter - sondern bestenfalls eine Zunahme von Pauschalkräften zu verzeichnen sein wird (vgl. Biehler, Meyer-Fries 1996).

3.2.2. Verlangsamter Zuwachs bei den privaten, haushaltsbezogenen Dienstleistungen

Bezogen auf die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stellt der Bereich der Privaten Dienstleistungen innerhalb des tertiären Sektors, noch vor dem Handel, die größte regionale Wirtschaftsgruppe[27] dar. 1995 waren in der Region Stuttgart 13,1% der ArbeitnehmerInnen (136.300) in diesem Bereich beschäftigt. Damit weist die Region hier ein deutliches "Dienstleistungslag" gegenüber dem Landes- (16,4%) und Bundesdurchschnitt (18,2%) auf. Die Abstände haben sich weder in den letzten 15 Jahren, noch in den beiden letzten Jahren deutlich verringert.



Beschäftigungsanteile der privaten Dienstleistungen an den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Jahren 1980 und 1995

Stieg die Beschäftigung in diesem Bereich von 1990 bis 1993 in der Region noch um fast 3.700 versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse pro Jahr an,

27 Die Wirtschaftsgruppe haushaltsbezogene Dienstleistungen umfaßt die Wirtschaftszweige: Wissenschaft und Bildung, Kunst und Medien, Verlagswesen, Gastgewerbe, Reinigung und Körperpflege, Gesundheitswesen, Gebäudereinigung und Abfall sowie die Sammelkategorie übrige private Dienstleistungen.

betrug dieser Zuwachs 1994 rund 2.000 und 1995 nur noch knapp 800 Beschäftigungsverhältnisse. Diese Verlangsamung läßt sich sowohl in der Gesamtheit der alten Bundesländer, als auch in Baden-Württemberg nachweisen.

Unter dem Sammelbegriff private Dienstleistungen verbergen sich so unterschiedliche Wirtschaftszweige wie das Verlagswesen, das in der Region überdurchschnittlich vertreten ist (Anteil an den SVPB 1995: 1%), 1994/95 jedoch erstmals absolute Beschäftigtenverluste aufwies (-1,6%), sowie der Bereich Kunst und Medien, der eine wichtige Branche im Hinblick auf die Neugestaltung des Medienbereichs (Stichwort: Multimedia) sein kann. Bisher beschäftigungspolitisch unbedeutend (Anteil 1995: 0,5%) gingen hier zwischen 1990 und 1995 sogar absolut betrachtet Arbeitsplätze verloren (-3,6%). Allerdings dürfte in diesem Bereich nicht das sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis das Normalarbeitsverhältnis darstellen, sondern die erzwungene und zumeist ungesicherte Selbständigkeit.

Die bzgl. des Beschäftigungswachstums dynamischsten Bereiche der privaten Dienstleistungen stellten zwischen 1990 und 1995 das Gastgewerbe (Zuwachs von 16,5%) mit 1995 rund 29.000 Beschäftigten und das Gesundheitswesen mit einem Zuwachs von 15,6% und nunmehr über 48.000 Beschäftigten dar. Allerdings liegt der Beschäftigtenanteil dieser Branchen deutlich unterhalb des Landes- und Bundesdurchschnitts und ist wesentlich für die geringere beschäftigungspolitische Bedeutung des Bereichs private Dienstleistungen in der Region verantwortlich. Das Gastgewerbe zeigt anders als bislang der Gesundheitsbereich eine gewisse Konjunkturregiabilität, was darauf hindeutet, daß auch hier der Höhepunkt der Beschäftigungsentwicklung erreicht worden ist. Unter dem Landes- und Bundesdurchschnitt liegt die Zahl der regionalen Beschäftigten im Gesundheitswesen. In diesem Bereich gab es auch zwischen 1993 und 1995 eine Zunahme der Beschäftigung, die allerdings geringer als im Bund und Land ausfiel.

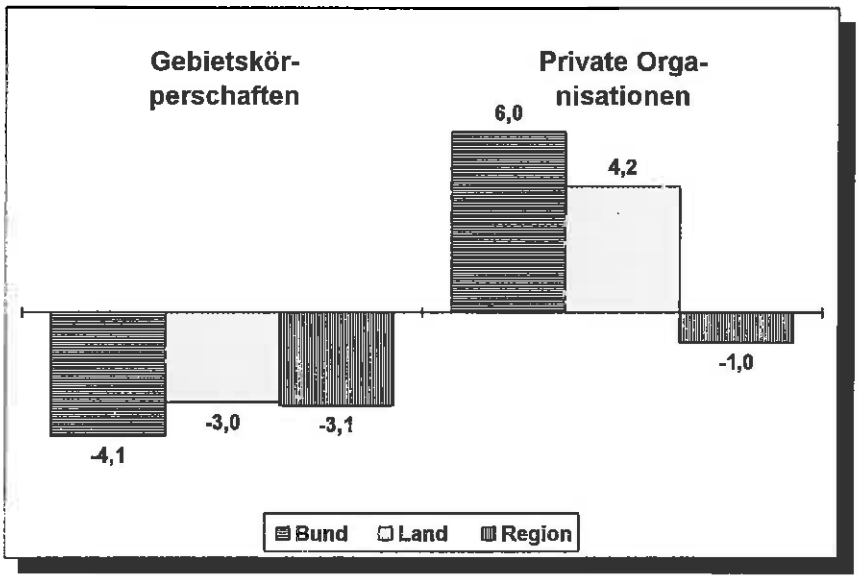
3.2.3. Absoluter Rückgang der Beschäftigung im staatlichen Sektor seit 1993

In der Wirtschaftsgruppe 'staatliche Einrichtungen und Organisationen ohne Erwerbscharakter'[28] waren 1995 in der Region Stuttgart rund 86.000 Personen beschäftigt, was einem Anteil von 8,2% an der Gesamtheit der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten entsprach[29]. 1993 war in dieser Gruppe mit fast 87.000

28 Die Wirtschaftsgruppe umfaßt folgende Zweige: private Organisationen, private Haushalte, Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen.

29 Gerade in dieser Wirtschaftsgruppe ist zu beachten, daß bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die Beamten/innen nicht mit berücksichtigt werden. Der reale Beschäftigungsbeitrag dürfte daher ungleich größer als der ausgewiesene sein.

Personen der Beschäftigungshöhepunkt erreicht. Seither sank die Zahl der Beschäftigten, bis Mitte 1995 um rund 1.100 (-1,3%). Dies war zuallererst dem Abbau von fast 1.500 Arbeitsplätzen bei den Gebietskörperschaften geschuldet. Im Unterschied zur Entwicklung im Bund und im Land konnten die Privaten Organisationen, der zweitgrößte Zweig dieser Wirtschaftsgruppe, keine Kompensationswirkung entfalten. Hieraus erklärt sich die dort insgesamt günstigere Entwicklung (Bund: -0,7%, Land: -0,4%).



Beschäftigungsentwicklung der Wirtschaftszweige 'Gebietskörperschaften' und 'Private Organisationen' zwischen 1993 und 1995 in %

Überdurchschnittlich vom Abbau betroffen war der Stadtkreis Stuttgart mit einem Verlust von rund 2.500 Beschäftigten in diesem Sektor; trotzdem bleibt er nach wie vor mit einem Beschäftigtenanteil von 12,8% der bedeutendste Standort in der Region. Allein bei den Gebietskörperschaften in Stuttgart wurden zwischen 1993 und 1995 über 2.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse abgebaut; dies zeigt, daß es neben einem absoluten Arbeitsplatzabbau auch zu einer, wenn auch geringfügigen Verlagerung in die Region kam, was jedoch ausschließlich dem Rems-Murr-Kreis zugute kam: dort nahm die Zahl der Beschäftigten der Gebietskörperschaften von 3.670 im Jahr 1993 auf 4.470 im Jahr 1995 zu (+ 22%).

3.2.4. Deutlich sinkende Zuwachsraten: die Unternehmensbezogenen Dienstleistungen

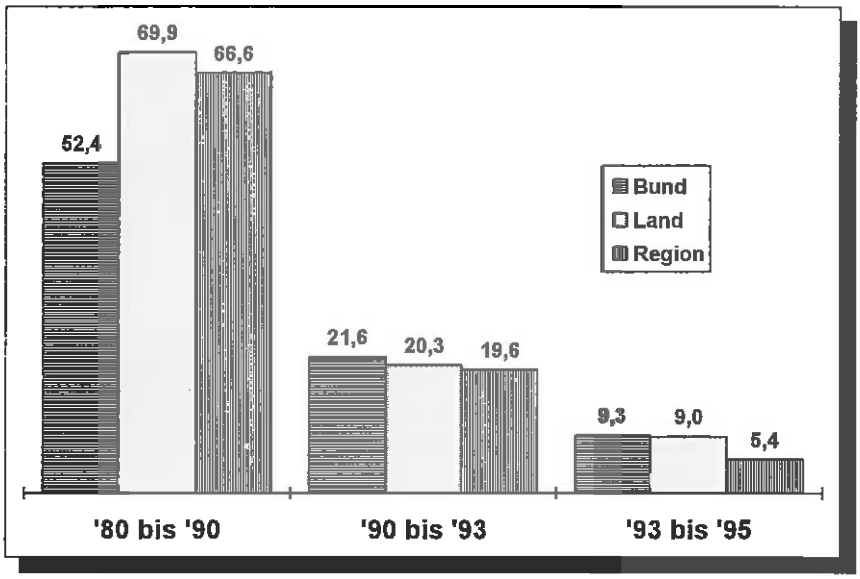
Die Branchen mit der dynamischsten Entwicklung im Dienstleistungsbereich seit 1980 und auch in der Periode 1990 bis 1995 sind die unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Mit Steigerungsraten von 110% in der Region Stuttgart (alte Bundesländer rund 103%, Baden-Württemberg rund 123%) hat der Anteil der in ihren Branchen beschäftigten ArbeitnehmerInnen in den letzten fünfzehn Jahren sowohl in

der Region mit 7,5%, wie auf Bundes- (6,4%) und Landesebene (5,8%) die Bereiche Nachrichten/Verkehr und Kreditinstitute/Versicherungen überflügelt.

		Unternehmens-bezogene DL insgesamt	darunter		
			Rechts- und Wirtschaftsberatung	Technische Beratung	Wirtschaftswerbung
1990	Bund	1.090.910	331.391	292.962	60.294
	Land	166.531	50.757	54.655	8.703
	Region	61.636	16.937	21.075	4.056
1993	Bund	1.326.898	409.618	370.910	71.802
	Land	200.261	64.540	64.412	9.998
	Region	73.743	23.877	22.718	4.675
1995	Bund	1.450906	449.303	387.920	74.310
	Land	218.334	69.293	67.401	10.704
	Region	77.701	24.836	22.495	4.927

Beschäftigungsentwicklung in den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen zwischen 1990 und 1995

Innerhalb des Bereichs ist die Branche Rechts- und Wirtschaftsberatung zur beschäftigungsmäßig größten Branche geworden. In der Region Stuttgart waren 1995 rund 25.000 Personen (2,4% aller SVPB) hier beschäftigt, im Bereich der technischen Dienstleistungen waren es rund 22.000 (2,2%). Diese Zahlen liegen jeweils signifikant über dem Bundes- (2,0% bzw. 1,7%) und Landesdurchschnitt (1,9% bzw. 1,8%). Die Dynamik des Beschäftigungszuwachses im Bereich der Unternehmensbezogenen Dienstleistungen hat jedoch in der Region Stuttgart und im Land Baden-Württemberg gegenüber der Bundesentwicklung spätestens seit 1993 nachgelassen.



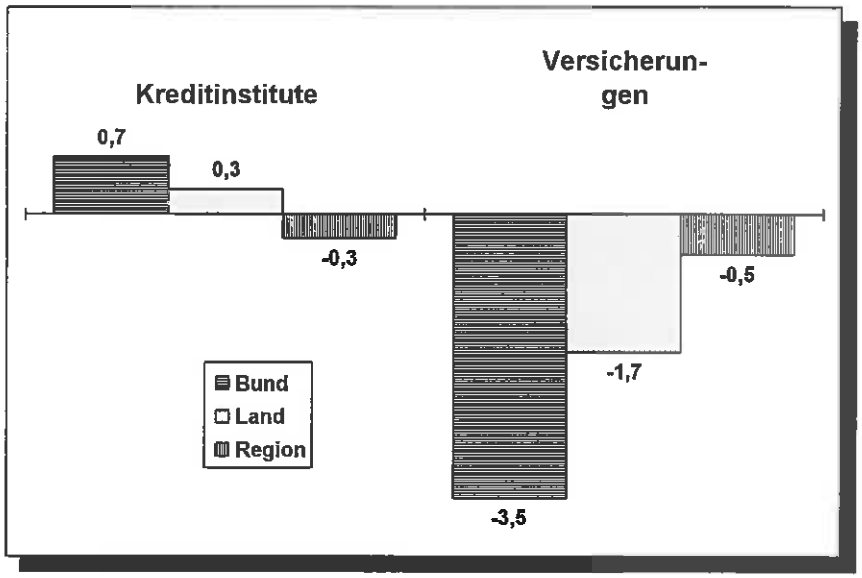
Beschäftigungsentwicklung in den unternehmensbezogenen Dienstleistungen zwischen 1980 und 1995

Hier scheinen sich nicht nur die Auswirkungen der konjunkturellen, sondern auch der strukturellen Krise anzudeuten. Mit dem deutlichen Abbau industrieller Arbeitsplätze verlangsamt sich der Aufbau von Arbeitsplätzen im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen, bei der in diesem Zusammenhang besonders bedeutsamen technischen Beratung ist sogar ein absoluter Abbau von Arbeitsplätzen zu verzeichnen.

Generell muß darüber hinaus für den Bereich der Unternehmensbezogenen Dienstleistungen angenommen werden, daß sich hinter den Zuwachsraten erhebliche statistische Umschichtungseffekte verbergen, die mit der Auslagerung und Verselbständigung ehemals in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes beheimateten Abteilungen und Bereichen der produktionsbezogenen Dienstleistungen zusammenhängen.

3.2.5. Restrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen beginnen zu greifen: Sinkende Beschäftigung bei Kreditinstituten und Versicherungen

Bei Banken und Versicherungen ging die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Stuttgart erstmals 1994/95 um rund 650 zurück (-1,8%) und lag damit unter dem Wert von 1993. Mitte 1995 umfaßte dieser Bereich noch 5,3% aller Beschäftigten in der Region (54.700), gegenüber 4,2% in den alten Bundesländern und 4% in Baden-Württemberg. Die bislang geringen Arbeitsplatzverluste verteilten sich in der Region Stuttgart anteilig gleichmäßig auf die beiden Branchen Kreditinstitute und Versicherungen.

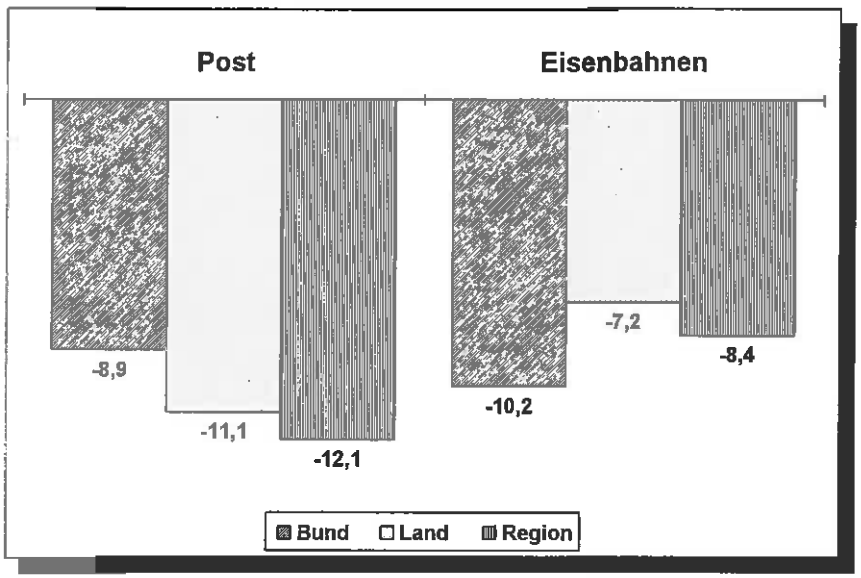


Beschäftigungsentwicklung bei Banken und Versicherungen zwischen 1993 und 1995 in %

Die höchsten Arbeitsplatzverluste innerhalb des Bereichs weist zwischen 1993 und 1995 mit knapp -1.000 Beschäftigten einmal mehr der Stadtkreis Stuttgart auf, der auch weiterhin das Gros der Beschäftigten der Versicherungsbranche mit fast 90% und rund 44% der Beschäftigten der regionalen Kreditinstitute beherbergt. Dies deutet darauf hin, daß bislang sowohl im Bereich der Kreditinstitute, mehr jedoch in der Versicherungsbranche die Zentralbereiche vom Arbeitsplatzabbau betroffen sind. Allerdings steht im Kontext aktueller Rationalisierungsstrategien insbesondere im Bankenbereich eine drastische Ausdünnung des Geschäftsstellennetzes (bundesweit um über 11.000) bevor, was besonders die Sparkassen und Kreditgenossenschaften treffen wird. Insofern ist in der Zukunft ein deutlicher Anstieg des Arbeitsplatzabbaus in der Kreditbranche insbesondere in den Landkreisen der Region zu erwarten. "Auch wenn eher kleine Zweigstellen schließen und neue Aufgaben zu erledigen sind, muß davon ausgegangen werden, daß in Deutschland in absehbarer Zeit gut 100.000 Bänker nach neuen Aufgaben suchen werden" (Arthur D. Little). Der Arbeitsplatzabbau im Bereich der Kreditinstitute und Versicherungen ist angesichts der Rationalisierungsstrategien daher nur zu einem sehr geringen Teil konjunkturbedingt und droht in den kommenden Jahren beschleunigt fortgesetzt zu werden.

3.2.6. Verkehr und Nachrichtenübermittlung: negative Beschäftigungsentwicklung

Insgesamt entwickelte sich der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung in der Region Stuttgart mit einem Beschäftigungsabbau von -2,2% zwischen 1993 und 1995 ähnlich negativ wie im Landesdurchschnitt (-2,1%), aber deutlich besser als im Durchschnitt der alten Bundesländer, wo im selben Zeitraum fast 4% aller Arbeitsplätze verloren gingen. Der Schwerpunkt des Arbeitsplatzabbaus lag dabei eindeutig bei der Post und bei den Eisenbahnen, zwei ehedem staatliche Unternehmen.



Beschäftigungsentwicklung bei der Post und den Eisenbahnen zwischen 1993 und 1995 in %

Während seit 1993 bei der Post in der Region Stuttgart rund 1.500 Arbeitsplätze (12,1%) verloren gingen, sowie knapp 300 (-8,3%) bei der Bahn, verzeichnete der Straßenverkehr einen Anstieg der Beschäftigtenzahlen um rund 500 Personen auf nunmehr 11.700. Eine ähnliche Entwicklung nahm der übrige Verkehr (u.a. Flugverkehr), der mit knapp 20.800 Personen seine Beschäftigtenzahl gegenüber 1993 leicht steigern konnte.

3.3. Funktionale Tertiarisierung - anhaltender interner Strukturwandel ohne positive Arbeitsplatzeffekte

Eine differenziertere Betrachtung des Strukturwandels wird möglich, wenn nicht nur die Verschiebung der Beschäftigtenanteile zwischen den Sektoren untersucht wird, sondern zusätzlich die tatsächlich ausgeübten Tätigkeiten[30] betrachtet werden. Der wesentliche Indikator für Tertiarisierungprozesse ist hier eine Zunahme der Tätigkeiten außerhalb der direkten Produktion (Fertigung und Montage). Hinsichtlich der Region Stuttgart interessiert in diesem Zusammenhang neben den Entwicklungen bei den Gesamtbeschäftigten vor allem auch die 'interne Tertiarisierung' des Verarbeitenden Gewerbes und dies besonders innerhalb der drei dominanten Branchen Maschinenbau, Elektrotechnik und Straßenfahrzeugbau.

Von den durch die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit erfaßten 1,04 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Stuttgart arbeiteten 1995 nur

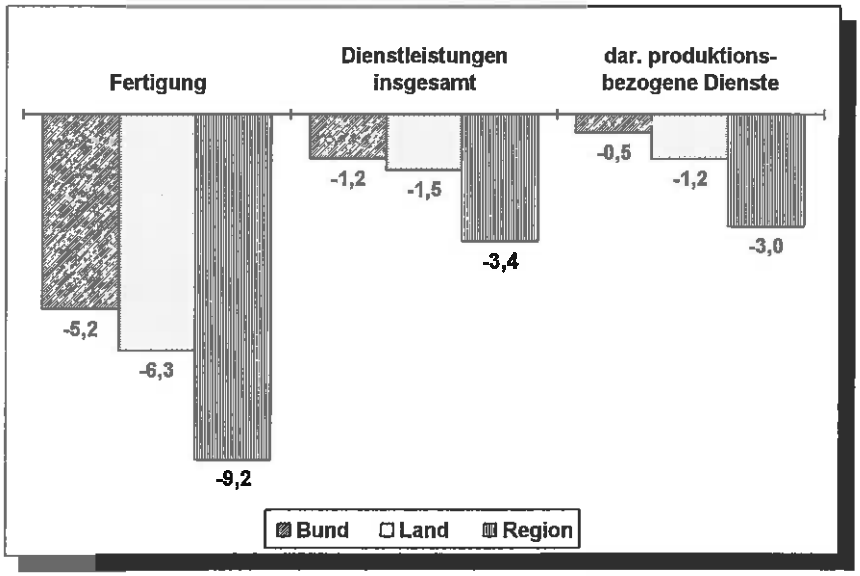
30 Bei der Analyse der Tertiarisierungstendenzen greifen wir abermals auf die Systematik von Bade zurück, dessen Kategorien auf der Klassifizierung der Berufe des Statistischen Bundesamtes aufbauen (vgl. Bade 1987).

noch 30,4% (nach noch 37,7% im Jahr 1980 und 31,9% im Jahr 1993) in der Fertigung und Montage iwS. Zieht man hiervon den Anteil derjenigen ab, die mit Tätigkeiten der Fertigungsvorbereitung, Instandsetzung und Überwachung betraut waren (5,3%), so ergibt sich ein 'Tertiarisierungsgrad' von 74,9%. Trotz der sektoral überdurchschnitlichen Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes war damit der Anteil der Dienstleistungstätigkeiten iwS. in der Region Stuttgart höher als im Landes- und Bundesdurchschnitt[31]. Insbesondere die Zahl der Arbeitsplätze in Fertigungsfunktionen sank in diesen zwei Jahren um 26.500 überproportional stark, ihr Anteil ist von niedrigerem Niveau ausgehend schneller gesunken (-1,5%-Punkte) als im Bundesgebiet (-1,1%-Punkte) oder im Land (-1,3%-Punkte).

Hinter dieser auf den ersten Blick dynamischen Entwicklung steckt jedoch keine Ausweitung, sondern lediglich ein unterproportionaler Abbau der Dienstleistungstätigkeiten: zwischen 1993 und 1995 wurden in der Region Stuttgart in diesem Segment über 27.000 Arbeitsplätze abgebaut (-3,4%), neben dem Verarbeitenden Gewerbe (-26.000) v.a. im Handel (-3.500) und im öffentlichen Sektor (-900). Diese funktionale Betrachtung unterstreicht ihrerseits die Annahme der sektoralen Betrachtung, wonach die Kompensationsmöglichkeiten für den Abbau von Produktionsfunktionen durch Dienstleistungen offenbar erschöpft sind. Lediglich in den Sektoren der unternehmensbezogenen und der haushaltsbezogenen Diensleistungen[32] war eine leichte Zunahme von Dienstleistungstätigkeiten zu verzeichnen, die jedoch deutlich hinter der Dynamik im Bund und im Land zurückbleibt.

31 Damit weist die Region Stuttgart einen Tertiarisierungsgrad auf, der auch in der Region München erst Anfang der 90er Jahre erreicht wurde (vgl. Biehler u.a. 1994, S. 81).

32 Auch in den Dienstleistungsbranchen werden - funktional betrachtet - nicht nur Dienstleistungstätigkeiten ausgeübt, sondern sind auch Fertigungstätigkeiten, Bauberufe sowie allgemeine Hilfsarbeiten zu verzeichnen.



Beschäftigungsentwicklung nach ausgewählten Funktionsbereichen zwischen 1993 und 1995 in %

Schon in früheren Studien wurde für die Region auf die besondere Rolle der produktionsbezogenen Dienstleistungstätigkeiten[33] aufmerksam gemacht; zwischen 1993 und 1995 erhöhte sich ihr Anteil auf 38,1% und lag damit deutlich über den Vergleichswerten für den Bund (32,3%) und das Land (32,4%). Allerdings ist auch hier für die Region Stuttgart ein absoluter Rückgang um über 12.300 Arbeitsplätze zu verzeichnen; angesichts der in diesem Segment in der Regel höherwertigen Tätigkeiten muß dies als dramatischer Verlust bezeichnet werden. Vor diesem Hintergrund relativiert sich auch der entsprechende leichte Zugewinn entsprechender Tätigkeiten (+1.100) in der Branche 'unternehmensbezogene Dienstleistungen': der Abbau an produktionsbezogenen Dienstleistungstätigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe mit knapp 13.900 übersteigt den Gesamtrückgang um etwa eben diesen Betrag, was ein Indiz dafür ist, daß hier nicht neue Arbeitsplätze entstanden sind, sondern lediglich bestehende durch Ausgründungen statistisch 'verlagert' wurden. Auffällig ist darüber hinaus, daß die Entwicklung der produktionsbezogenen Dienstleistungstätigkeiten in der Region Stuttgart negativer ausfällt als im Bundes- (-0,5%) und Landesdurchschnitt (-1,2%).

Innerhalb der produktionsbezogenen Dienstleistungstätigkeiten nimmt der Bereich von Forschung und Entwicklung (F&E) für die Zukunftsfähigkeit von Branchen und Arbeitsplätzen eine Schlüsselfunktion ein. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Tatsache an Gewicht, daß auch bei F&E-Tätigkeiten zwischen 1993 und 1995 in der

33 Die Systematik unterscheidet hier zwischen Technischen Diensten (F&E, Techniker, Hilfsdienste), Verwaltung (leitende Verwaltung, Sachbearbeiter, Hilfsdienste) und andere Unternehmensdienste (Unternehmensberatung, EDV, Marketing).

Region Stuttgart absolut knapp 1.700 Arbeitsplätze abgebaut wurden (-3,4%), während die Zahl im Bund konstant blieb und der Rückgang in Baden-Württemberg (-1,2%) deutlich moderater ausfiel. Zwar liegen der F&E-Anteil an der Gesamtbeschäftigung in der Region mit 4,6% nach wie vor erheblich über den Werten für Westdeutschland (2,6%) und Baden-Württemberg (3,2%); allerdings erscheint hier eine Sättigungsgrenze erreicht zu sein. Damit könnte sich dieser Anteil im Zusammenhang mit aktuellen Unternehmensstrategien im Verarbeitenden Gewerbe sowie Restrukturierungs- und Konzentrationsprozessen für die Zukunft eher als 'gefährdetes Potential' denn als 'Hoffnungsträger' erweisen.

Das einzige in den Jahren 1993 bis 1995 real wachsende Segment in der Region Stuttgart sind die sozialen Dienste[34] mit einem Arbeitsplatzgewinn von 3.800; wesentlich hierfür dürften die Effekte der Pflegeversicherung sein, während für die Erziehungs- und Ausbildungsberufe eher mit einem Rückgang gerechnet werden muß[35]. Die Entwicklungsdynamik bleibt jedoch auch hier mit +4,5% hinter den Werten für den Bund (+6,4%) und das Land (+5,9%) zurück. Bezogen auf die personenbezogenen Dienstleistungen ergibt sich sogar eine leicht negative Bilanz, da in den 'haus- und gastwirtschaftlichen Tätigkeiten' sowie in den 'Sicherheitsdiensten' knapp 4.000 Arbeitsplätze abgebaut wurden (-5,8%).

Zusammengefaßt läßt sich sagen, daß sich in den Jahren 1993 bis 1995 der interne Strukturwandel fortgesetzt hat, ohne jedoch zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Auch Bereiche, in denen es durch Auslagerungen von Funktionen zu Spezialisierungen kam, haben den Arbeitsplatzverlust bestenfalls bremsen, nicht aber verhindern können. Die Betrachtung aller Teilfunktionen innerhalb des Dienstleistungsbereichs deutet zudem darauf hin, daß die Region Stuttgart sich eher weiter von der Entwicklung auf der Bundesebene entfernt hat, als einen erkennbaren Aufholprozeß zu starten. Dies erscheint uns als Beleg für die These, daß sich sektorale und funktionale Aspekte gegenseitig verstärken und nur in dieser Koppelung vollständig als strukturelle Krise gefaßt werden können.

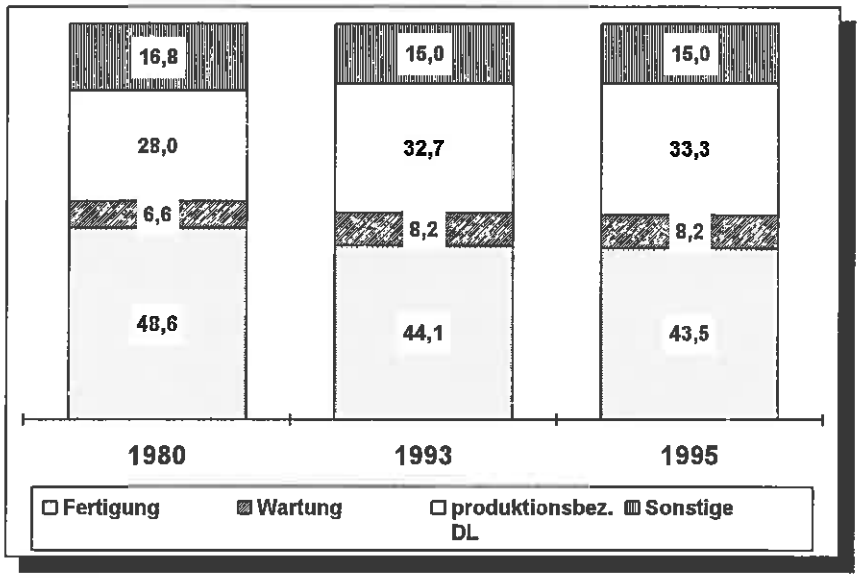
---

34 In diesem Segment sind die Tätigkeiten 'Gesundheit und Körperpflege' sowie 'Erziehung und Ausbildung' zusammengefaßt (vgl. Bade 1987).

35 Hierauf deutet insbesondere der Rückgang um 11% dieser Dienste innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes hin, der mit den rückläufigen Ausbildungsaktivitäten in der Industrie erklärt werden kann.

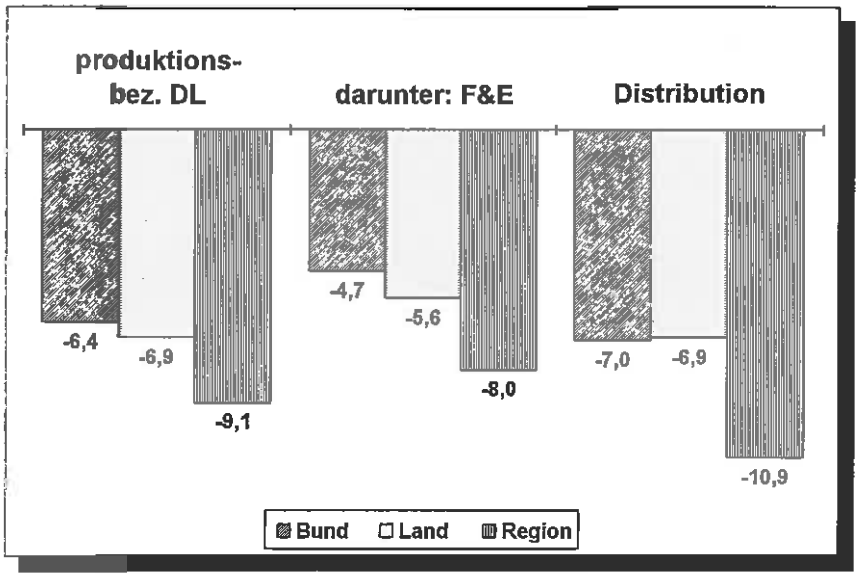
3.4. Interne Tertiarisierung des Verarbeitenden Gewerbes

Seit 1993 setzte sich auch im Verarbeitenden Gewerbe der Trend zur 'internen Tertiarisierung' fort. Die Zahl der Beschäftigten in den Bereichen 'Fertigung und Montage' sank in der Region zwischen 1993 und 1995 um rund 25.000, ihr Anteil verminderte sich auf 43,5%. Im Gegenzug stieg der Anteil insbesondere der produktionsbezogenen Dienstleistungen weiter an, mittlerweile ist jeder Dritte (33,3%) in diesem Segment tätig; der Abstand zum Bundes- (27,6%) und Landesdurchschnitt (28,9%) hat sich sogar leicht vergrößert. Die Industrie in der Region Stuttgart zeichnet sich nach wie vor durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Beschäftigten im Bereich 'Forschung und Entwicklung' aus: er stieg nochmals leicht auf 6,8% (Bund: 3,8%; Land: 4,6%).



Veränderung der Beschäftigungsanteile nach Funktionsgruppen im Verarbeitenden Gewerbe in der Region Stuttgart

Allerdings ist auch diese Entwicklung nur durch unterschiedliche Geschwindigkeiten des Stellenabbaus zustande gekommen. Im Verarbeitenden Gewerbe in der Region Stuttgart sank die Zahl der Beschäftigten in Dienstleistungsfunktionen um 26.000 (-9,9%), darunter in den produktionsbezogenen Dienstleistungen um knapp 14.000 (-9,1%) und in Distributionstätigkeiten um 6.300 (-10,9%); der Trend ist jeweils deutlich negativer als im Bundes- oder Landesdurchschnitt. Und selbst im Segment 'Forschung und Entwicklung' wurden knapp 2.500 Stellen (-8,0%) abgebaut, darunter 360 (-7,0%) im Maschinenbau, 650 (-6,9%) im Fahrzeugbau und 900 (-7,5%) in der Elektrotechnik.



Beschäftigungsentwicklung nach ausgewählten Funktionsbereichen zwischen 1993 und 1995

Zwar bleibt zu unterstreichen, daß die Region Stuttgart nach wie vor als bedeutender Forschungs- und Entwicklungsstandort angesehen werden muß; in der Vergangenheit war der Erfolg gerade auch der regionalen Industrie nicht zuletzt auf die hohe Forschungsintensität der Unternehmen zurückzuführen[36]. Jedoch scheinen sich neben (absoluten) Sättigungstendenzen im Segment F&E auch Strategien der 'schlanken Forschung' und der weltweiten Zentralisierung forschungsintensiver Prozesse (vgl. Wittke 1995) negativ auszuwirken. Ein Indiz hierfür ist die F&E-Entwicklung im Stadtkreis Stuttgart, in dem mit knapp 11.500 Beschäftigten 40% der F&E-Mitarbeiter konzentriert sind: dort lag der Stellenabbau zwischen 1993 und 1995 mit -1.300 (-11,4%) nochmal deutlich über dem regionalen Durchschnitt.

Was über die Tertiarisierung des Verarbeitenden Gewerbe in der Region ausgesagt wurde, gilt in der Tendenz analog für die drei strukturbestimmenden Branchen Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau und elektrotechnische Industrie. Sowohl im regionalen Maschinenbau, wie auch in der elektrotechnischen Industrie war der Tertiarisierungsgrad 1995 mit über 56% bzw. 74% überdurchschnittlich[37]. Überdurchschnittlich war hier auch jeweils der Anteil der Beschäftigten, die Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten ausführten, sowie derjenigen im Bereich der Produktionso-

36 Bade konnte durch seine Analysen für die Bundesebene nachweisen, daß ein enger Zusammenhang zwischen dem Erfolg der Branchen des Verarbeitenden Gewerbes und der Intensität, mit der sie Forschung und Entwicklung und andere höherwertige Produktionsdienste einsetzen, besteht (vgl. Bade 1987: S. 43 ff.).

37 Im Maschinenbau Baden-Württembergs betrug der Tertiarisierungsgrad (d.h. Fertigungstätigkeiten ohne Wartung) 1995 52,3%, in der Bundesrepublik 52,0%. In der elektrotechnischen Industrie Baden-Württembergs betrug der Tertiarisierungsgrad im selben Jahr 66,9%, im Bundesdurchschnitt lag er bei 67,8%.

rientierten Dienstleistungen. Anders als in den vorgenannten Branchen stellt sich die Entwicklung im Strassenfahrzeugbau im Vergleich zur Situation auf Landes- und Bundesebene auf den ersten Blick dar. Zwar wies der regionale Straßenfahrzeugbau auch 1995 überdurchschnittliche (und weiter steigende) Anteile von Personen in produktionsbezogenen Dienstleistungen auf (32,0%), darunter auch einen hohen Anteil von F&E-Tätigkeiten (8,2%). Der vergleichsweise geringe Anteil an Wartungs- und Distributionstätigkeiten führte jedoch rein rechnerisch zu einem unterdurchschnittlichen Tertiarisierungsgrad von 56,7% gegenüber 59,4% auf Landes- und 62,1% auf Bundesebene insgesamt.

3.5. Zusammenfassung

Die dynamische Entwicklung des Dienstleistungsbereichs bis 1990 hat sich seither weder in der Region Stuttgart noch auf Landesebene und auch nicht in der Gesamtheit der alten Bundesländer fortgesetzt. Im Gegenteil: seit 1993 stagniert die Beschäftigungsentwicklung in diesem Wirtschaftssektor in der Region, in Bund und Land wächst die Beschäftigung nur noch in bescheidenem Rahmen. Diese Entwicklung trifft die Region Stuttgart, aber auch das gesamte Land Baden-Württemberg in besonderem Maße, da sie weiterhin über einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Verarbeitendem Gewerbe verfügen, in dem der Beschäftigtenabbau ungebremst voranschreitet.

Weder ist es in der Region gelungen, die beschäftigungsmäßig unterdurchschnittlich entwickelten Dienstleistungsbranchen, wie z.B. das Gesundheitswesen oder den Bereich Wissenschaft und Bildung im Zuge einer 'nachholenden Entwicklung' an den Landes- und Bundesdurchschnitt heranzuführen, noch erscheint dies in jedem Falle als perspektivreich: das größte 'Dienstleistungslag' hat die Region Stuttgart im Bereich des Gastgewerbes, ein Ausgleich würde nicht zu den erhofften hochwertigen Dienstleistungstätigkeiten führen.

Mit der Nachfrageschwäche auf dem Binnenmarkt infolge gesunkener Masseneinkommen ist eine Ursache für die Stagnation der Entwicklung im Dienstleistungsbereich benannt. Sie trifft neben dem produzierenden Sektor insbesondere die Dienstleistungsbranchen, die auf den privaten Massenkonsum ausgerichtet sind, darunter bspw. den Einzelhandel und den Bereich der privaten, haushaltsbezogenen Dienstleistungen. Eine weitere Ursache liegt in den, auch in den Dienstleistungsbranchen feststellbaren Produktivitätssteigerungen. Diese gründen auf verstärkten Einsatz neuer Techniken, organisatorischen Rationalisierungen bis hin zu Auslagerungen von Funktionen in andere Regionen und das Ausland oder einfach durch Übertragung von Funktionen auf die Kunden selbst. Hiervon ist jede Branche mehr oder we-

niger stark betroffen. Dieser Prozeß hat mittlerweile alle Dienstleistungbranchen erfaßt, steht jedoch insbesondere bezüglich seiner technischen Elemente, etwa der Übertragung von Funktionen und Tätigkeiten mittels Multimedia, noch eher am Anfang der Entwicklung; er wird, so keine Gegenmaßnahmen getroffen werden, zu weiteren erheblichen Arbeitsplatzverlusten, insbesondere in den beschäftigungsstarken Branchen des Dienstleistungsbereichs führen. Allerdings bestehen gerade in den Dienstleistungsbereichen noch erhebliche Potentiale für Arbeitszeitverkürzungen mit dem ersten Ziel der Erreichung der 35-Stunden-Woche.

In einigen Branchen des Dienstleistungssektors, so z.B. im Einzelhandel und der Gastronomie ist eine verstärkte Umwandlung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in ungeschützte und nicht der Versicherungspflicht unterliegende Arbeitsverhältnisse zu verzeichnen, die von der offiziellen Statistik nicht erfaßt werden. In manchen, wenn auch beschäftigungsmäßig bislang eher unbedeutenden Branchen, wie dem Verlagswesen und dem Bereich Kunst und Medien dürften ungeschützte Arbeitsverhältnisse in Form "abhängiger Selbständigkeit" immer mehr zum Normalfall werden. Schlußendlich beteiligt sich auch der Staat in seinem Bereich am Abbau von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung und die Einschränkung von Leistungen der staatlichen Institutionen für die BürgerInnen. Drastischere Auswirkungen dürften arbeitsmarktpolitisch jedoch die Einschnitte bei den Sozialleistungen haben.

Hinzu kommt, daß die Betrachtung der funktionalen Beschäftigungseffekte in der Region Stuttgart zwischen 1993 und 1995 Anlaß für die These bietet, daß nicht nur die Kompensationseffekte zwischen dem Dienstleistungssektor und dem Verarbeitenden Gewerbe erschöpft sind, sondern daß auch die bislang für 'krisensicher' gehaltenen Headquarter-Funktionen wie F&E, Distribution und Verwaltung unter Anpassungsdruck geraten und an Beschäftigung verlieren. Hier wirken vermutlich gleichermaßen Internationalisierungsprozesse (z.B. Auslagerung von F&E-Funktionen nach Indien), Funktionalisierungsprozesse (Bezug von Produkten und Dienstleistungen aus anderen Regionen) sowie Rationalisierungsprozesse (spezialisierte Zulieferer verfügen über größere Rationalisierungspotentiale, neue Techniken eröffnen Rationalisierungsmöglichkeiten in Dienstleistungsfunktionen). Im Zuge des Anhaltens entsprechender Unternehmensstrategien sowie eines weiteren Bedeutungsverlustes der unmittelbaren Fertigung wird der Arbeitsplatzabbau auch in Headquarter-Funktionen trotz oder gerade wegen der beschleunigten Internationalisierung weitergehen. Es scheint einen 'Sättigungspunkt' für derartige Funktionen zu geben, der in der Region Stuttgart mittlerweile überschritten ist.

4. Struktur der Frauenerwerbstätigkeit

Im Zuge der Globalisierung und der damit einhergehenden verschärften internationalen Konkurrenz werden einerseits zahlreiche Errungenschaften dem sog. Standortwettbewerb geopfert, gleichzeitig zeichnet sich bereits heute ab, daß die Zahl der VerliererInnen in diesem Prozeß immer größer zu werden droht, immer mehr gesellschaftliche Gruppen und Schichten betroffen sind. Wo zudem bisher bereits dringender Handlungsbedarf bestand, sind die Einschnitte am schnellsten und weitreichendsten zu spüren.

Die fehlende tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft kennzeichnet ein solches Feld akuten Handlungsbedarfs. Unter dem Eindruck der derzeitigen Gesamtentwicklung steht zu befürchten, daß jeglicher Fortschritt - bereits in der Vergangenheit ein mühsames und langsames Unterfangen -, künftig noch stärker behindert werden wird und bereits erreichte Standards in Gefahr geraten. Frauenförderung darf nicht zu einem Luxusgut verkommen, das man(n) sich nur in Zeiten wirtschaftlicher Schönwetterlage leistet. Sie ist vielmehr gerade in Krisensituationen ganz besonders von Nöten.

Das folgende Kapitel wendet sich vor diesem Hintergrund dem Thema "Struktur der Frauenerwerbstätigkeit" zu und soll erste Grundlagen zum Komplex "Frauen und Beschäftigung in der Region Stuttgart" liefern; Ziel ist es, diese Thematik zu einem regelmäßigen Bestandteil der jährlichen Strukturberichterstattung zu machen.

4.1. Ausgangslage

Die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen und Männer hängen weitgehend vom Strukturwandel der Industriegesellschaft ab, der Strukturveränderungen im gesamten Lebens- und Arbeitsbereich bewirkt. Bezogen auf das Verhältnis der Frauen zum Erwerbssystem läßt sich diese Entwicklung auch als verstärkte Integration beschreiben, da zunehmend mehr Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Die Beschäftigungskrise macht jedoch ebenfalls deutlich, daß sich diese Integrationstendenzen nicht ohne weiteres fortschreiben lassen. Vielmehr zeichnet sich hier mehrschichtiges Konfliktpotential ab: Einerseits drängen Frauen zunehmend auf den Arbeitsmarkt bei gleichzeitig sinkendem Arbeitsplatzangebot was zu einer verstärkten Arbeitsplatzkonkurrenz führt. Andererseits ist die Chancengleichheit von Frauen und Männern im Erwerbsleben zu einem starken Maße von der Veränderung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung abhängig.

4.1.1. Zunehmende Integration von Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Die Frauenerwerbsquote[38] nimmt in nahezu allen Industrieregionen zu. Entwickelt sich die Erwerbsquote entsprechend weiter, stehen dem westdeutschen Arbeitsmarkt im Jahre 2000 zwischen 1,6 Mio. und 2,4 Mio mehr Frauen zur Verfügung.

Die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen in Westdeutschland nahm von 9,5 Mio. im Jahre 1970 auf derzeit knapp 12 Mio. zu. Das Erwerbspersonenpotential nahm zu diesem Zeitpunkt um ca. 5 Mio. zu; 70% davon waren Frauen. Sie können deswegen nach Klauder (1994) als Beschäftigungsgewinnerinnen bezeichnet werden, da sie vom Beschäftigtenzuwachs überproportional profitieren konnten. Dieser wurde in erster Linie im Dienstleistungsbereich verzeichnet. Aufgrund der Tatsache, daß es sich in diesem Bereich um eine klassische "Frauendomäne" handelt, konnten Frauen auch am stärksten von diesem Zuwachs profitieren. Allerdings muß man bedenken, daß die Zuwächse zum Teil der Tatsache geschuldet sind, daß Teilzeitarbeit ausgeweitet wurde, und diese Arbeitsplätze fast zu 100% von Frauen eingenommen werden.

4.1.2. Der kleine Unterschied und seine großen Folgen

Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor benachteiligt. Die Beschäftigung von Frauen konzentriert sich weiterhin auf wenige Berufe. "Unter den acht am häufigsten von jungen Frauen und Männern besetzten betrieblichen Berufsausbildungen gibt es keine gemeinsame" (Engelbrech 1992: 187). "Typische Frauenarbeitsplätze", vor allem im industriellen Bereich zeichnen sich nach wie vor durch schlechtere Arbeitsbedingungen (da bei Frauen oftmals nicht von einer lebenslangen Erwerbsorientierung ausgegangen wird), geringeren Aufstiegsmöglichkeiten (Frauen wird Familien- und keine Karriereorientierung unterstellt), sowie durch geringeres Einkommen aus (nach wie vor gibt es "Frauenberufe", die eine eigenständige Existenzsicherung nur unzureichend zulassen).

Allen gesetzlichen Regelungen und Frauenfördermaßnahmen zum Trotz verdienen Frauen weltweit im Durchschnitt immer noch deutlich weniger als Männer. Besonders groß ist die Lohnungerechtigkeit in den Ländern Japan und Deutschland sowie in der Schweiz und in den USA[39]. Hier betragen die Frauenlöhne nur zwischen 50%

---

38 Anteil der Frauen (an allen Frauen in der BRD) zwischen 15 und 65 Jahren, die berufstätig sind oder Arbeit suchen

39 Gerade Japan und die BRD werden oftmals als innovative Industrieländer gerühmt; in Sachen Lohngerechtigkeit sind diese Länder eher "Entwicklungsländer".

40 Bei den Angestellten ist die Lohndifferenz lt. einer EU-Abgeordneten noch größer, bei den Angestellten in der privaten Wirtschaft beträgt der Abstand rund 35 %.

und 70 % der Männerlöhne[40] (wer weniger als 66 % des Durchschnittseinkommens verdient, gilt per Definition als schlecht bezahlt!). Geringer sind die Unterschiede in den Ländern Nordeuropas. Dort liegen die Löhne der Frauen "nur" zwischen 10 und 15 % unter der der Männer. Allerdings muß angeführt werden, daß sich der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied in den meisten westlichen Industrienationen verringert hat, das Tempo dieser Annäherung in Westdeutschland ist jedoch erschreckend gering. Schreibt man den Trend der 80er Jahre fort, dann ist mit einer Beseitigung der geschlechtsspezifischen Lohnungerechtigkeit nicht vor dem Jahre 2412 zu rechnen.

Die Lohndifferenz erstaunt umso mehr, als die Frauen bezüglich der formalen Ausbildung gegenüber den Männern stark aufgeholt und diese oftmals überholt haben. Alte Vorurteile, z.B. Frauen seien generell geringer qualifiziert bzw. sie wollten sich auch nicht qualifizieren - greifen nicht mehr. Tatsächlich waren Frauen noch nie so gut ausgebildet wie heute, gerade die Bildungsexpansion der 70er Jahre kam v.a. den Frauen zugute.Trotzdem haben Frauen trotz gleicher oder sogar höherer Qualifikation weiterhin geringere Chancen als ihre männlichen Kollegen. Es wirken demnach noch weitere Faktoren, die den Frauen den "zweiten Platz auf der Geschlechterskala" zuweisen.

4.2. Struktur der Frauenbeschäftigung in der Region Stuttgart

Wie bereits oben angeführt, steigt die Frauenerwerbsquote langsam aber kontinuierlich an, auch in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit. Dies bedeutet, daß immer mehr Frauen ihr Recht auf einen Arbeitsplatz einfordern und bei konjunkturellen Flauten nicht mehr ihren Arbeitsplatz räumen um dem Arbeitsmarkt als "industrielle Reservearmee" zur Verfügung zu stehen.

Die Frauenerwerbsquote in der Bundesrepublik Deutschland beträgt 42,8%[41], d.h., daß fast die Hälfte aller Frauen zwischen 15 und 65 Jahren einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht bzw. eine Arbeit sucht. Die Frauenerwerbsquote der BRD ist deutlich geringer, als die der nordeuropäischen Länder wie Schweden, Dänemark oder Norwegen. In Baden-Württemberg ist die Frauener-

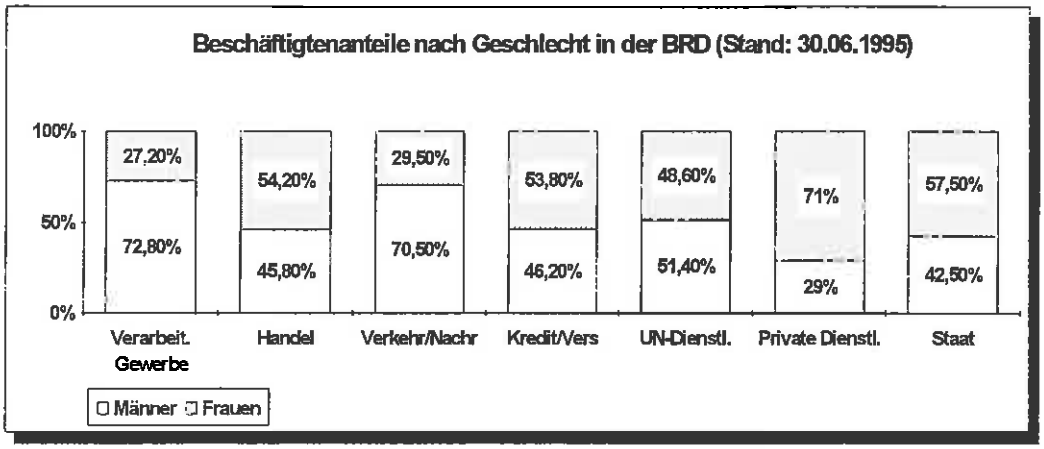
40 Bei den Angestellten ist die Lohndifferenz lt. einer EU-Abgeordneten noch größer, bei den Angestellten in der privaten Wirtschaft beträgt der Abstand rund 35 %.

41 Basis sind hier die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Beamte).

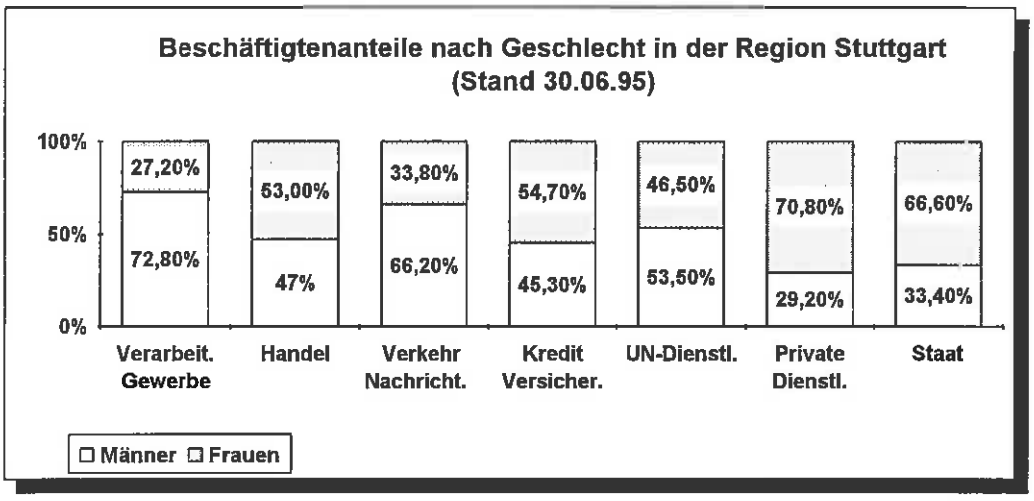
42 Vgl. Stellungnahme der IHK Region Stuttgart vom 27.6.96

werbsquote mit 43,2% etwas höher als in der BRD, während die Region Stuttgart mit einer Erwerbsbeteiligung von 41,7 leicht unter dem Bundesdurchschnitt bleibt.

Im Folgenden soll zunächst dargestellt werden, wie sich der Frauen- und Männeranteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region in den verschiedenen Wirtschaftszweigen darstellt. Diese Daten geben Auskunft über den aktuellen regionalen Stand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Wirtschaftsabteilungen und Geschlecht. Im Vergleich mit der BRD soll aufgezeigt werden ob es in der Region zu gravierenden Abweichungen kommt.



In der Gesamtheit gesehen kommt es jedoch im Vergleich BRD zur Region Stuttgart zu keinen gravierenden Unterschieden bei der Frauenquote, wie das folgende Schaubild zeigt:



Die Veränderung der Frauenquote (Anteil der Frauen an den Gesamtbeschäftigten) ist jedoch - bezogen auf Frauenerwerbstätigkeit - nur bedingt interpretierbar, da die Veränderungen der Beschäftigung der Männer in die Anteilsberechnungen miteingehen.

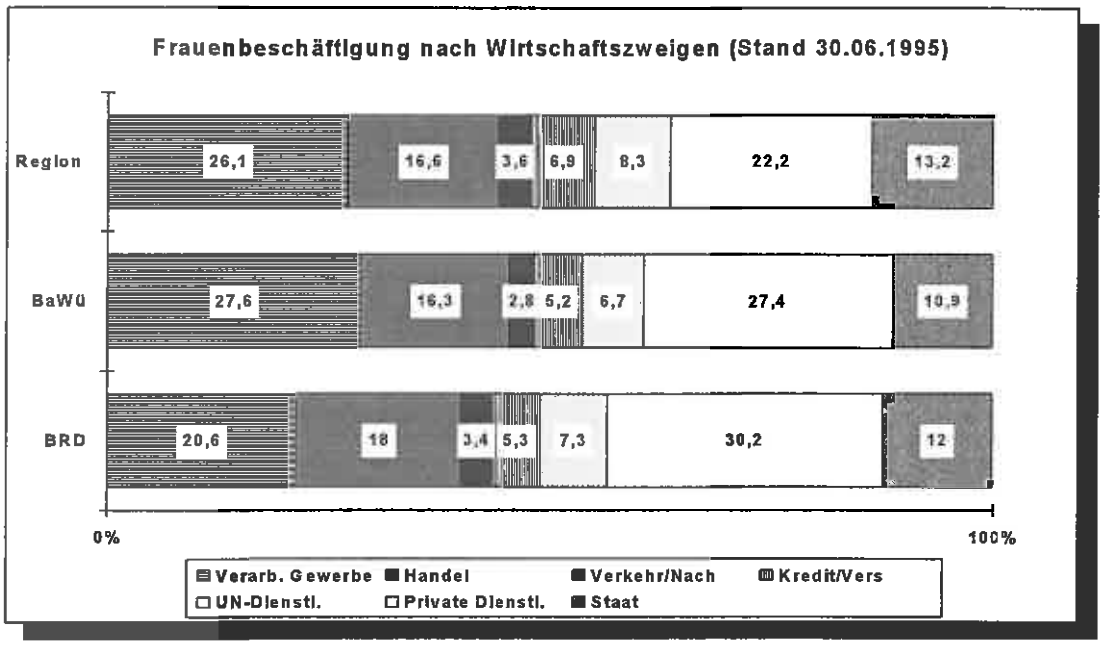
Auffällig ist jedoch, daß es sich sowohl beim Verarbeitenden Gewerbe wie auch im Bereich der privaten Dienstleistungen um stark geschlechtlich segmentierte Bereiche handelt. Bei Erstgenanntem handelt es sich um eine starke Männerdomäne, über zwei Drittel der dort beschäftigten ArbeitnehmerInnen sind Männer, während es sich bei den privaten Dienstleistungen gerade umgekehrt verhält; nur ein knappes Drittel der dort Beschäftigten sind männlich.

4.2.1. Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen nach Wirtschaftsabteilungen

Stellt man sich die Frage nach der Frauenerwerbstätigkeit in der Region, so ist es sinnvoll, darzustellen, in welchen Wirtschaftszweigen Frauen beschäftigt werden.

Aufgrund der derzeitigen Datenlage wird im folgenden der Stand für 1995 (Stichtag 30.06.1995) dargestellt. Es ist geplant, in einer gesonderten Auswertung aktuellere Daten vorzulegen sowie über einen längeren Zeitraum Veränderungen darzustellen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß geschlechtsspezifische Datenauswertungen nach wie vor die Ausnahme bilden; hier besteht nach unserem Ermessen dringender Handlungsbedarf. Eine reine Datenanalyse verbleibt jedoch zwangsläufig unzureichend, da Frauen und Männer in den einzelnen Wirtschaftszweigen auch unterschiedliche Tätigkeiten ausüben. Wie bereits weiter oben angeführt, finden sich Frauen auf unterschiedlichen Hierarchieebenen wie ihre männlichen Kollegen wieder. Eine quantitative Datenanalyse kann von daher nur ein erster Schritt bei der Bewertung der Frauenerwerbstätigkeit in der Region sein. Eine quantitative Darstellung und Auswertung über die Art der Tätigkeiten, die Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen schwerpunktmäßig ausüben, wäre als weiterer Handlungsschritt anzustreben um differenziertere Aussagen machen zu können.

Das folgende Schaubild zeigt die Verteilung der erwerbstätigen Frauen auf die verschiedenen Wirtschaftszweige.



Insgesamt ist festzustellen, daß Frauen zum weitaus größten Teil im Dienstleistungsbereich beschäftigt sind. Faßt man die im Schaubild ausdifferenzierten Bereiche, in denen Dienstleistungen erbracht werden zusammen, so ergibt dies, daß ca. zwei Drittel der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen eine Dienstleistungstätigkeit ausüben, während im Verarbeitenden Gewerbe in der Region Stuttgart ca. ein Viertel der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen tätig ist.

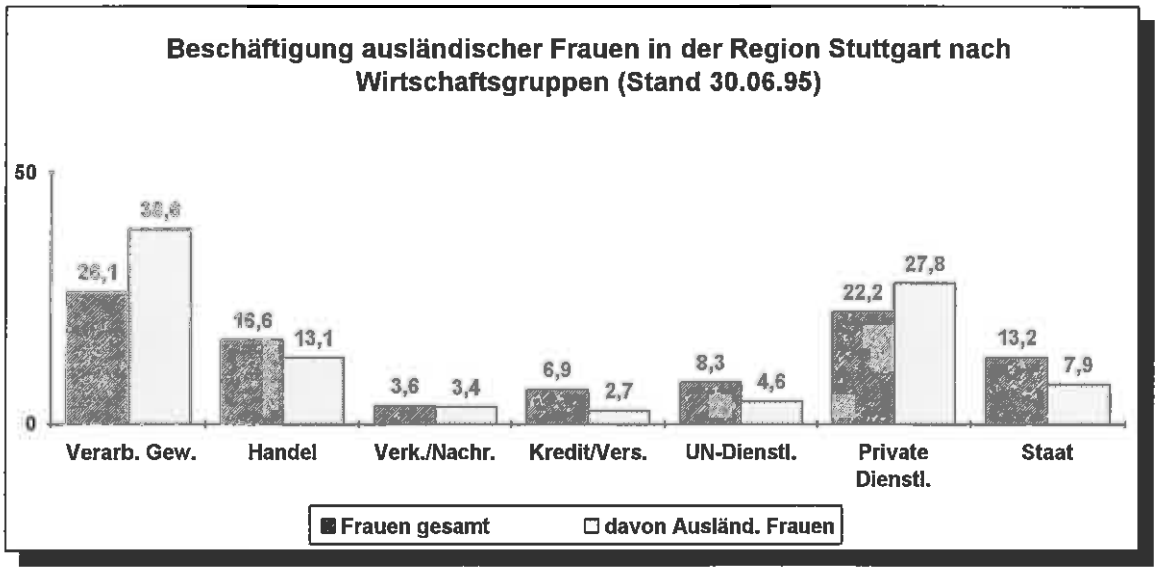
Betrachtet man den Anteil der Frauen, die im Verarbeitenden Gewerbe tätig sind, so fällt auf, daß dieser Bereich in Baden-Württemberg und in der Region noch eine größere Rolle spielt als in der BRD, wo nur noch lediglich ein Fünftel der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt sind. In der Region sind über ein Viertel, das sind 113.523 Frauen, im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt.

Durch die Ausführungen wird deutlich, daß der Dienstleistungssektor der gewichtigste Sektor in Bezug auf die Frauenerwerbstätigkeit ist (vgl. Kapitel 3). Für den Dienstleistungssektor wird zudem erwartet, daß die Beschäftigungsanteile weiter ansteigen werden und daß sich dies auch für Frauen künftig positiv auswirkt. Hier muß allerdings angemerkt werden, daß solche Äußerungen sehr kritisch zu bewerten sind. Zum einen ist der Beschäftigungszuwachs zunächst nur einer Anteilsverschiebung geschuldet, der Dienstleistungssektor nimmt lediglich relativ zu, absolut sinken

jedoch auch hier die Beschäftigtenzahlen (vgl. Kapitel 3). Des weiteren sind "solche Einschätzungen (sind) propagandistisch und zynisch, weil sie nicht gleichzeitig relativiert werden durch den oft prekären Charakter der neugeschaffen Arbeitsplätze" (Kattein 1994: 104).

Die Tatsache, daß der Beschäftigungsschwerpunkt der Frauen im Dienstleistungsbereich liegt, läßt somit nicht generell den Schluß auf positive Entwicklungschancen für die Zukunft ziehen. So wird der Zugang in das Beschäftigungssystem in Dienstleistungsberufen in letzter Zeit schwieriger. Beispielsweise lag das Angebot an Ausbildungsstellen in Westdeutschland unter der Nachfrage. "Außerdem arbeitet ein Großteil der Frauen im Bereich der primären Dienstleistungen, die in Zukunft stagnieren (z.B. Fachverkäuferinnen) oder schrumpfen dürften (z.B. einfache Tätigkeiten oder Sachbearbeiterfunktion im Büro)" (Chaberny 1995: 4513).

Im folgenden soll die Verteilung ausländischer Frauen, bezogen auf die Wirtschaftszweige, betrachtet werden. Das Schaubild zeigt den Anteil ausländischer Frauen an der Gesamtbeschäftigung (Männer und Frauen) im jeweiligen Wirtschaftszweig in der Region Stuttgart.



Es wird deutlich, daß ausländische Frauen im Verarbeitenden Gewerbe sowie bei den privaten Dienstleistungen überproportional vertreten sind, während es sich in den übrigen Bereichen umgekehrt verhält. Hier liegt die Vermutung nahe, daß eine Diskrepanz beim Qualifikationsniveau vorhanden ist. Ausländische Frauen werden häufig - zum Teil unabhängig von ihrer formal erworbenen Qualifikation in den Heimatländern - als Ungelernte beschäftigt. Gerade gering bewertete Tätigkeiten finden

sich sowohl im Verarbeitenden Gewerbe (in erster Linie Montagetätigkeiten) sowie im privaten Dienstleistungsbereich (Reinigungsdienste u.ä.). Hier scheint sich die oben angeführte These zu bestätigen, wonach der Zuwachs im Dienstleistungsbereich keineswegs nur qualifizierte Frauenarbeitsplätze mit sich bringt. Gerade die Tatsache, daß fast 28% der ausländischen Frauen in der Region im Bereich der privaten Dienstleistungen tätig sind, bestärkt die Annahme, daß es sich hier zum größten Teil um ausgelagerte Reinigungsdienste und sonstige gering bewertete und gering bezahlte Tätigkeiten handelt. In der BRD ist der Anteil der ausländischen Frauen von über 40% im Bereich der privaten Dienstleistungen deutlich höher als in der Region Stuttgart, was zum Teil wohl der Tatsache geschuldet ist, daß in der Region das Verarbeitende Gewerbe noch eine größere Bedeutung für die Frauenbeschäftigung einnimmt als in der BRD.

4.2.2. Qualifikations- und Beschäftigtenstruktur in der Region Stuttgart nach Geschlecht

Zum Abschluß soll nun noch die Qualifikationsstruktur von Frauen nach Wirtschaftsgruppen einer genaueren Betrachtung unterzogen werden. Wie bereits angeführt, ist die Beschäftigtengruppe der An- und Ungelernten von den derzeitigen Um- und Restrukturierungsmaßnahmen - die meist mit einem Beschäftigtenabbau einhergehen - überproportional betroffen (vgl. Fischer u.a. 1995).

Betrachtet man die Beschäftigtengruppe ohne Ausbildung nach Geschlecht, so ist der Anteil der Frauen meist höher als der der Gesamtbeschäftigten.

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne Berufsausbildung nach Geschlecht (Stand 30.05.95)

	Beschäftigte ohne Berufsausbildung	Männer ohne Berufsausbildung	Frauen ohne Berufsausbildung
BRD	23,6%	23,7%	23,5%
BaWü	24,6%	21,8%	28,5%
Region Stuttgart	24,0%	21,3%	27,7

In der Region Stuttgart verfügen 24% der 1.040.278 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten über keine abgeschlossene Berufsausbildung; das entspricht einer absoluten Zahl von 249.513. Von allen sozialversicherungspflichtig beschäftigten männlichen Arbeitnehmern haben 21,3% keine abgeschlossene Berufsausbildung, während über 27% der Frauen in der Region über keine Berufsausbildung verfügen. In der obigen Tabelle fällt allerdings auf, daß der Anteil der Frauen ohne Berufsausbil-

dung in Baden Württemberg wie in der Region deutlich vom Bundesdurchschnitt abweicht. Bezogen auf die BRD liegt der Anteil der Frauen ohne Ausbildung sogar geringfügig unter dem der Männer, während der Beschäftigtenanteil ohne Berufsausbildung bei Frauen im Land und in der Region nach wie vor signifikant höher ist.

Im **Verarbeitenden Gewerbe** stellt sich die Situation - bezogen auf den Anteil der Frauen ohne Berufsausbildung - noch drastischer dar.

Anteil der Beschäftigten ohne Berufsausbildung im Verarbeitenden Gewerbe nach Geschlecht (Stand 30.05.95)

	Gesamt	Männer	Frauen
BRD	26,5%	22,7%	36,6%
BaWü	29,2%	23,5%	42,7%
Region Stuttgart	28,7%	23,7%	42,0%

Insgesamt gesehen verfügten im Verarbeitenden Gewerbe 26,5% der Beschäftigten über keine abgeschlossene Berufsausbildung. Von allen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männern im Verarbeitenden Gewerbe hatten 22,7% keine Ausbildung, von allen Frauen im Verarbeitenden Gewerbe verfügen über 36% über keine Ausbildung. In der Region Stuttgart verfügen 28,7% der 417.708 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe über keine abgeschlossene Berufsausbildung; das entspricht einer absoluten Zahl von 119.716.

Der Anteil der Beschäftigten ohne Berufsausbildung ist - wie bereits ausgeführt - in Baden-Württemberg und in der Region höher als in der BRD. Dabei fällt auf, daß der Frauenanteil unter den An- und Ungelernten den Männeranteil deutlich übersteigt. So verfügen 47.700 der 113.523 in der Region beschäftigten Frauen im Verarbeitenden Gewerbe, sprich 42% über keine abgeschlossene Ausbildung, während lediglich ein knappes Viertel der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer im Verarbeitenden Gewerbe über keine Berufsausbildung verfügen.

Der **Dienstleistungsbereich** zeichnet sich generell durch eine relativ geringe Quote von An- und Ungelernten aus, da die Sachbearbeitertätigkeit in diesen Bereichen den höchsten Stellenwert einnimmt. Die vorhandenen niedrig bewerteten Tätigkeit werden jedoch zum größten Teil von Frauen geleistet. Fast zwei Drittel der niedrig bewerteten Tätigkeiten im Bereich Kredit/Versicherung und Private Dienstleistungen werden von Frauen erbracht. Obgleich die Frauenquote im Tertiären Sektor nur gut die Hälfte ausmacht, verrichten sie zu über 90% die geringer qualifizierten Tätigkeiten.

Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung zeigt sich, daß außer im Verarbeitenden Gewerbe, wo die Frauen deutlich unter der Ausbildungsquote der Männer liegen, lediglich im Bereich Kreditanstalten und Versicherungen die Männer noch über einen kleinen Vorsprung verfügen. In allen anderen Bereichen jedoch haben Frauen ihre Kollegen überrundet, der Anteil der Frauen mit abgeschlossener Berufsausbildung ist durchgängig höher als die der Männer. Dies zeigt sehr deutlich, daß die Annahme Frauen wären geringer qualifiziert als Männer, lediglich ein pauschales Vorurteil ist.

Beschäftigtenanteil mit abgeschlossener Berufsausbildung nach Wirtschaftsgruppen und Geschlecht, Region Stuttgart (Stand 30.06.95)

	Gesamt	Männer	Frauen
Verarb. Gewerbe	**58,2%**	61,4%	49,7%
Handel	**69,1%**	68,7%	69,5%
Verkehr/Nachr.	**66,1%**	62,3%	73,4%
Kredit/Versich.	**72,1%**	73,5%	70,9%
UN-Dienstl.	**57,9%**	50,1%	66,8%
Private Dienstl.	**57,4%**	48,0%	61,2%
Staat	**61,4%**	59,4%	62,5%

4.3. Frauenförderung: Möglichkeiten und Grenzen

Die Grenzen der Frauenförderung wurden vielfach kritisch diskutiert hinsichtlich der Tatsache, daß die qualifikatorischen Voraussetzungen der Frauen in den letzten Jahren zwar positiv verändert hätten, die geschlechtsspezifisch unterschiedliche Bewertung auf dem Arbeitsmarkt jedoch nicht aufgehoben werden konnte. Weiterhin finden sich Frauen an den Arbeitsplätzen mit den "geringen" Qualifikationsanforderungen wieder. Es stellt sich daher die Frage, ob der nach "höher" und "niedriger" unterscheidende Qualifikationsbegriff nicht bereits das Interesse und den reduzierten Blick derjenigen beinhaltet, die aufgrund ihrer Machtposition imstande sind zu definieren, was Qualifikation ist und diese als sog. "objektive", d.h. als allgemeingültige Definition ausgeben.

Trotz über zehn Jahren Modellversuchen und Frauenförderplänen zeigen sich keine markanten Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur in Betrieben und Behörden (vgl. Brumlop 1994). Indikatoren hierfür sind Schwierigkeiten bei der beruflichen

Eingliederung, Nachteile durch Teilzeitarbeit sowie geringere Aufstiegschanchen usw. Die horizontale und vertikale Segregation der Beschäftigungsstrukturen bestehen weiterhin fort.

Eine Ursache hierfür ist, daß die Erwerbsbeteiligung von Frauen weiterhin durch gesellschaftliche Rollenerwartungen und geschlechtspezifische Arbeitsteilung geprägt ist. Betriebliche Frauenförderung muß sich ändern - weg von Mutter-Kind-Programmen, hin zu gleichberechtigter Beteiligung von Männern und Frauen am Erwerbsleben. Konservative Formen der Frauenförderung, verstanden lediglich als Familienförderung, konservieren herrschende Machtstrukturen sowie die gesellschaftliche Arbeitsteilung und verfestigen somit geschlechtsspezifische Segregation im Berufsleben.

Frauenförderpläne, die nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum Gegenstand haben, führen dazu, daß sich Männer darin bestätigt sehen, daß Kinderbetreuung Frauensache ist. Folge davon ist, daß die Zuständigkeit der Frauen für bestimmte Bereiche nur verstärkt wird. Vielmehr muß Haus- und Familienarbeit auf beide Geschlechter gleichermaßen verteilt werden, damit Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt "Gleiche unter Gleichen" sind. Dazu gehört, daß Alternativen nicht nur zum "Normalarbeitstag", sondern auch zur "Normalfamilie" zu entwickeln sind.

Regelungen zur Aus-, Fort- und Weiterbildung finden sich in Frauenförderplänen hingegen wesentlich seltener. Damit bleibt die Behandlung wesentlicher Strukturprobleme von Frauenarbeit in der Industrie und im Dienstleistungssektor außen vor und werden nicht als notwendiger Gegenstand von Frauenförderung angesehen; die Qualifizierung an- und ungelernten Frauen ist hier ebenfalls betroffen.

Hier gilt es anzusetzen. Ohne gezielte Qualifizierung gerade derjenigen Gruppen von ArbeitnehmerInnen, die an monotonen und einseitigen Arbeitsplätzen jahrelang nicht die Gelegenheit hatten, einen Fond an betrieblichen und übertragbaren Erfahrungen aufzubauen - und das sind oftmals Frauen - können arbeitsorganisatorische Veränderungen im Betrieb für Frauen auch Ausleseverfahren darstellen.

5. Qualifizierung - Opfer des Standortwettbewerbs?

Die Prognosen hinsichtlich der Beschäftigungsentwicklung und des damit einhergehenden zu erwartenden Qualifikationsbedarfs haben sich seit Veröffentlichung des letzten IMU-Gutachtens (vgl. Fischer u.a. 1995) nicht geändert. So ist mit einer Aktualisierung der IAB/PROGNOS-Projektionen, die als Grundlage der meisten Vorhersagen dient, frühestens für das Jahr 1997 zu rechnen; die Fortsetzung der Untersuchungen eines entsprechenden Arbeitskreises beim Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, deren Ergebnisse im März 1991 in der Studie "Qualifikationsbedarf 2000" veröffentlicht wurden, ist zudem nicht geplant.

Die Tendenz steigender Qualifikationsanforderungen bei sinkenden Arbeitsplatzzahlen treibt die Verdrängungskonkurrenz auf dem Arbeitsmarkt weiter voran. Der anhaltende Wandel der Qualifikationsstruktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verdeutlicht, daß die An- und Ungelernten als HauptverliererInnen der Krisenerscheinungen zuerst aus dem Arbeitsleben verdrängt werden. Arbeitsmarktberichte weisen jedoch zunehmend daraufhin, daß es heute kaum mehr eine "sichere" sprich arbeitsplatzsichernde Qualifikation gibt. Arbeitslose Facharbeiter und Angestellte, zunehmende Akademiker- und Jugendarbeitslosigkeit - diese Erscheinungen prägen immer selbstverständlicher das Bild (vgl. Kapitel 2). Laut einer Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart erhalten fachübergreifende Qualifikationen immer mehr Gewicht und es wird damit gerechnet, "...daß jeder im Laufe seines Lebens mehrere Beruf ausüben muß."[42]

Qualifikation wird dennoch oder gerade deswegen großgeschrieben. Beschäftigte wie Arbeitslose versuchen, sich durch Weiterbildungsmaßnahmen den steigenden Anforderungen anzupassen. In zahlreichen Betrieben finden im Zuge der Einführung neuer Strukturen und Methoden im Bereich der Arbeitsorganisation Anpassungsqualifizierungen statt; für Schulen und Universitäten werden Maßnahmenpakete geschnürt, die neben der Kostensenkung auch die Neuorientierung der Lehrinhalte und -methoden auf neue Anforderungen zum Zweck haben. Nicht zuletzt die deutliche Zunahme privater Anbieter auf dem Aus- und Weiterbildungsmarkt und immer neuer Bildungsangebote geben Hinweise darauf, daß in der Qualifizierung ein wichtiger Schlüssel zu betrieblichen wie individuellen Problemlösungen bzw. Erfolgen gesehen wird. Qualifizierung als Wettbewerbsvorteil - gegenüber anderen Unternehmen oder aber gegenüber Mitbewerbern auf dem Arbeitsmarkt - hierin be-

42 Vgl. Stellungnahme der IHK Region Stuttgart vom 27.6.96

steht wohl eine gewisse Einheit der Qualifizierungsbemühungen von Unternehmen, Beschäftigten und Arbeitslosen. Doch auch hier drängt das Konkurrenzprinzip in der betrieblichen und öffentlichen Aus- und Weiterbildung immer mehr Menschen ins Abseits; ist kein Geld vorhanden, sind Beschäftigte oder Arbeitslose perspektivisch nicht "verwendbar" oder steht nicht der unmittelbare betriebliche Nutzen am Ende einer Qualifizierungsmaßnahme, beschränken sich die Bemühungen meist auf das Nötigste.

Die folgenden Ausführungen zum "Wandel der Qualifikationsstruktur im Verarbeitenden Gewerbe" einerseits sowie "Trends in der Entwicklung betrieblicher Aus- und Weiterbildung" im Rahmen dieses Strukturgutachtens andererseits soll den Blick darauf richten, in welchen Feldern regionale wie betriebliche Akteure gefordert sind.

5.1. Beschäftigungsabbau im Verarbeitenden Gewerbe

Der drastische Beschäftigtenabbau im Verarbeitenden Gewerbe setzt sich - wie weiter oben bereits ausgeführt - weiterhin fort. Bezogen auf das Land Baden-Württemberg sank die **Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe** von 1.624.114 im Jahre 1993 um 126.269 auf 1.497.845 im Jahre 1995.

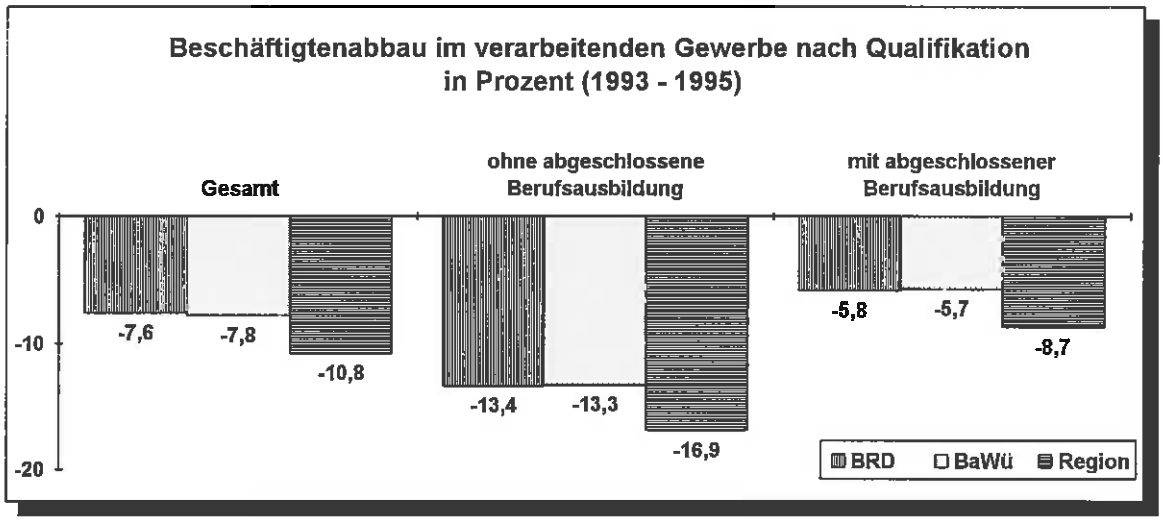
Die Region Stuttgart ist vom Beschäftigtenabbau im Verarbeitenden Gewerbe weiterhin überproportional betroffen[43] (vgl. Kapitel 2). Die stärkere Betroffenheit der Region Stuttgart rührt zum einen daher, daß der Anteil der An- und Ungelernten gemessen an den Gesamtbeschäftigten der Region über dem Bundesdurchschnitt liegt und gerade diese Beschäftigungsgruppe überproportional vom Personalabbau betroffen ist, wie im folgenden noch gezeigt wird. Bundesweit hatten im Verarbeitenden Gewerbe im Jahre 1995 26,5% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten keine abgeschlossene Berufsausbildung; im Land Baden-Württemberg lag der Anteil bei 29,2%. In der Region Stuttgart hatten 1995 28,5% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten keine Berufsausbildung. Damit liegt die Region mit ihrem Anteil zwar ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt; im Vergleich zum Landesdurchschnitt bleibt sie jedoch geringfügig darunter.

43 Innerhalb der Region ist das Stadtgebiet Stuttgart mit einem Beschäftigtenabbau von 15,4% am stärksten betroffen; den geringsten Abbau von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe konnte Ludwigsburg (-6,5%) verzeichnen.

5.1.1. Überproportionaler Beschäftigtenabbau von An- und Ungelernten im Verarbeitenden Gewerbe

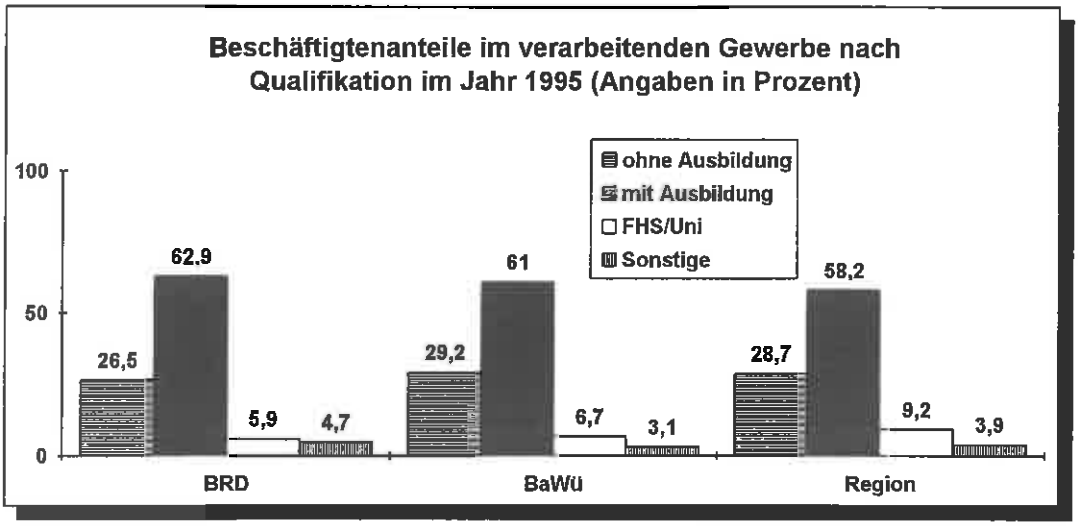
Der bereits im letzten Strukturgutachten (vgl. Fischer u.a. 1995) beschriebene Trend - der starke Abbau von Arbeitsplätzen im Bereich der An- und Ungelernten - setzt sich weiterhin ungebrochen fort. Im Vergleich zum letzten Gutachten, in dem die Entwicklung der Qualifikationsstruktur in Bezug auf alle Branchen untersucht wurde, befaßt sich das vorliegende Strukturgutachten ausschließlich mit der Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe.

Im Zeitraum 1993 - 1995 kam es zu einem gravierenden Arbeitsplatzabbau im Bereich der **Beschäftigten ohne Berufsausbildung**. Fast die Hälfte der abgebauten Stellen betraf diese Beschäftigtengruppe, obwohl sie nur ca. ein Drittel der Gesamtbeschäftigten repräsentieren. Durch den überproportionalen Arbeitsplatzabbau in diesem Bereich sinkt folglich auch ihr Anteil an den Gesamtbeschäftigten. So betrug in der **Bundesrepublik** der Anteil von An- und Ungelernten im Jahre 1993 noch 28,3%. Im Jahre 1995 sank er, wie bereits angeführt, auf 26,5%. In **Baden-Württemberg** sank im angeführten Zeitraum der Anteil von 31,1% auf 29,2%, in der **Region Stuttgart** reduzierte sich der Anteil von 30,7% um zwei Prozentpunkte auf 28,7%. Die Region liegt damit im Vergleich zum Bund an der Spitze der negativen Arbeitsplatzbilanz für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Berufsausbildung.



Anhand des Schaubildes wird deutlich, daß der Beschäftigungsabbau überproportional zu Lasten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung geht. Die Region Stuttgart ist mit einer Reduzierung von 16,9% in zwei Jahren eindeutig "Spitzenreiter", während der Landesdurchschnitt (-5,7%) sogar etwas - wenn auch geringfügig - unterhalb des Bundesdurchschnittes liegt.

Die allgemeine Beschäftigungskrise betrifft jedoch nicht nur die sogenannten An- und Ungelernten. Auch bei den Beschäftigten, die eine Berufsausbildung absolviert haben, ist ein Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen, wenn auch nicht in dem Ausmaße wie bei ArbeitnehmerInnnen ohne Ausbildung. Durch den überproportionalen Abbau im Bereich der An- und Ungelernten erhöhte sich aber der Anteil der Beschäftigtengruppe mit abgeschlossener Berufsausbildung an der Gesamtbeschäftigung.

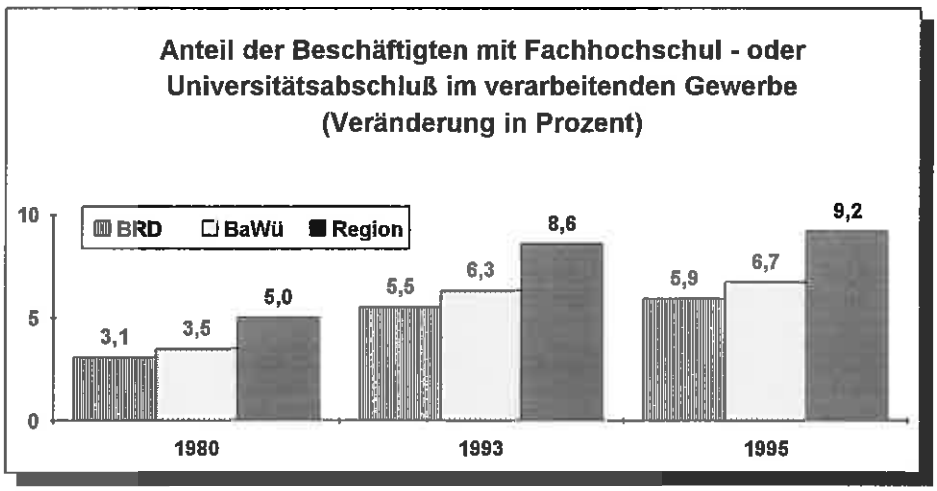


So lag der Anteil der **Beschäftigten mit Ausbildung** an den Gesamtbeschäftigten im Jahre 1993 bundesweit bei 61,7%, landesweit bei 59,6% und bezogen auf die Region Stuttgart bei 56,9%. Diese relative Bedeutungszunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Berufsausbildung im Jahre 1995 (vgl. Schaubild) darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß - in absoluten Zahlen gesehen - auch in diesem Bereich massiv Arbeitsplätze abgebaut wurden. Insgesamt wurden im Zeitraum von 2 Jahren (1993 - 1995) in der **Bundesrepublik** 281.549 der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Berufsausbildung abgebaut; in **Baden-Württemberg** waren es 55.034 und in der **Region Stuttgart** 23.298. Da es sich hier zum größten Teil um Facharbeiter handelt, scheint sich unsere These zu bestätigen (vgl. Fischer u.a. 1995), daß von einem zu erwartenden allgemeinem Facharbeitermangel nicht ausgegangen werden kann. So besteht zwar offensichtlich jederzeit Bedarf an einer ausreichenden Anzahl hochmotivierten gutqualifizierter, flexibler und junger Facharbeiter - in den Betrieben nicht selten mit dem Begriff "Olympiamannschaft" belegt. Gleichzeitig werden jedoch immer mehr Facharbeiterarbeitsplätze Opfer von Rationalisierungsmaßnahmen, Verlagerungen usw.

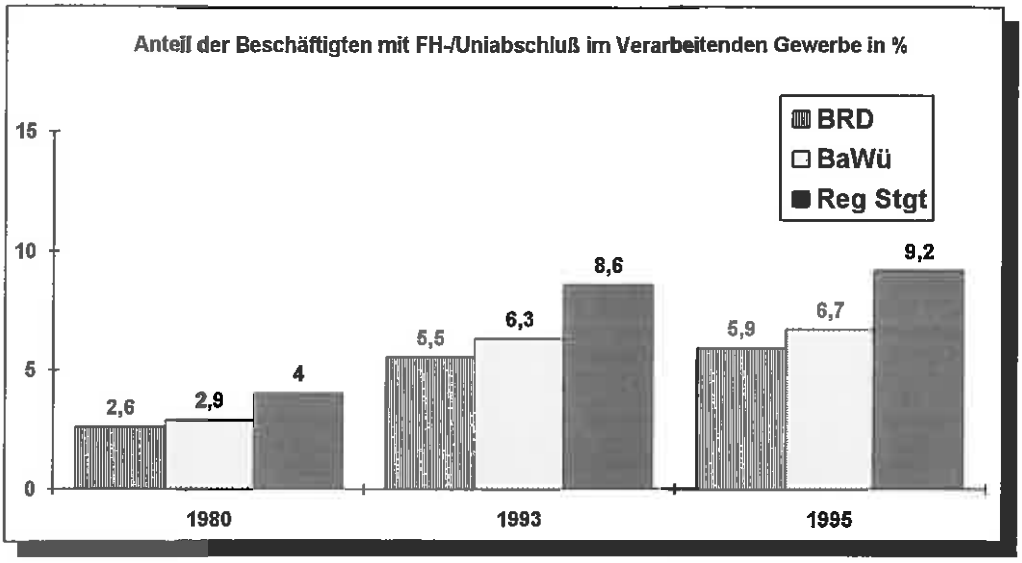
Innerhalb der Beschäftigtengruppe mit abgeschlossener Berufsausbildung konnte nur das **Teilsegment mit Abitur und Berufsausbildung** einen Zuwachs verzeichnen. Insgesamt repräsentiert diese Beschäftigungsgruppe jedoch lediglich ca. 2 % der Gesamtbeschäftigten. Die Zuwachsraten von 1993 - 1995 lagen hier bundesweit bei 4,7%, landesweit bei 3,1% und innerhalb der Region Stuttgart bei 1,2%, was einer absoluten Zahl von lediglich 120 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entsprach. Dieser Trend einer "Akademisierung" macht deutlich, daß sich die Verdrängungskonkurrenz zuungunsten der Geringqualifizierten weiter verschärft hat.

5.1.2. Beschäftigtenanteil von Höherqualifizierten an Gesamtbeschäftigung nimmt zu

Der Anteil der Hochqualifizierten an den Gesamtbeschäftigten nimmt weiterhin zu. Dies heißt jedoch nicht, daß in diesem Bereich durchweg ein Beschäftigungszuwachs zu verzeichnen wäre. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Der überproportionale Abbau der gering qualifizierten Arbeitskräfte führt auch hier zu einer relativen Aufwertung der höher Qualifizierten; der anteilige Zuwachs ist demnach mehr einem statistischen Effekt geschuldet.



Bundesweit sind im Verarbeitenden Gewerbe im Jahre 1995 6.646 weniger sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Fachhochschul- bzw. Universitätsabschluß beschäftigt als im Jahre 1993, was einem Rückgang von 1,2% entspricht. Das Land Baden-Württemberg lag mit einer Abbauquote von 1,6% leicht über dem Bundesdurchschnitt. Am stärksten betroffen vom Abbau im Bereich der Hochqualifizierten war die Region Stuttgart; 3,9% der dort angesiedelten Arbeitsplätze wurden abgebaut, was einer absoluten Zahl von 1.548 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entspricht.



Die Anzahl der Hochqualifizierten (FH und Uni) stieg im Zeitraum 1980 - 1993 absolut und relativ an. Von den in der Region seit 1993 1.548 abgebauten Arbeitsplätzen im hochqualifizierten Bereich, waren 1.213 Beschäftigte mit FH-Abschluß und 335 mit Uni-Abschluß betroffen. Trotz des leicht überproportionalen Beschäftigungsabbaues in der Region Stuttgart ist jedoch der Anteil der Hochqualifizierten an der Gesamtbeschäftigung immer noch höher als der Anteil im Land oder auf Bundesebene. Der Anteil der Höherqualifizierten im Verarbeitenden Gewerbe ist in der Region Stuttgart demnach am höchsten.

Die Reduzierung von Arbeitskräften in diesem Bereich ist jedoch nur zum Teil einem realen Arbeitsplatzabbau geschuldet. So wirkt zusätzlich eine Strukturverschiebung; ausgegründete Geschäftsbereiche (z.B. F&E Bereiche) werden statistisch nicht mehr im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes geführt, sondern z.B. den unternehmensbezogenen Dienstleistungen zugerechnet. Für diese These der Strukturverschiebung spricht auch die Tatsache, daß der Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen relativ hohe Zuwachsraten zu verzeichnen hat. So übersteigt die Zunahme im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen die Anzahl der im Verarbeitenden Gewerbe abgebauten Arbeitsplätze - jedenfalls bezogen auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit FH- bzw. Universitätsabschluß. Beispielsweise wurden in den letzten zwei Jahren in der BRD 6.646 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Bereich der FH- und Uniabsolventen abgebaut, während der Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen für diese Qualifikationsgruppe um 23.958 zunahm. Im Land Baden-Württemberg fielen im Verarbeitenden Gewerbe 1659 Arbeitsplätze weg, während bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen ein Zuwachs von 4.112 zu verzeichnen war. Lediglich in der

Region Stuttgart stellt sich die Situation anders dar: So wurden im Zeitraum 1993 - 1995 1.548 Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe abgebaut; dem stand bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen lediglich ein Zuwachs von lediglich 902 Stellen entgegen. Die Kompensationsthese - wonach dem Verlust von Arbeitsplätzen in Verarbeitenden Gewerbe Zuwächse im Dienstleistungsbereich gegenüberstehen, erfüllt sich Personen mit FH- oder Universitätsabschluß hier jedoch nur zum Teil.

5.2. Region Stuttgart: Aktuelle Tendenzen betrieblicher Qualifizierungspolitik

Die Debatte um notwendige gründliche Qualifizierung und ständige Weiterbildung, nicht zuletzt im Hinblick auf den Brennpunkt Beschäftigungssicherung gab uns auch dieses Jahr Anlaß, in die Befragung von Betriebsräten zahlreicher Metallbetriebe in der Region Stuttgart den Themenkomplex Qualifikation aufzunehmen. Unter dem Blickwinkel der These, daß Betriebsräte als positive Trendverstärker (vgl. Bahnmüller u.a. 1992) nach wie vor eine wichtige Rolle in der betrieblichen Qualifizierungspolitik einnehmen können, galt diesem Schwerpunkt unsere besondere Aufmerksamkeit; so bestätigen außer statistisch nachgewiesenen Zusammenhängen auch zahlreiche praktische Erfahrungen aus der Beratungstätigkeit, daß sich die aktive Haltung des Betriebsrates, Eigeninitiative und Durchsetzungsvermögen positiv auf die betriebliche Qualifizierungspolitik auswirken.

Da sich Betriebsräte und Organe der betrieblichen Interessenvertretung im Verlauf des letzten Jahres fortwährend mit Veränderungen im Bereich der Arbeitsorganisation sowie den Problemen Beschäftigungsabbau und "Kosten"-Senkung befassen mußten, wurde die Auseinandersetzung um Anforderungen an die betriebliche Qualifizierungspolitik häufig auf die Verteidigung bisheriger Errungenschaften und die Einforderung der Mitbestimmung bei wesentlichen Neuerungen reduziert; eine Umsetzung der im Lohn- und Gehaltsrahmentarifvertrag II Nordwürttemberg/Nordbaden festgelegten Anforderungen und damit entscheidenden Fortschritten hinsichtlich einer perspektivischen Personalentwicklung aller Beschäftigten scheint zur Zeit in weite Ferne gerückt.

Eine, die betriebliche Qualifizierungspolitik betreffende neue, jedoch bislang kaum untersuchte Frage betrifft die Auswirkung der Anforderungen von DIN ISO 9000 für den Schulungsbereich. So erfordert die Zertifizierung nach DIN ISO 9000 u.a.

- eine Bewertung der allgemeinen Ausbildung, Erfahrungen und Fertigkeiten des Personals für die auszuführenden Tätigkeiten;
- die Identifikation der individuellen Schulungserfordernisse, verglichen mit denen, die für die zufriedenstellende Ausführung erforderlich sind;

- Planen, Organisieren und Ausführen angemessener Schulungsprogramme (intern oder extern) sowie
- Führen von Aufzeichnungen über die Schulung und die erzielten Ergebnisse jeweils auf dem neusten Stand. (vgl. Roßmann, Rupp 1994).

So ist bislang nicht zu beurteilen, ob diese Normierungsanforderungen einen nachhaltigen Einfluß auf die bisherigen Methoden der Qualifikationsbedarfsermittlung, der Qualifizierungsaufgaben sowie deren Dokumentation haben bzw. haben werden. Dieser Fragestellung werden wir uns in einer gesonderten Untersuchung zuwenden. Es soll jedoch an dieser Stelle festgehalten werden, daß DIN ISO 9000 für die Initiative von Betriebsräten eine Unterstützung bedeuten und helfen kann, betriebliche Prozesse in Gang zu bringen.

Die Ergebnisse der Befragung von Betriebsräten in der Metallindustrie der Region Stuttgart[44] macht deutlich, daß auf betrieblicher Ebene im Bereich der Qualifizierungspolitik nach wie vor akuter Handlungsbedarf besteht.

5.3. Ausbildung - notwendiger Grundstein beruflicher Entwicklung

"Die Berufswahl verliert an Gewicht. Ausbildung bietet nurmehr das Rüstzeug, die Arbeit aufzunehmen und lebenslang zu lernen", so lautet die Einschätzung der Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart (Stellungnahme vom 27.06.1996). Ein Einstieg ins Berufsleben ohne Ausbildung wird damit zu einem Drahtseilakt.

Eine wesentliche Voraussetzung ist also die ausreichende Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, um die qualifizierte Erstausbildung als Grundstein des persönlichen Bildungswegs zu gewährleisten. Die Knappheit der Ausbildungsplätze im gesamten Bundesgebiet wurde weder durch die Bereitstellung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze[45] noch die versprochene "Trendwende" durch die Arbeitgeberverbände in der Kanlzerrunde, im Jahr 1995 600.000 **Abschlüsse von Ausbildungsverträgen** vorzulegen, entschärft. So wurden 1995 lediglich 573 000 Verträge bundesweit unterzeichnet.

---

44 Diese Umfrage wurde in einer Auswahl verschiedenster Metall- und Elektrobetriebe der Region durchgeführt und beinhaltete die wichtigsten Betriebe, die von den Verwaltungsstellen der IG Metall der Region betreut werden. Obwohl keine Repräsentativität garantiert werden kann, stimmen die Ergebnisse im wesentlichen mit Aussagen anderer repräsentativer Studien und Datensammlungen sowie den praktischen Erfahrungen aus der Beratungsarbeit überein.

45 Die staatliche Subventionierung von Ausbildungsplätzen in den neuen Bundesländern erhöhte sich 1995 erneut von 60 auf 65%.

In Baden-Württemberg[46] hat sich die Zahl der **gemeldeten Bewerber** im Zeittraum Oktober 1995 bis Ende Mai 1996 im Vergleich zum Vorjahr um 6,8% erhöht; suchten im Vorjahr landesweit noch 69.955 Personen einen Ausbildungsplatz, waren es 1995/96 bereits 74.682. Derselbe Trend läßt sich für die Arbeitsamtsbezirke der Region Stuttgart feststellen; suchten 1994/95 noch 17.410 Personen in der Region einen Ausbildungsplatz, waren es 1995/96 bereits 18.496. Mit Ausnahme des Arbeitsamtsbezirks Ludwigsburg, der eine leichte Abnahme der Bewerberzahlen zu verzeichnen hatte (rd. 3%), stieg in allen anderen Bezirken die Anzahl der Bewerber, in Göppingen sogar um 9,2%.

Die Zahl der beim Landesarbeitsamt **gemeldeten Berufsausbildungstellen** ging im Gegenzug zu den Bewerberzahlen landesweit weiter zurück; standen im Zeitraum Oktober 1994 bis Mai 1995 noch 81.158 Ausbildungsstellen zu Verfügung, waren es im Vergleichszeitraum 1995/96 nur noch 74.825 Stellen; der Rückgang betrug damit 7,8%. In der Region Stuttgart standen 1995/96 19.082 Ausbildungsplätze zur Verfügung, im selben Vorjahreszeitraum waren es 20.439, also 1.357 Ausbildungsplätze mehr.

Ein Blick auf die Zahl der **noch nicht vermittelten Bewerber**, die das Landesarbeitsamt Baden-Württemberg im Mai 1996 verbuchen mußte, verdeutlicht, daß die Schere zwischen steigenden Bewerber- und sinkenden Ausbildungsplatzzahlen weiter auseinandergeht. So waren landesweit im Mai 20.845 Bewerber noch ohne Stelle, das entspricht einem Zuwachs um 9% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. 7055 Betroffene dieser Gruppe gingen dabei auf das Konto der Region Stuttgart. Innerhalb der Region lassen sich in der Entwicklung sichtbare Unterschiede ausmachen. So konnten bspw. die Arbeitsamtsbezirke Stuttgart und Ludwigsburg eine Verbesserung ihrer "Ausbildungslosenzahlen" im Vergleich zum Vorjahr erreichen, während in Göppingen und Waiblingen der Trend zu Bewerbern ohne Stelle weiter anhielt.

Die Tatsache, daß bundesweit derzeit immerhin jede/r siebte Jugendliche ohne Berufsausbildung bleibt bzw. 14% eines Jahrgangs[47], ist ein deutliches Alarmzeichen. Tatsächlich greifende Initiativen zur Behebung dieses Zustands stehen bisher aus. Ein zu Beginn dieses Jahres von der Wirtschaft vorgelegter Vorschlag zu einem "Bündnis für Ausbildung" - hier war in erster Linie ein Einfrieren der Ausbildungsver-

46 Vgl. Statistische Daten des Landesarbeitsamts Baden-Württemberg, Stand Juni 1996.

47 Vgl. Aussage des Hauptausschusses des Bundesintituts für Berufsbildung (BIBB), nach "Der Tagesspiegel", 1.3.1996

gütung beinhaltet, fand in dieser Form (glücklicherweise) keine Resonanz[48]; zahlreiche Versprechen zur Bereitstellung weiterer Ausbildungsplätze wurden nicht erfüllt und auch der neuste Vorschlag der Länderchefs Schröder (Niedersachsen) und Biedenkopf (Sachsen), die Misere durch die Einführung der "Teilzeitausbildung" anzugehen[49], stieß kurz nach Bekanntgabe auf grundsätzlichen Widerspruch. Auch die von gewerkschaftlicher Seite geforderte Umlagefinanzierung wurde bisher nicht umgesetzt.

Ein schleichender Ausbildungsplatzabbau[50] setzt sich weiter fort und die berufliche Perspektive für die Auslernenden ist zunehmend unsicher. So werfen auch die Ergebnisse unserer Befragung von Betriebsräten wesentlicher Metallbetriebe der Region Stuttgart ein deutliches Licht auf die derzeitige Entwicklung.

Ergebnisse einer Befragung von BetriebsrätInnen aus Metallbetrieben der Region Stuttgart

1. Sinkenden Auszubildendenzahlen

Während die Anzahl der Beschäftigten in den entsprechenden Betrieben im Zeitraum Dezember 1994 bis Dezember 1995 um **3,7%** reduziert wurde, sank die Anzahl der Auszubildenden im selben Zeitraum um **11,3%.**

2. Ausbildungsquote

Nach Angabe der Befragten betrug die Ausbildungsquote im Schnitt

- **4,4%** im Jahr 1994
- **4,0%** im Jahr 1995

3. Übernahme

- Eine unbefristete Übernahme der AuslernerInnen in diesem Jahr wurde in **19%** der Fälle bestätigt.
- Eine unbefristete Übernahme eines Teils der AuslernerInnen in diesem Jahr wurde in **13%** der Fälle bestätigt.

48 Vgl. Stuttgarter Nachrichten, 19.1.1996

49 Vgl. Die Tageszeitung, 31.5.1996

50 Die IHK Region Stuttgart sieht eine wesentliche Ursache in der noch mangelnden Anpassung der Ausbildungsordnungen an die aktuellen Bedarfe; so wird davon ausgegangen, daß eine größere Ausbildungsbereitschaft gegeben wäre, wenn die Ausbildung sich auf die Vermittlung von Kernkompetenz plus attraktiver und bedarfsgerechter Wahlpflichtbausteine konzentrierte, entgegen der bisher als starr empfundenen Ausbildungsordnung.

- Eine befristete Übernahme der AuslernerInnen in diesem Jahr wurde in **58%** der Fälle bestätigt.
- Keine Übernahme der AuslernerInnen in diesem Jahr wurde in **3%** der Fälle bestätigt.
- Keine Ausbildung erfolgt mehr in **6%** der Fälle.

4. Übernahme und Qualifikation

Die befristete bzw. unbefristete Übernahme erfolgt laut Angabe der Befragten in diesem Jahr

- in **68%** der Fälle im erlernten Beruf
- in **7%** der Fälle teilweise im erlernten Beruf
- in **25%** der Fälle nicht im erlernten Beruf

5.4. Betriebliche Qualifizierungspolitik

Desweiteren geben die Umfrageergebnisse deutliche Hinweise darauf, daß von einer Systematisierung der Methoden im Bereich betrieblicher Qualifizierung noch nicht die Rede sein kann. Zudem lassen sowohl die Antworten der Befragten als auch die Erfahrungen der Betriebsberatung die Vermutung zu, daß es sich bei der Mehrheit der Maßnahmen um sogenannte Anpassungsqualifikationen handelt oder aber direkte betriebliche Belange (Umstellung der Arbeitsorganisation etc.) den Anlaß zu Qualifizierungsmaßnahmen geben. Eine perspektivische Qualifizierung gerade der sog. "Qualifizierungsverlierer" bzw. eine Art und Weise der Weiterbildung, die die verschiedensten Fähigkeiten und Kenntnisse fördert und somit dem Beschäftigten selbst größere Flexibilität verleiht, wird entweder gar nicht angeboten oder aber es wird die Finanzierung bzw. eine Kostenbeteiligung von den Beschäftigten eingefordert. Desweiteren lassen Erfahrungen aus unserer Beratungstätigkeit die Vermutung zu, daß die allgemein gestiegene Arbeitsintensität einerseits und flexible Arbeitszeiten (z.B. Mehrschichtmodelle) andererseits häufig zu einer stärkeren Arbeitsbelastung der Beschäftigten führen, was sich teilweise negativ auf die Konzentrationsfähigkeit und Lernbereitschaft der Betroffenen auswirkt.

Trotz dieser kritischen Ergebnisse zeichnet sich in den differenzierteren Angaben der befragten Betriebsräte auch eine gewachsene Sensibilität und Informiertheit im Bereich Qualifizierung ab; von dieser gewachsenen Initiative und Kenntnis können wichtige Impulse für Fortschritte in der betrieblichen Qualifizierungspolitik ausgehen.

Im folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse kurz vorgestellt.

Ergebnisse einer Befragung von BetriebsrätInnen aus Metallbetrieben der Region Stuttgart

1. Zur Qualifikationsstruktur der Beschäftigten im Betrieb konnten

- **47%** keine Angaben machen, da ihnen die entsprechenden Informationen nicht bekannt sind,
- **10%** allgemeine Angaben machen,
- **23%** detailliert Auskunft geben

(**20%** der Befragten machten keine Angaben)

2. Nach Angabe der Befragten findet eine Qualifikationsbedarfsermittlung

- in **43%** der Fälle nicht statt,
- in **46%** der Fälle unregelmäßig statt,
- in **3%** der Fälle regelmäßig statt.

(**7%** der Befragten machten keine Angaben)

10% der Befragten konnten angeben, mit welcher Methode der Bedarf ermittelt wird.

3. Möglichkeiten bzw. Methoden des Betriebsrates, sich selbständig einen Eindruck über den Qualifikationsbedarf zu verschaffen sind nach Angabe der Befragten

- in **40%** der Fälle vorhanden
- in **53%** der Fälle nicht vorhanden

(**7%** der Befragten machten keine Angaben)

4. Nach Angabe der Befragten wird ein Qualifizierungsplan

- in **47%** der Fälle nicht erstellt,
- in **37%** der Fälle unregelmäßig erstellt,
- in **17%** der Fälle regelmäßig erstellt.

In **10%** der Fälle, in denen ein Qualifizierungsplan unregelmäßig oder regelmäßig erstellt wird, findet eine Beratung darüber mit dem Betriebsrat statt.

5. Weiterbildungsmaßnahmen für an- und ungelernte Beschäftigte gab es 1995

- in **50%** der Fälle nicht,
- in **47%** der Fälle. (v.a. Anpassungsqualifizierung)

(**3%** der Befragten machten keine Angaben)

6. Weiterbildungsmaßnahmen für an- und ungelernte Beschäftigte sind 1996

- in **63%** der Fälle nicht geplant,
- in **33%** der Fälle geplant;

(**3%** der Befragten machten keine Angaben)

7. Kostenbeteiligung der Beschäftigten bei Qualifizierungsmaßnahmen im Jahr 1995

- wurde in **47%** der Fälle bestätigt,
- wurde in **50%** der Fälle nicht bestätigt.

(**3%** der Befragten machten keine Angaben)

8. Das Angebot von Bildungsmaßnahmen oder betrieblichen Einrichtungen nach außen findet nach Kenntnis der Befragten

- in **37%** der Fälle statt,
- in **60%** der Fälle nicht statt.

(**3%** der Befragten machten keine Angaben)

Die in vielen Fällen ungenügende Kenntnis über die jeweilige **Qualifikationsstruktur** der Beschäftigten vor dem Hintergrund fehlender aktueller und differenzierter Daten erweist sich als entscheidendes Hemmnis perspektivischer Qualifizierung und Personalentwicklung; in zahlreichen Fällen werden die Daten gar nicht, nicht regelmäßig oder nur oberflächlich erhoben, Personalplanung und -entwicklung erfolgt hier also meist entlang subjektiver Einschätzungen und Erfahrungen.

Eine anhaltend willkürliche Handhabung der **Qualifikationsbedarfsermittlung**, insbesondere deren Regelmäßigkeit und Methode, verschließen zusätzlich Möglichkeiten, Defizite rechtzeitig zu erkennen und die längerfristige Planung darauf abzustimmen. Als sinnvolle und unterstützende Maßnahme erweist sich die Initiative von Betriebsräten, sich selbständig über möglich Bedarfe zu informieren; so haben einige Gremien hierzu bereits eigene Instrumente entwickelt.[51]

Was die **Qualifizierung an- und ungelernter Beschäftigter** anbelangt, stehen hier nach wie vor Anpassungsqualifizierungen im Vordergrund; Angebote zu vollständigen Ausbildungsgängen oder Grundlehrgängen, die nicht unmittelbar betrieblich benötigt werden, bilden die absolute Ausnahme und wurden nur durch den entschlos-

51 Beispielhaft war z.B. die Initiative des Betriebsratsgremiums der Fa. ITT-Automotive in Bietigheim-Bissingen, mithilfe eines selbst erstellten Fragebogens die Bedarfe unter den Angestellten zu ermitteln.

senen Einsatz von Beschäftigten und Betriebsrat erreicht. Vor dem Hintergrund des weiteren Arbeitsplatzabbaus gerade in diesem Bereich sind Weiterbildungsmaßnahmen von An- und Ungelernten eine wesentliche Voraussetzung, um auf dem Arbeitsmarkt überhaupt eine Chance zu haben; hier entsteht ein immer dringenderer Handlungsbedarf, der jedoch im Rahmen tiefgreifender sog. Kostensenkungsprogramme meist unberücksichtigt bleibt.

Die Tendenz zu Kostenbeteiligung der Beschäftigten an der Finanzierung von Qualifizierungsmaßnahmen wird v.a. mit Verweis auf Motivationsförderung, Kosteneinsparung und mehr Eigenverantwortung der Beschäftigten für ihre Bildung begründet; es ist zu erwarten, daß hier weitere Einschnitte geplant sind und alte, sicher geglaubte Errungenschaften erneut zur Disposition stehen werden. Gleichzeitig gehen einige Betriebe dazu über, ihre Bildungsangebote und -einrichtungen extern anzubieten. Außer der marktstrategischen Überlegung, sich neue Felder zu erschließen, werden auf diesem Wege freigewordene Kapazitäten (bspw. Lehrwerkstätten) anderweitig genutzt und darüber versucht, eine profitable Finanzierung zu sichern. Erweist sich hierbei die beschäftigungssichernde Wirkung für das mit Aus- und Weiterbildung befaßte Personal als durchaus positiver Aspekt, so ist doch zu bedenken, daß eine wachsende Anzahl der Maßnahmen von Arbeitsämtern angefragt und finanziert werden, um Arbeitslose weiterzubilden oder umzuschulen. Damit entsteht in manchen Fällen der Eindruck, daß Unternehmen entlassen und anschließend an der Arbeitslosigkeit verdienen.

Abschließend ist festzuhalten, daß die rigide Kostenpolitik der Unternehmen auch den gesamten Aus- und Weiterbildungsbereich erfaßt. Die teilweise durchaus steigenden Budgets für diesen Bereich werden weniger breit gestreut und nach "harten Kriterien" eingesetzt. Diese Entwicklung ist eine Herausforderung an die Arbeit der Interessenvertretungen, einerseits durchgesetzte Errungenschaften zu erhalten, andererseits die Versorgung aller Beschäftigten mit angemessenen Qualifizierungsmaßnahmen zu gewährleisten.

Eine verantwortungsvolle und aktive Qualifizierungspolitik erweist sich nach wie vor als eine der dringlichsten Aufgaben, wenngleich sie als Problemlöser, bspw. für die wachsende Arbeitslosigkeit nicht überschätzt werden darf.

Für Akteure in Politik und Betrieben steht in besonderem Maße die Herausforderung, sich gegen eine anhaltende Tendenz zum Ausschluß ganzer Personengruppen aus der allseitigen Aus- und Weiterbildung stark zu machen. Die Vernachlässigung der Qualifizierung von An- und Ungelernten, die fehlende

Bereitstellung qualifizierter Ausbildungsplätze, die Einführung von Studiengebühren, die geplante Reduktion im Bereich der Frauenförderung sowie der staatlich finanzierten Weiterbildung und nicht zuletzt die Tendenz in vielen Betrieben, die Kosten für Weiterbildung auf die Beschäftigten zu übertragen - all das sind Anzeichen dafür, daß wichtige Errungenschaften im gesamten Bildungsbereich im Zuge sogenannter Sparmaßnahmen und Schlankheitskuren zunichte gemacht werden. In diesem Zusammenhang bedarf es klarer Forderungen und Ziele; hierzu könnte u.a. die Rücknahme der Studiengebühren gehören, die Bereitstellung ausreichender Finanzierungsmöglichkeiten von Umschulungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die verpflichtende Einführung einer Ausbildungsquote sowie die volle Kostenübernahme der Aus- und Weiterbildungskosten durch die Unternehmen.

Literatur:

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 1996: Memorandum 1996 - Standortdebatte und Europäische Währungsunion, Köln

Bade, Franz-Josef 1987: Regionale Beschäftigungsentwicklungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen, Berlin

Bahnmüller, Reinhard ; Bispink, Reinhard; Schmidt, Werner 1992: Betriebliche Weiterbildung in der Metallindustrie - die Rolle von Personalmanagern und Betriebsräten, Tübingen

Beck, Ulrich 1996: Kapitalismus ohne Arbeit, in: Der Spiegel Nr. 20/1996

Beckmann, Petra; Engelbrech, Gerhard (Hrsg.) 1994: Arbeitsmarkt für Frauen 2000 - Ein Schritt vor oder ein Schritt zurück?, Nürnberg

Biehler Hermann; Brake, Klaus; Ramschütz, Erek: 1994: Standort München -sozioökonomische und räumlicheStrukturen der Neo-Industrialisierung, IMU-Studien 20, München

Biehler, Hermann; Meyer-Fries, Thomas 1995: Auswirkungen erweiterter Ladenöffnungszeiten auf Struktur und Beschäftigung im deutschen Einzelhandel. Gutachten für die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, München

Brumlop, Eva 1994: Betriebliche Frauenförderung. Bisherige Konzepte, Umsetzungserfahrungen, notwendige Neuorientierungen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/1994, Düsseldorf

Chaberny, Annelore 1995: Beschäftigungschancen von Frauen im Strukturwandel, in: ibv 51/1995, Nürnberg

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte 1995 u.1996, Frankfurt a. M.

DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Wochenberichte 12/1996, 16/1996, 20/1996, 22-23/1996, 25-26/1996, Berlin

Engelbrech, Gerhard 1992: Berufliche Segregation - Erklärungsansätze und empirische Befunde, in: WSI-Mitteilungen 4/1992, S. 187 - 194

Fischer, Alrun; Grammel, Ralf; Iwer, Frank; Rehberg, Frank 1995: Aufbruch aus der Krise? Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Lage der Region Stuttgart, IMU-Informationsdienst 2/1995, München

Frank Iwer, Frank Rehberg, 1996: Auf der Suche nach der verlorenen Zeit - Ein Plädoyer für die Rückkehr der Ökonomie in die Regionalwissenschaften, in: Martin Heidenreich, Gerhard Krauss: Das baden-württembergische Produktions- und Innovationsregime - zwischen vergangenen Erfolgen und neuen Herausforderungen, Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg, Arbeitsbericht Nr. 54, S. 55 - 73

IHK Baden-Württemberg 1996: ihk-nachrichten Nr. 4/1996, Stuttgart

IHK Baden-Württemberg 1996: Konjunkturerholung läßt auf sich warten, ihk-texte Nr. 4/1996, Stuttgart

Kattein, Martina 1994: Frauenerwerbstätigkeit in der EG - Perspektiven für die 90er Jahre, Frankfurt a. M., New York

Klauder, Wolfgang 1994: Tendenzen und Bedeutung der Frauenerwerbstätigkeit Heute und Morgen, in: Beckmann, Petra; Engelbrech, Gerhard: ebenda S. 45 - 73

Kress, Ulrike; Brinkmann, Christian; Wiedemann, Eberhard 1995: Entwicklung und Struktur der Langzeitarbeitslosigkeit, in: WSI-Mitteilungen 12/1995, S. 741 - 748

Jäckel, Peter 1996: Westdeutsche Industrie mittelfristig überwiegend vorsichtig optimistisch, in: Ifo-Schnelldienst 14/1996, S. 3 - 8

Regionalverband Mittlerer Neckar 1991: Statistische Informationen 3, Schriftenreihe Heft 29, Stuttgart

Roßmann, Giselind; Rupp, Hans 1994: ISO 9000 - Eine Arbeitshilfe für Betriebsräte, Trier

Münzenmaier, Werner 1995: Gesamtwirtschaftliche Effekte von Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur - Das Projekt "Stuttgart 21", in: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 8/1995, Stuttgart

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 1995 u. 1996: Statistische Berichte Baden-Württemberg - Produzierendes Gewerbe, Stuttgart

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 1995 u. 1996: Statistische Berichte Baden-Württemberg - Auftragseingangsindex im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs, Stuttgart

Strasser, Johano (Hrsg.) 1994: Die Wende ist machbar - Realpolitik an den Grenzen des Wachstums, München

Wilhelm, Markus 1996: Motive deutscher und ausländischer Direktinvestoren, in: Ifo Schnelldienst 16/1996, S. 9 - 18

Wittke, Volker 1995: Vertikale versus horizontale Desintegration - Zu unterschiedlichen Erosionsdynamiken des Großunternehmens im Prozeß industrieller Restrukturierung, in: Sofi-Mitteilungen 22/1995, Göttingen